

Hunderttausende besuchen den Westen

Kohl will sich „bald“ mit Krenz treffen / Bush gratuliert zur Öffnung der Mauer / Gorbatschow billigt die Schritte der DDR



DURCHBRUCH

Foto Wolfgang Haut

Mehr als eine Million Deutsche aus der DDR sind am Samstag über die offene Grenze nach West-Berlin und in die Bundesrepublik geströmt. Unter dem Ansturm Hunderttausender brach in West-Berlin und in grenznahen Städten der Verkehr zeitweise zusammen; trotz zügiger Abfertigung an den Übergängen herrschten chaotische Zustände. Am Brandenburger Tor griffen Grenzpolizisten ein, als Demonstranten begannen, mit Vorschlagshämmern und Spitzhacken die Mauer aufzubrechen. Die DDR hat seit Öffnung der Grenzen am Donnerstagabend bis zum Samstagmittag rund 2,7 Millionen Visa für Privatreisen in den Westen ausgestellt. In Berlin wurden zwei neue Übergänge geöffnet. Seit dem Vormittag ist der U-Bahnhof Jannowitzbrücke im Ost-Berliner Zentrum in Betrieb; unter dem Jubel von Tausenden öffnete der Übergang Eberswalder/Bernaauer Straße, wo DDR-Bauarbeiter in der Nacht die Mauer eingerissen hatten. Der erste neue DDR-Grenzübergang zur Bundesrepublik wurde am Nachmittag bei Bad Harzburg geöffnet.

Bundeskanzler Kohl hat in Bonn nach einem Telefongespräch mit dem DDR-Staats- und Parteichef Krenz angekündigt, er werde sich „bald“ mit Krenz in der DDR treffen. Kohl nannte nach einer Sondersitzung des Kabinetts in Bonn als möglichen Zeitraum „Anfang Dezember“. An diesem Montag reist Kanzleramtsminister Seiters zu einem Treffen mit Krenz nach Ost-Berlin. Kohl reiste am Nachmittag nach Warschau zurück. Unterdessen sagte Krenz im DDR-Fernsehen, die Wiedervereinigung stehe nicht zur Debatte. Die Öffnung der Grenzen sei eine „Entscheidung im Interesse der Menschen“ und „Ausdruck unserer Konsequenz zur Erneuerung“.

Ein heftiger Streit ist am Samstag zwischen dem Berliner Regierenden Bürgermeister Momper (SPD) und dem Bundeskanzler ausgebrochen. Momper warf Kohl „eklatantes Versagen in der entscheidenden Situation in der deutschen Geschichte“ vor. Die Realität der Maßnahmen, welche die Bundesregierung angesichts der jüngsten Entwicklung in der DDR ergreife, sei „niederschmetternd“. Zuvor hatte Kohl den Bürgermeister angegriffen und gefragt, ob Momper im Sinne des Grundgesetzes „das gleiche Verfassungsverständnis hat“.

Mit scharfen Angriffen und Enttäuschung reagierte Momper am Samstagabend auf die Äußerungen des Kanzlers. Kohl verstehe es nicht, die augenblicklichen Gefühle der Menschen zu treffen, „er lebt und denkt offenbar an den Gefühlen der Menschen in dieser historischen Stunde vorbei“. Der Kanzler habe nicht begriffen, daß die Deutschen in der DDR nicht die Wiedervereinigung interessiere. Auch für Kohl gelte das Zitat Gorbatschows: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“ Der Kanzler hatte am Freitagabend den amerikanischen Präsidenten Bush, den französischen Staatspräsidenten Mitterrand und die britische Premierministerin Thatcher über die Entwicklungen informiert. Bush habe zur Öffnung der Mauer gratuliert. In einer Rede sagte Bush am Freitag, es sei klar, daß der Prozeß der Reform, der auch von Gorbatschow unterstützt werde, „echt“ sei. Dieser Prozeß verdiene die Unterstützung der Vereinigten Staaten.

In Berlin, in Deutschland

JJ. In diesen Tagen, in denen die Welt auf Berlin, auf Deutschland blickt, braucht sich niemand seiner Tränen zu schämen. „Daß ich das noch erleben darf,“ ist ein oft zu hörender Satz der Älteren. Der Ehrenvorsitzende der SPD, Brandt, hatte die Bilder von 1961 vor Augen, als er jetzt vor dem Rathaus Schöneberg ausrief: „Berlin wird leben, und die Mauer muß fallen.“ Brandt hatte am 13. August 1961 als Regierender Bürgermeister ohnmächtig der brutalen Trennung der Stadt zusehen müssen. Der damalige Bundeskanzler Adenauer kam erst später nach Berlin. Bundeskanzler Kohl hat sofort gewußt, wohin er gehört, als sich die Mauer am Donnerstagabend öffnete. Umso beschämender war das Pfeifkonzert, mit dem ihn radikale Linke begrüßten.

Als diese Zeitung zum ersten Mal erschien, trug der Kommentar die Überschrift „In Berlin“. Er würdigte den Jubel, mit dem die Berliner im November 1949 den ersten Bundespräsidenten Heuß empfingen. Die Zeitung

hat von Anfang an den Untertitel „Zeitung für Deutschland“ getragen, um eine Stimme Deutschlands in der Welt zu sein. Inzwischen erscheint die Hoffnung nicht mehr vermessend, daß diese Zeile neuen Sinn erhalten könnte. Daher heute ein Extrablatt, das einzige in der Historie der Zeitung.

Der Strom der Geschichte, von dem Brandt sprach, hat die Pfeiler der kommunistischen Zwangssysteme unterpflügt. Niemand weiß, wie es weitergehen wird. In Deutschland sollten der Osten und der Westen die Fakten akzeptieren, die das deutsche Volk selbst schafft. Ein Massenausbruch aus der DDR wird, wie Kohl sagte, keine Lösung sein. Auch sonst bleiben Befürchtungen – hier wie drüben. Hier sind es die Ängste einer reichen Gesellschaft, abgeben zu müssen. Drüben sind es die Sorgen, materiell an die Wand gedrückt zu werden. Wir setzen auf die Hoffnung, daß der andere Teil Deutschlands in freier Selbstbestimmung einen Weg gehen kann, der gemeinsam mit der Bundesrepublik in Europa mehr Freiheit, Frieden und Wohlstand verwirklicht.

Ein großer Schritt nach vorn

Von Günther Nonnenmacher

Die Deutschen feiern. Ein riesiges Volksfest findet statt, auf den Straßen von Berlin, in den westdeutschen Städten und Dörfern nahe der innerdeutschen Grenze, und es breitet sich aus in immer mehr Orte. Das am meisten gehörte Wort dieser Tage heißt, es sei wie ein Traum. Wer hätte sich noch vor Tagen vorstellen können, daß Berliner aus den beiden Teilen der Staat, daß Deutsche aus West und Ost auf der Mauer am Brandenburger Tor tanzen und Volkspolizisten dabei zusehen würden?

Wird die Mauer, der spätgebaute, häßlichste und grausamste Teil des Europa durchschneidenden „Eisernen Vorhangs“, demnächst nur noch ein überdimensioniertes Verkehrshindernis sein? Wenn die SED-Führung, getrieben von der demokratischen Revolution, die von den Deutschen in der DDR durch politische Verweigerung, Flucht und Demonstrationen erzwungen wurde, an ihrem Wendekurs festhält, wird der 9. November 1989 als großes Datum in die Geschichte des 20. Jahrhunderts eingehen, als der Tag, an dem die Nachkriegsperiode, die Ära des „Kalten Krieges“ – ein Begriff, der 1947 erfunden wurde – zu Ende ging.

Niemand hat ahnen oder wissen können, daß dieses Ende so friedlich, freudig, geradezu ausgelassen sein würde; und selbst diejenigen, die darauf gehofft oder daran geglaubt haben, reiben sich die Augen. Es bedeutet keine Geringschätzung des über vier Jahrzehnte gewährten Zusammenhalts im westlichen Bündnis, wenn man das Hauptverdienst an dieser Entwicklung einem Mann zubilligt: Gorbatschow. Es ist seine historische Größe, daß er den wirtschaftlichen und politischen Niedergang des sowjetischen Imperiums nicht mit den Mitteln aufzuhalten oder abzuwehren versuchte, auf die seine Vorgänger letztlich immer wieder zurückgriffen: gewaltsame Unterdrückung von Freiheitsbewegungen, Aufrüstung und eine aggressive Weltmachtspolitik. Die Entwicklung in der DDR spricht dafür, daß der Mann im Kremel den historischen Entschluß gefaßt hat, das Vorfeld Moskaus von einer Zone militärischer Herrschaft in einen politischen Einflußraum zu verwandeln.

Volk erzwungene „Wende“ in der DDR. Schon hat der Wandel Bulgariens erreicht, die Führung in Prag wird ihm nicht mehr lange widerstehen können; nur der größenwahnsinnige Diktator in Rumänien, der Gorbatschow inzwischen mehr hassen muß als den kapitalistischen „Erzfeind“, ist offenbar fest entschlossen, die politische Steinzeit in seinem Land zu verewigen.

Trotz aller Freude und allem Jubel gehen sorgenvolle Blicke nach Moskau. Gorbatschows Versuch der Umgestaltung, so aufsehenerregend seine innen- wie außenpolitischen Folgen sind, hat die Mängel der sowjetischen Kommandowirtschaft bisher nur verschärft; eine Verbesserung der Versorgungslage ist nicht abzusehen. Der Aufbruch der Nationalitäten ist eine Zerreißprobe für das Imperium. Niemand kann heute ausschließen, daß Glasnost und Perestrojka in einem Chaos untergehen und das welthistorische Reformexperiment in einer erneuerten und noch brutaleren Diktatur endet. Die Folgen wären unabsehbar. Der Ruf nach Selbstbestimmung, Freiheit und Demokratie im ehemaligen Ostblock, auch in der Sowjetunion, ließe sich nur noch mit einem militärischen Großeinsatz zum Schweigen bringen. Das wäre der Funke in einem Pulverfaß; er könnte die halbe Welt in Brand setzen.

In diesen Tagen wird über das Schicksal Europas entschieden; es ist auch das Schicksal der Deutschen. Denn die deutsche Frage ist eine europäische; in Deutschland haben sich die Gegensätze und Konflikte, die für ganz Europa kennzeichnend waren, stets in besonderer Stärke und Vielfalt ausgebildet. Wenn die Deutschen über dem Jubel jetzt einen kühlen Kopf behalten, könnten sich in Deutschland ganz neue, versöhnliche Beziehungen zwischen Ost und West herausbilden; das würde die Spaltung des Kontinents schließlich ganz überwinden. Bei den Wiener Verhandlungen über ein konventionelles Gleichgewicht in Europa zeigt sich in ersten Ansätzen, welche Rolle die Militärbündnisse dann übernehmen würden: Sie wären Agenturen zur Aushandlung und Überwachung der Abrüstung, der Kern eines Systems kollektiver Sicherheit in Europa.

Die Deutschen wissen, daß sich nicht nur Hoffnungen mit der Überwindung von Mauer und Stacheldraht verbinden, sondern auch Sorgen – im Osten wie im Westen. Sie haben lange genug mit einer Grenze leben müssen, die Dörfer und Familien auseinanderriß. Ein erstes Ziel deutscher Politik wäre mit dem Verschwinden dieser tödlichen Grenze, mit Freizügigkeit zwischen den beiden Teilen Deutschlands, erreicht. Die Lösung der deutschen Frage wird dann das Siegel auf der Charta einer gesamteuropäischen Friedensordnung sein.

Hamburger SPD-Vorsitzende mit großer Mehrheit wiedergewählt

HAMBURG, 11. November. Die 39 Jahre alte Traute Müller bleibt weiter an der Spitze der Hamburger SPD. In einer Kampfabstimmung setzte sich die Vertreterin des linken Parteiflügels auf einem Parteitag gegen ihre von der bisherigen Landesvorsitzenden und vom Ersten Bürgermeister Voscherau unterstützte Herausforderin, die 64 Jahre alte ehemalige Justizsenatorin Eva Leithäuser, klar durch. Frau Müller erhielt die Stimmen von 196 der 362 Delegierten. Frau Leithäuser bekam 156 Stimmen. Zu den beiden Stellvertretern von Frau Müller wurden der zum rechten Flügel zählende Fraktionsvorsitzende Elste und der als links geltende frühere Harburger Kreisvorsitzende Frhm gewählt. In einer scharf formulierten Rede hatte Bürgermeister Voscherau vor der Abstimmung noch einmal begründet, weshalb er eine weitere Amtszeit der erst im Sommer 1988 an die Spitze der Partei gewählten Frau Müller für die Partei für gefährlich halte. Frau Müller hingegen hatte ihren Gegnern vorgeworfen, ihr den Mund verbieten zu wollen. Sie stehe nicht ein für „Unterordnung, Befehl und Gehorsam“, doch werde sie verantwortlich mit dem Vertrauensbe-

weis umgehen. Frau Leithäuser sagte, die in der Partei vorhandenen unterschiedlichen Meinungen sollten nicht „unter den Tisch gekehrt“ werden. Doch leide die Glaubwürdigkeit der Politik, „wenn nach außen mit unterschiedlichen Zungen geredet wird“. Damit hatte Frau Leithäuser auf eine Erklärung von Frau Müller angespielt, in der diese die vom Senat getragene Hafenstraßenpolitik – also den Versuch, über eine gerichtliche Auseinandersetzung dem als gescheitert angesehenen alternativen Wohnmodell ein Ende zu bereiten – als Niederlage der politischen Kultur kritisiert hatte.

Offenbacher Kickers im Pokal gegen MSV Duisburg

F.A.Z. FRANKFURT, 11. November. Die Offenbacher Kickers haben gute Chancen, das Halbfinale im DFB-Fußball zu erreichen. Der Amateuroberligist, der am Freitag Borussia Mönchengladbach mit 1:0 nach Verlängerung besiegte, trifft im Viertelfinale auf den MSV Duisburg. Eine weitere Überraschung gelang am Samstag im Pokal-Achtelfinale dem Zweitligisten VfL Osnabrück, der den Karlsruher SC mit 3:2 ausschaltete. „Rekordbesuch“ gab es beim Punktspiel der Zweiten Liga zwischen Hertha BSC Berlin und Wattenscheid 09: 60 000 Zuschauer im Olympiastadion, darunter zahlreiche Besucher aus Ost-Berlin, sahen die Partie, die 1:1 endete. (Siehe Sport.)

González verliert absolute Mehrheit im Parlament

MURCIA, 11. November (AP). Die Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens unter Ministerpräsident González hat ihre knappe Mehrheit im Parlament verloren. Als Ergebnis einer Nachzählung der bei der Wahl am 29. Oktober im Wahlbezirk Murcia abgegebenen Stimmen erkannte die Wahlbehörde den Sozialisten am Samstag ein Mandat ab, so daß diese jetzt nur noch über 175 statt 176 Sitze im 350 Abgeordnete zählenden Madrider Parlament verfügen. Das Mandat wurde der Vereinigten Linken zugesprochen, die die Nachzählung unter Hinweis auf Unregelmäßigkeiten beantragt hatte. Das Linksbündnis wird nunmehr 18 Abgeordnete ins Parlament entsenden. Die PSOE kündigte an, daß sie die Entscheidung anfechten werde.

Mehr als 100 Verletzte bei Ausschreitungen in Moldawien

KISCHINJOW, 11. November (dpa). Der Oberste Sowjet und der Ministerrat der Sowjetrepublik Moldawien haben mit sofortiger Wirkung eine Reihe von Sondermaßnahmen in Kraft gesetzt, um die Situation in der Hauptstadt Kischinjaw (rumänisch: Chişinău) zu beruhigen. Die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur Tass meldete, auch Demonstrationen seien untersagt. Zuvor hatte die kommunistische Führung der Republik der moldauischen Volksfront den versuchten Sturz der Regierung durch „offenen Kampf“ und „extremistische Demonstrationen“ vorgeworfen. Am Freitag waren bei sechs Stunden dauernden Ausschreitungen in Kischinjaw mindestens 139 Menschen verletzt worden, viele von ihnen schwer.

Heute im Blatt

Wie die DDR wurde, was sie ist	6
Berliner Träume, Berliner Schnauze	11
Es gibt kein Obst mehr in Berlin	13
DDR-Sportstar Mey auf Frankfurter Eis	14
Mit Stullen von Rostock nach Hamburg	15

Ganz Ost-Berlin war am Wochenende eine Warteschleife

Kontrollen finden kaum noch statt / Von Monika Zimmermann

OST-BERLIN, 11. November. Die Rentnerin zieht den kleinen Taschenwagen fest an sich heran. Man sieht es ihr an, wie bedrängt sie sich fühlt von all den vielen Menschen, die neben ihr auf die Ausreise in den Westen warten. Vorbei sind die Zeiten, in denen Einkaufsausflüge nach West-Berlin ein Privileg allein für die Älteren waren. Jahrelang passierten sie tagtäglich die Grenze mit großen Taschen, die morgens leer und abends so voll und schwer waren, daß sie sich ziemlich abmühen mußten. Viele Omas und Opas haben drüben Besorgungen für die ganze Familie gemacht. Jetzt gehören Rentner zweifellos zu jenen, denen die neue Freiheit für alle auch Ungemach bereitet. Statt wie bisher einigermaßen zügelig die Grenze passieren zu können, müssen sie sich nun einreihen in die unübersehbar lange Menschenschlange.

Ganz Ost-Berlin war am Samstag eine einzige Warteschleife. Vom Grenzübergang Heinrich-Heine-Straße stauten sich die Menschen bis zurück in die Leipziger Straße und traf sich dort mit jenen, die hier für den Checkpoint Charly anstanden, obwohl er noch fast einen Kilometer entfernt liegt. Der Platz vor der Janowitzbrücke, wo ein stillgelegter U-Bahn-Übergang eilig wieder in Betrieb genommen wurde, war schwarz vor Menschen. An der Bornholmer Straße brach zeitweise der Verkehr zusammen und an der Oberbaumbrücke, die über die Spree in den Westen führt, säumten die Wartenden kilometerlang den Bürgersteig, der hier immer an der Mauer entlang führt. An anderen Übergängen sah es genauso oder noch schlimmer aus. Die ganze Innenstadt war zugestellt mit Autos, die diejenigen zurückgelassen hatten, die sich zu Fuß auf ihren Tagesausflug gen Westen machten.

Vor der Übergangsstelle Bahnhof Friedrichstraße standen die Menschen schon am frühen Morgen zu Hunderten an. Aus Dreierreihen wurden schnell Fünferreihen. Da die Schlange kaum vorwärts kam, wuchs sie in die Breite und noch schneller in die Länge. Hunderte Meter stautete sich

der Fußgängerstrom über die Straße Unter den Linden zurück. Und in die andere Richtung standen noch einmal so viele Menschen in Reih und Glied und warteten. Bis sie alle durch das Nadelöhr der Grenzkontrolle, die zwar kaum mehr stattfindet, aber dennoch den Fluß hemmt, hindurch waren, vergingen Stunden, so daß man sich eigentlich drüben schon gleich wieder in den Strom der Rückkehrer einreihen konnte, der sich am frühen Nachmittag zurück in den Osten wälzte. Diese Rückkehrer konnte man leicht von den Hingehern unterscheiden, weil nahezu jeder eine bunte Plastiktüte irgendeines West-Berliner Kaufhauses wie eine begehrte Trophäe mit sich führte. Die stundenlange Wartezeit, hüben und drüben, scheint außer der Rentnerin niemand etwas auszumachen. „Hier warte ich gerne“, meinte ein Mann gelassen. Man habe doch immer in der Schlange gestanden, so sagt er, warum sollte man da ausgerechnet jetzt, wo es endlich in den Westen geht, ungeduldig werden.

In Begeisterung machen sich alle auf den gleichen Weg. Für jemand, der die Grenze nie als Hindernis, allenfalls als Hemmnis empfunden hat, ist es schwer zu verstehen, warum die Menschen in der DDR nun, nachdem die Schranken über Nacht gefallen sind, offenbar alle auf einmal und alle an einem Tag in den Westen wollen. Niemand will auch nur eine Minute länger warten und dies nicht nur, weil man fürchtet, die versprochene Reiseregulation könne womöglich ebenso schnell, wie sie gekommen ist, wieder zurückgenommen werden. Das Mißtrauen sitzt tief in der DDR. So ist es eine Art freudiger Panik, die die Menschen jetzt ergriffen hat. Man läuft einfach los, obwohl sich unschwer ausrechnen kann, daß die neu ersehnte Bewegungsfreiheit auch drüben arg dadurch beeinträchtigt wird, daß man nicht allein, sondern mit hunderrtausend anderen DDR-Bürgern die Fronten für einige Stunden wechselt. Aber Vernunft versagt verständlicherweise in solchen Stunden.



SED-Generalsekretär Krenz fordert einen Aufbruch der Partei.

Foto Barbara Klemm

West-Berlin bricht unter dem Ansturm der Besucher zusammen

U-Bahn-Verkehr teilweise eingestellt / Neue Übergänge geöffnet / Polizeieinsatz am Brandenburger Tor

Ws. BERLIN, 11. November. In beiden Teilen Berlins herrschten am Samstag chaotische Zustände. Der Sturm der Ost-Berliner und der Deutschen aus allen Teilen der DDR auf den Westteil der Stadt hielt unvermindert an. Der Regierende Bürgermeister Momper sagte, am Samstag hätten sich 300 000 bis 400 000 Deutsche aus der DDR im Westteil Berlins aufgehalten. Im Ostteil der Stadt hatten sich lange Schlangen vor den Grenzübergängen und bei den Meldestellen der Volkspolizei gebildet, wo entervte Polizeibeamtete Visa in die Pässe oder Personalanwesenheitsstempeln.

Der amtierende DDR-Innenminister Dickel appellierte am Freitagabend an die DDR-Bevölkerung, nicht überstürzt zu reisen. Die Regelung sei nicht „zeitlich befristet“. Sie sei von Dauer und werde zu den Grundlagen des neuen Reisegesetzes gehören. „Die Bürger unseres Landes können sich voll darauf verlassen und brauchen keine übereilten Entschlüsse zu treffen.“ Die Regierung der DDR stehe zu ihrem Wort.

Dennoch brach am Samstag im Westteil Berlins in der Umgebung der Grenzübergänge und in der City der Verkehr unter der Lawine der Trabis, Wartburgs und Ladas teilweise zusammen. Wegen „totaler Überfüllung auf den Bahnhöfen“ konnte die Linie 6, die den Ost-Berliner Grenzbahnhof Friedrichstraße passiert, vorübergehend nicht fahren. Auch die S-Bahnhöfe in der Innenstadt waren vollkommen überfüllt.

Lange Schlangen bildeten sich seit Mitternacht vor den Filialen der Banken und Sparkassen, bei denen das „Begrüßungsgeld“, ebenso wie bei den Postämtern und den Bezirksämtern ausbezahlt wird. Ein Ost-Berliner, der sich bereits um Mitternacht angestellt hatte und gefragt wurde, warum er denn neun Stunden bis zur Öffnung der Bank stehen wolle, sagte, er habe zehn Jahre auf seinen Trabi und 15 Jahre auf seinen Schrebergarten gewartet, da könne er doch wohl neun Stunden auf seine 100 D-Mark warten. Lange Schlangen bildeten sich am Sonnabend auch vor den Kassen der Berliner Kaufhäuser. Teilweise konnte dort mit Ostmark gezahlt werden, meist zu einem Kurs von zehn Ostmark für eine D-Mark.

Am Brandenburger Tor hatten Hunderte von jungen Leuten die Mauer von westlicher Seite erklettert und feierten dort tanzend, singend und trinkend ein Fest. Auf östlicher Seite bildeten DDR-Grenz-

soldaten eine Kette. Nach Angaben der West-Berliner Polizei sind in der Nacht zum Sonnabend zwei Personen von der Mauerkrone gestürzt und haben sich schwer verletzt. Mit Hämmern, Meißeln und Spitzhacken brachen einige West-Berliner am Samstagvormittag ein etwa drei Quadratmeter großes Stück aus der Mauer am Brandenburger Tor. West-Berliner Polizei mußte eingreifen und die rund 1000 Schaulustigen abdrängen. Auf DDR-Seite wurde das Mauerteil wieder befestigt. Zuvor waren Wasserwerfer eingesetzt und die Menschen von der Mauerkrone vertrieben worden, die von DDR-Grenzsoldaten „besetzt“ wurde. Die West-Berliner Polizei sprach von einer „gefährlichen Provokation“ von zum Teil Angehörigen auf West-Berliner Seite.

Inzwischen hat die DDR damit begonnen, Lächer in die Berliner Mauer zu schlagen. Bis zum Dienstag sollen neun Straßübergänge zusätzlich geöffnet werden. Die ersten sind bereits offen. Einer von ihnen ist die Glienicker Brücke zwischen dem West-Berliner Bezirk Zehlendorf und Potsdam. Bisher durfte sie nur von den Mitgliedern der Militärmission der drei Westalliierten in Potsdam benutzt werden.

Neben der Glienicker Brücke ist der Übergang Kirchhainer Damm in Lichtenrade im Süden Berlins nach Mahlow im Bezirk Potsdam bereits am Freitagabend geöffnet worden. In der Nacht zum Sonnabend demonstrierte unter dem Beifall von Hunderten Zuschauern im Osten und rund 1000 im Westen ein Ost-Berliner Bagger einen Teil der Mauer zwischen den Bezirken Prenzlauer Berg und Wedding um Platz für den neuen Übergang Bernauer Straße/Eberswalder Straße zu schaffen. Ebenfalls am Samstag wurde der neue Übergang Schlesisches Tor/Puschkinallee zwischen den Stadtbezirken Kreuzberg und Treptow geöffnet, nachdem auch hier ein Loch in die Mauer gerissen worden war.

An diesem Sonntag wollen der Regierende Bürgermeister Momper und der Ost-Berliner Bürgermeister Krack gemeinsam am Potsdamer Platz einen neuen Übergang öffnen. Am Montag folgen die Übergänge Wollankstraße im Bezirk Wedding und Falkenseer Chaussee in Spandau und am Dienstag die Übergänge Stubenrauchstraße im Stadtteil Buckow und Ostpreußendamm im Stadtteil Lankwitz, beide im Süden Berlins. Am Samstag ist auch ein zusätzlicher U-Bahn-Übergang

geöffnet worden: der Bahnhof Janowitzbrücke. Er liegt an der Strecke der U-Bahnlinie 8, die zwischen den West-Berliner Bezirken Neukölln und Reinickendorf verkehrt und bisher ohne Halt Ost-Berlin unterquerte.

Am Samstagabend ist Berlins Regierender Bürgermeister Momper im Rathaus Schöneberg mit den Bonner Botschaftern der drei Schutzmächte zusammengetroffen. Die alliierten Botschafter überbrachten Momper und der Berliner Bevölkerung ihre Glückwünsche „zu den großartigen Ereignissen der vergangenen Tage“. Momper sagte, daß diese Ereignisse unmöglich gewesen wären ohne den Beistand der Schutzmächte in den vergangenen vierzig Jahren.

Am Freitagabend fand in Ost-Berlin eine SED-Kundgebung im Lustgarten statt. Dabei sagte SED-Generalsekretär Krenz: „Wir wollen einen besseren Sozialismus, wir wollen einen Sozialismus, der vom souveränen Volk unseres Landes gestaltet wird. Wir setzen uns dafür ein, daß freie Wahlen stattfinden und unser Volk die Besten ins Parlament schickt. Wir sind für radikale Reformen.“

Die „Aktuelle Kamera“ des DDR-Fernsehens brachte am Freitagabend nicht nur Berichte von der Situation an Berliner Grenzübergängen und am Brandenburger Tor. Sie strahlte auch zu ersten Mal ein Gespräch mit Bundeskanzler Kohl aus, der mehrmals von „unsren Landsleuten“ in der DDR sprach.



Brandt: Ein höheres Maß an Einheit und Zusammengehörigkeit

Die SPD verlangt „runden Tisch“ / Kontakte zur SDP in Ost-Berlin

hls. BONN, 11. November. Der SPD-Vorsitzende Vogel und der SPD-Ehrenvorsitzende Brandt erwarten nach dem Erfolg der Volksbewegung in der DDR mehr Gemeinsamkeit zwischen den beiden deutschen Staaten. Brandt sprach von einem „unverkennbar höherem Maß an Zusammengehörigkeit und Einheit“. Vogel sagte, es lohne sich, daß die Bundesregierung auslöse, was die DDR-Führung mit den von ihr vorgeschlagenen gemeinsamen Kommissionen meine. Dies sei eine erste Stufe, bis man in noch engere Beziehungen eintreten könne. Auf die Frage eines polnischen Korrespondenten, ob der „gesamtdeutsche Zug“ nicht schneller sein könnte als der von der SPD ebenso angesprochene „gesamteuropäische Zug“, erwiderte Brandt mit einem Satz von Gorbatschow, man solle nicht klüger sein als die Geschichte. Vogel fügte einen anderen Satz Gorbatschows an: „Wer zu spät kommt, den straft das Leben.“ Das gelte sowohl für den europäischen als auch den deutschen Einigungsprozeß.

Der Frage Brandts folgend – „Werden wir im deutschen Westen diesem Aufbruch in der DDR gerecht?“ – verlangte die SPD in der kommenden Woche eine Regierungserklärung und Aussprache im Bundestag (welche die Bundesregierung für Donnerstag ankündigte) und die Einladung zu einem „runden Tisch“, der von der Bundesregierung, den Ländern und Kommunen, den Parteien, den Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Arbeitgebern und Gewerkschaften besetzt werden sollte. Er solle die Anstrengungen für die Integration der Übersiedler verstärken und koordinieren und sofortige Hilfsmaßnahmen für die DDR einleiten: eine Regelung für Reisevaluta, Hilfe bei der ärztlichen Versorgung, Partnerschaften, um „akuten Mangel rasch zu beheben“. Vogel sprach von jetzt notwendiger „großer Kooperation“ in der Bundesrepublik, die nicht mit einer „großen Koalition“ zu wechseln sei.

Der SPD-Vorstand und der Geschäftsführende Vorstand der Bundestagsfrak-

tion sind am Samstag zu einer Sondersitzung zusammengekommen, auf der die in der Nacht aus Berlin zurückgekehrten Vorsitzenden Vogel und Brandt auch über ihre Gespräche mit der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) berichteten. Sie hatten in Ost-Berlin den Sekretär der neuen Partei, Ibrahim Böhme, und andere Vorstandsmitglieder getroffen und von einem „sensiblen Transformationsprozeß“ erfahren, den eine „massenhafte Abwanderung in Frage stellen könnte“. Vogel sprach von „hoher Verantwortungsbereitschaft“ der SDP und von einem bemerkenswerten Mitgliederzuzug. Vogel sagte: „Die demokratische Volksbewegung in der DDR hat die Freizügigkeit in Deutschland hergestell.“

Brandt bedauerte die Pfiffe gegen Bundeskanzler Kohl auf der Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus, sie seien „nicht angemessen“ gewesen. Kohl habe sich auf den Boden der Politik der von der SPD geführten Bundesregierungen gestellt.

In der von SPD-Parteivorstand und dem geschäftsführenden Vorstand der Bundestagsfraktion verabschiedeten Entscheidung heißt es: „Die Türen des europäischen Hauses sind geöffnet. Sie dürfen nie wieder geschlossen werden.“ Die SPD würdigte Willy Brandt: „Sein Lebenswerk hat in diesen Tagen eine Krönung erfahren.“ Zur weiteren Entwicklung der Deutschlandpolitik sagte die SPD: „Aus der Zweistaatlichkeit ein Dogma zu machen, sei ebenso abwegig, wie im Nationalstaat „die einzige Ableitung aus dem Einheitsgebote des Grundgesetzes zu sehen.“ Die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten müßten so ausgestaltet werden, wie es die Zugehörigkeit zu einer Nation und die gemeinsame Geschichte erfordern. Die SPD werde ihre Kraft darauf richten, „daß die Einheit der Deutschen gemeinsam mit der Einheit Europas vollendet werden kann“. Beide deutschen Staaten müßten das Zusammenwachsen Europas nicht behindern, „sie müssen es fördern.“

Seiters reist zu Krenz nach Ost-Berlin

Kohl: Selbstbestimmung noch nicht verwirklicht

fy. BONN, 11. November. Kanzleramtsminister Seiters wird am Montag nach Ost-Berlin reisen, um dort mit dem neuen Staatsratsvorsitzenden Krenz und dem designierten Ministerpräsidenten der DDR, Modrow, eine Begegnung zwischen Bundeskanzler Kohl und Krenz vorzubereiten. Sie soll, wie Kohl am Samstag nach einer Sondersitzung des Bundeskabinetts mitteilte, „bald“ in der DDR, nicht aber in Ost-Berlin stattfinden.

Kohl sagte, bei dem Treffen wolle er die konkreten Schritte kennenlernen, die die DDR-Führung sich vorgenommen habe. Vor allem gehe es darum, zu erfahren, wie sie sich die Durchführung der angekündigten freien Wahlen vorstelle und in welchem Zeitraum sie abgehalten werden sollen. Kohl bekräftigte seine bereits mehrfach wiederholte Versicherung, die Bundesregierung sei zu substantieller wirtschaftlicher Hilfe bereit, wenn die DDR-Führung grundlegende Reformen, nämlich freie Wahlen und den Verzicht auf den Führungsanspruch der SED, beschließe. In einem Telefongespräch, daß der Kanzler am Samstagvormittag mit Krenz führte, habe man vereinbart, im ständigen Kontakt zueinander zu bleiben und falls erforderlich, sofort miteinander Verbindung aufzunehmen. Wann der Kanzler in die DDR reisen wird, hängt auch davon ab, zu welchen Ergebnissen die Vorgespräche zwischen Seiters, Krenz und Modrow am kommenden Montag führen, da die Bundesregierung bemüht sein dürfte, die Reise des Kanzlers bereits mit festen Hilfszusagen zu verbinden. Alle Hilfsmaßnahmen könnten aber nur dann erfolgreich sein, wenn das System der staatlichen Planwirtschaft durch eine sozial verpflichtende marktwirtschaftliche Ordnung abgelöst werde, denn nur so lasse sich die Wirtschaftskraft der DDR stärken.

Wie Kohl weiter mitteilte, hat er nach seiner Rückkehr nach Bonn noch am Freitagabend mit der amerikanischen Präsidenten Bush und Premierministerin Thatcher telefoniert, um sie über seine Lageberichterstattung der Entwicklung in Deutschland sowie über den ersten Teil seines Polen-Besuches zu unterrichten. Am Samstagvormittag habe er den französischen Staatspräsidenten Mitterrand unterrichtet. Alle drei hätten ihm ihre Freude über die Entwicklung versichert und ihre Bewunderung darüber geäußert, mit welcher Besonnenheit die Menschen in der DDR ihre Freiheit durchsetzen. Auch mit Gorbatschow telefonierte Kohl am Samstagvormittag, wie er wissen ließ, nachdem er am

Vorabend von ihm eine persönliche Botschaft erhalten hatte. Auch in diesem Gespräch ging es um die Einschätzung der Situation in Deutschland.

Zur gegenwärtigen Lage sagte Kohl, das Recht aller Deutschen auf Selbstbestimmung sei noch nicht verwirklicht und der Auftrag des Grundgesetzes, die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden, sei noch nicht erfüllt. Die Reihenfolge der Ziele der Politik der Bundesrepublik sei durch das Grundgesetz vorgegeben. Voraussetzung für die Wiedervereinigung in Freiheit sei die freie Ausübung des Selbstbestimmungsrechts. Die Deutschen in der DDR müßten selbst entscheiden können, welchen Weg sie in die Zukunft gehen wollten. Jede Entscheidung, die sie trafen, werde respektiert werden. Er sei sich gewiß, daß diese Entscheidung für die Einheit in Freiheit ausfallen werde, fügte Kohl hinzu.

Der Kanzler kritisierte Sozialdemokraten, die die Deutschen aus der DDR auszuzugrenzen versuchten. Er nahm von diesem Vorwurf jedoch den SPD-Ehrenvorsitzenden Willy Brandt ausdrücklich aus. Die Verwendung des Begriffes „Runder Tisch“ für Gespräche aller Parteien in der Bundesrepublik über die Bewältigung der aktuellen Probleme, lehnte Kohl mit dem Hinweis ab, dieser Begriff sei besetzt. Er gelte für die Gespräche, die in Polen zur Ablösung der Diktatur geführt worden seien. Er werde aber selbstverständlich mit allen gesellschaftlichen Kräften in dieser Angelegenheit zusammenarbeiten, wies er jedoch auf die Öffentlichkeit hin, die er nicht ausgrenzen wollten, es gebe diesbezüglich einen nationalen Notfall.

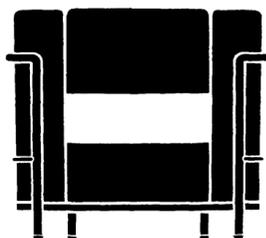
Zu den Mißfallenskundgebungen während seiner Rede am Freitagabend vor dem Schöneberger Rathaus in Berlin angesprochen, sagte Kohl, er habe sich dafür geschämt, daß beim Absingen der Nationalhymne derartige Pöbelszenen stattgefunden hätten. Zu der Rede des Regierenden Berliner Bürgermeisters Momper sagte der Kanzler, Momper spreche eine andere Sprache als er und er vertrete andere politische Inhalte. Er frage sich, ob Momper das gleiche Verständnis von der Verfassung und ihrer Präambel habe. Dem Fernsehen warf Kohl vor, am Freitag ein falsches Bild von Berlin vermittelt zu haben. Dies sei dadurch geschehen, daß das Fernsehen zwar die Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus gezeigt habe, nicht aber seine anschließende Kundgebung vor der Gedächtniskirche. Zu ihr seien Hunderttausende gekommen, die ihm Beifall gespendet hätten.

HANS FRICK
INNENEINRICHTUNGEN

WIR ERWARTEN SIE IN DER
GOETHESTRASSE 19

• Das bessere Innen •

Sie finden bei uns gut
verarbeitete Polstermöbel, für
deren Qualität wir, wenn es
sein müßte, auch unsere
Hände ins Feuer legen.





Nach der Öffnung der Grenzen erscheint die Mauer am Brandenburger Tor als Relikt einer vergangenen Zeit.

Foto Barbara Klemm

Vor der Gedächtniskirche Protest-Rituale, auf dem Ku'damm Zuversicht

Kohl: Ein guter Tag an einem geschichtsträchtigen Ort / Die Ost-Berliner nutzen die Freiheit / Von Eckhard Fuhr

BERLIN, 11. November. Auf dem Breitscheidplatz an der Gedächtniskirche haben sich am Freitagabend etwa 200 000 Berliner aus beiden Teilen der Stadt versammelt zur Kundgebung der CDU. Ein Schild vor der Rednertribüne trägt die Aufschrift: „SED – Sozialismus erlebt Debakel“. Dem halten Protestgruppen von links, junge Leute, schwarz-rote Fähnchen schwingend, Spruchbänder entgegen: „Sozialismus und Power, trotz Kohl und Mauer“. Ein angesichts der Ereignisse lächerlich-verzweifelter Versuch, das Weltbild linker Philister vor der Wirklichkeit abzuschirmen, ist die zeitlose Parole „Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten“.

Bundeskanzler Kohl hatte kurz zuvor vor dem Schöneberger Rathaus gegen ein gellendes Pfeifkonzert und Sprechchöre regelrecht anschreien müssen. Auch vor der Gedächtniskirche schlägt ihm lautstarker Protest entgegen, immer wieder überbört Beifall das Gellen der Pfeife und Trillerpfeifen. „Dies ist ein guter Tag an einem geschichtsträchtigen Ort“, beginnt Kohl seine Rede, die Kundgebung sei eine Demonstration für den Frieden und für die Demokratie. Er dankt „unseren Freunden in der Welt“ – da werden die Pfeife lauter – und versichert, die Deutschen des Jahres 1989 hätten aus der Geschichte gelernt: „Wir wollen Frieden und Freiheit

für die Völker“. Kohl dankt den Deutschen aus der DDR für ihren politischen Mut und ihre politische Besonnenheit und mahnt: „Wir dürfen den Radikalen von rechts und von links keine Chance geben“ – eine treuerzige Unverbindlichkeit angesichts der Radikalität, mit der sich die Verhältnisse in Deutschland verändern.

Der CSU-Vorsitzende Waigel hatte zuvor mit geschickter Rhetorik Pfeifkonzerte schnell zum Verstummen gebracht. Den Dank an die westlichen Alliierten verband er mit einer Respektbekundung für Gorbatschow. Beim Thema nationale Einheit berief er sich auf „deutsche Dichter“, auf Stefan Heym und Uwe Johnson, auf Günter Grass, Rainer Kunze und „Martin Walser aus meiner Heimat, der nie aufgehört hat, über Deutschland nachzudenken“. Die Kundgebung endet mit „Einigkeit und Recht und Freiheit“ und lautem Gejohle gegen das Singen der Hymne. Wenn die Mauer fällt, werden Gräben noch lange nicht zugeschüttet.

Viele der Besucher aus Ost-Berlin gehen jetzt zum Kurfürstendamm. Familien und Freundesgruppen halten sich an den Händen, um sich im Menschengewühl nicht zu verlieren. Einige Kundgebungsteilnehmer zünden Fackeln an und machen sich auf den Weg zum Brandenburger Tor. Das Tor und die Mauer davor sind in das gleißende Licht getaucht, das amerikanischer Kamerateams ausstrahlen.

Etwa 2000, meist junge Leute drängeln sich auf dem Mauergesims. Die politischen Lager, die vor der Gedächtniskirche ihre Ab- und Ausgrenzungsrituale vollzogen und in ihrem Verhalten und Reagieren von der Flexibilität Pawlowscher Hunde waren, sind jetzt vermischt. Einige von der Jungen Union rufen „Sozis raus!“, andere schreien „Nazis raus!“, der Ruf „Die Mauer muß weg!“ ertönt dann mit vereinter Kraft. Die Rock-Musik, zu der viele auf der Mauer, die vom Habitus her der „alternativen Szene“ angehören, verzückt tanzen, kommt von einem Lautsprecherwagen des CDU-Nachwuchses. Burschen in schwarzem Leder schwenken schwarz-rot-goldene Wimpel, mit dem Emblem der DDR. Feuerwerksraketen steigen zum Himmel.

Junge Männer versuchen, Stücke aus dem Stahlbeton des Mauergesimses zu brechen. Wenn ein faustgroßer Brocken zum Boden fällt, ist der Jubel groß. Später werden Vorschlaghämmer gebracht; sie geben Anlaß zu heroischen Posen vor Fernsehkameras, die an den Prolet-Kitsch des „Sozialistischen Realismus“ erinnern. Die Zehntausend auf und die Zehntausend vor der Mauer machen auch in der späten Nacht keine Anstalten, nach Hause zu gehen. Das Volksfest am Brandenburger Tor wird zum Dauerzustand, der erst mit der Öffnung des Tores zuende gehen soll. Niemand kann sich vorstellen, daß bis

dahin wieder „Ordnung“ an der Mauer eintreten könnte. Was sollen die Grenztruppen der DDR dagegen tun, wenn gleichzeitig Breschen in die Mauer geschlagen werden, um neue Grenzübergänge zu schaffen, bis Dienstag insgesamt zehn? Die Mauer hat ihre Funktion verloren. Das spüren die Ost-Berliner, die am Sektoreübergang Bornholmer Straße die Grenzfestigungen durchbrechen, weil sie des Wartens auf Abfertigung überdrüssig sind. Und das wollen auch die West-Berliner demonstrieren, die an der Falkenseer Chaussee in Spandau beginnen, die Mauer abzutragen. Dort soll von Montag 18.00 Uhr an ein Übergang geöffnet werden.

Eine Ordnung ganz anderer Art herrscht in der Nacht auf dem Kurfürstendamm. Er ist eine riesige Fußgängerzone, in der Ost- und West-Berliner vereint flanieren. Schlangen bilden sich vor den bis in den späten Abend geöffneten Filialen der Banken und Sparkassen, in denen Begrüßungsgeld ausgezahlt wird. Kein „Kaufrausch“ bricht aus, obwohl etliche Geschäfte geöffnet haben und mit Sonderangeboten locken. Eher stillvergnügt probieren die Ost-Berliner die neue Freiheit aus. Sie tun das mit souveräner Selbstverständlichkeit, zeigen keine überschäumende Begeisterung, aber stille Entschlossenheit, daß solches Flanieren auf dem Ku'damm morgen alltäglich geworden sein werde.

Über Nacht ist in den Todesstreifen Leben gekommen

Der neue Grenzübergang zur Bernauer Straße / Aus Ost-Berlin berichtet Monika Zimmermann

OST-BERLIN, 11. November. Punkt 8 Uhr morgens ist die Menge nicht mehr hinter der rot-weißen Straßensperre zu halten: Wie auf ein Kommando rennen alle auf das Loch in der Mauer zu, so, als gelte es, unbedingt Erster zu sein am neuen Grenzübergang: Eine Frau fällt hin, wird überannt, Kinderwagen kippen um, Eheleute verlieren sich im Gewühl, ein Blumenstrauß, der als Mitbrinsel gedacht ist, wird zerdrückt, ein Mann rammt sich an den spitzen Steinen der auseinandergesägten Mauer den Kopf. Viele lachen und helfen sich gegenseitig wieder auf die Beine. Doch allen geht nun, wo es endlich losgehen sollte, alles viel zu langsam.

Dabei war alles schon ungeheuer schnell gegangen. Am späten Freitagabend erst war damit begonnen worden, ein Loch in

die Mauer zu schlagen. Die ganze Nacht über waren die Preßluftschlämmer an der Eberswalder Straße im Ost-Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg im Einsatz. Und die ganze Nacht über feuerten viele Schaulustige die Bauleute an und feierten mit ihnen gemeinsam auf der Straße. Sektflaschen wurden herumgereicht, Feuerwerkskörper gezündet, Reden gehalten und Lieder gesungen. Die Steine, die aus der Mauer herausgebrochen wurden, fanden reißenden Absatz.

Um zwölf Uhr nachts ist das Loch noch nicht einmal so groß, daß ein Hund hindurchpassen würde. Wie hier, bis zum Morgen um 8 Uhr ein neuer Übergang entstehen soll, ist vielen ein Rätsel. Zentimeterweise nur kommen die Abrißarbeiten voran. Die Mauer, die 28 Jahre ein

Bollwerk sein sollte, erweist sich jetzt als überaus standhaft. Dabei merkt man den Abbrucharbeitern geradezu an, mit welcher Energie und Freude sie bei der Arbeit sind. Mit Räumgerät werden die großen Kübel aus dem Weg geräumt, die hier mitten auf der Straße stehen und als Sperrbrecher dienen mußten. An der Höhe der Grünpflanzen, die sich in den Kübeln zu regelrechten Bäumen ausgewachsen haben, wird augenfällig, wie lange der unnatürliche Zustand einer hermetischen Trennung zwischen Ost und West bestanden hat.

Was niemand für möglich gehalten hat, wird wahr: Samstag früh um 8 Uhr ist der Grenzübergang, der die Eberswalder Straße im Osten mit der Bernauer Straße im Westen verbindet, tatsächlich so weit fertiggestellt, daß er in Betrieb genommen

werden kann. Als es endlich losgeht, erscheint manchem dieser letzte Weg zwischen Ost und West noch einmal ungeheuer lang. Und er ist es auch. Denn was von außen immer wie eine einzige Mauer aussieht, an der einen Seite bunt angemalt und an der anderen grau und abstoßend, entfaltet nun im Schnitt seine ganze Schrecklichkeit. Die „Mauer“ ist eine breite Sperranlage, die zumindest an dieser Stelle aus drei Mauern besteht. Dazwischen liegt ein breites Niemandsland aus Stacheldrahtzäunen. Baracken, die den Grenzposten als Büros und Abfertigungsanlagen dienen sollen, wurden kurzerhand von großen Kränen über die Mauer hinweggehoben. Am Morgen sind bereits erste Teerarbeiten im Gange. Über Nacht ist in einen Todesstreifen Leben gekommen.

Zur Probe im Westen

fr. Für hunderttausende von Deutschen aus der DDR scheint dieses Wochenende zu einem „Schnuppertag“ zu werden, um ein Wort aus der Sprache der Marktwirtschaft zu verwenden. Erst am Montag wird man, vielleicht, bilanzieren können, wieviele die Gelegenheit nutzen, die Mauer beiseite stehen lassend, in den Westen zu fahren, um zu schauen, und wieviele bleiben. Möglicherweise gewinnt das Regime der DDR, das unter Krenz – manche lassen sich davon von den Gefühlen der Veränderung wegtragen wie auf Tränenströmen – noch nicht im Kern gewendet ist, durch die Öffnung der Durchlässe nach dem Westen eine Atempause.

Wie sie ausgeht, das ist nun die Frage, für die man dem historischen Prozeß Zeit gönnen muß, ohne voreiligen Reden vom Fall der Mauer oder gar von Wiedervereinigung, die in der Tat nur eine Neuvereinigung sein kann, mit wechselseitigen Konzessionen der politischen Bewußtseinslagen. Bisher gibt es kein Anzeichen dafür, daß die DDR ernstlich von ihrem Machtmonopol, das sie sich durch eine manipulative Verfassung gesichert hat und das sie nach wie vor auf die Lehre vom „wissenschaftlichen Sozialismus“ stützt, etwas abzugeben bereit ist. Es mag sogar zutreffen, daß man ein solches Monopol entweder behaupten – im verbalen wie im Macht-Sinne des

Wortes – kann oder es aufgeben; ob es etwas dazwischen gibt, ist fraglich – trotz aller deutschen Sehnsüchte nach Zwischenlösungen, nach Verbindung von Unvereinbarem.

Ein neues Wahlgesetz – gut, aber wie sieht es aus? Wird es die entscheidende Voraussetzung eines offenen Angebots verschiedener Möglichkeiten haben? Kann es politische Freiheit ohne Marktwirtschaft geben? Das Experiment wäre jetzt in der DDR zu machen, aber bisher gibt es keine Anzeichen, daß sich die Führung unter Krenz darauf einlassen wird, und auch der bejubelte Modrow ist – bis zum Erweis des Gegenteils – als ein Anhänger der Lehre zu betrachten, daß die DDR nur als eine sozialistische DDR bestehen kann, weil eine besondere DDR-Nation eben nicht, trotz gegenteiliger Annahmen, entstanden ist. In der DDR gibt es die Chance für eine Wende, vielleicht für eine historische Stunde, soviel, aber mehr nicht. Gespräche, wie sie jetzt eilig angekündigt werden, versprechen wenig Nutzen. Soll Kohl Krenz in einigen Wochen fragen, wann er nun endlich den Sozialismus aufgeben wolle? Es kommt auf das Volk in der DDR, auf die Deutschen dort an. Die westdeutschen Politiker müssen sich darauf beschränken, Fehler zu vermeiden. Der erste wäre, sich auf die neuen Machthaber einzulassen, bevor die „Wende“ den Kipp-Punkt erreicht hat.

Einreißen, ruft die Menge

Preßluftschlämmer und Bohrer an der Mauer / Von Hans Haibach

BERLIN, 11. November. Auf dem Platz vor dem Schöneberger Rathaus stehen die Menschen. Ein Kind hat ein Licht in der Hand. Der Berliner Ehrenbürger und frühere Regierende Bürgermeister Willy Brandt sagt, die Landsleute in der DDR und in Ost-Berlin hätten sich ihrer Geschichte nunmehr selbst angenommen. Die Welt erlebe jetzt wirklich Großes. Brandt hat in düsteren Stunden der deutschen Geschichte an gleicher Stelle gestanden. Applaus begleitet seine Rede. Bundesaußenminister Genscher sagt: „Wir erleben die Selbstbestimmung Europas.“ Beifall bricht in seine Mitteilung, um 18 Uhr werde die Glienker Brücke geöffnet. Die Rede des Bundeskanzlers vor dem Schöneberger Rathaus ist von Pfeifen und Sprechchören begleitet. „Eine schlechte Regie“, bemerkt der Berliner FDP-Vorsitzende Oxfort. Beim Deutschlandlied, das zu singen der Präsident des Abgeordnetenhauses Wohlrahe aufgefordert hatte, gelten abermals Pfeife, die meisten auf dem Platz gehen auseinander.

Auf dem Kurfürstendamm liegen viele Blätter. „Ist es möglich, glücklich zu sein?“, steht darauf. In einem großen Bierhaus haben „DDR-Bürger“ freien Eintritt. Ein Fahrrad lehnt am Eingang, im Korb liegen Gemüse, Apfelsinen und Küchenpapier. Ein junges Paar aus Ost-Berlin sitzt am Tresen eines Lokals. Die Großeltern kummern sich um die beiden kleinen Kinder, seine Frau und er hätten es drüben nicht länger ausgehalten, sagt der Mann. „Wir mußten uns das hier anschauen, wir können alles gar nicht fassen. Wenn uns jemand noch vor wenigen Tagen gesagt hätte, daß wir so einfach nach dem Westen fahren könnten, wir hätten ihn für verrückt erklärt.“ Die junge Frau geht zum Telefon und ruft eine Tante in Essen an. Als sie zurückkommt, hat sie Tränen in den Augen. „Es ist alles so hell hier, es ist alles unfaßbar“, sagt der junge Mann in der Fasanenstraße und zieht seine Frau an sich. „Von dem Begrüßungsgeld haben wir noch kaum etwas ausgegeben, wir vertrauen uns nicht, wir kommen mit den Preisen nicht zurecht, wir haben Angst, etwas falsch zu machen.“

In der Eberswalder Straße, Bernauer Straße soll ein Übergang in die Mauer gebrochen werden. Beim Bau der Mauer sind hier viele Menschen in letzter Sekunde in die Freiheit auf die andere Straßenseite geflüchtet. Die Leute sprangen aus den Fenstern in die Sprungtücher der Feuerwehr. Einen Tag vor ihrem 59. Geburtstag sprang Ida Siekmann in den Tod; sie hatte

das Sprungtuch verfehlt. Ein Kreuz erinnert an sie. Entlang der Bernauer Straße stehen zahlreiche Kreuze. Eine große Menschenmenge ist dort, einige sitzen auf der Mauerkante und hängen sich darauf entlang. Sie berichten von oben, was auf der anderen Seite vorgeht. Die Feuerwehr hat eine Drehleiter mit starken Scheinwerfern ausgefahren. Ein Aussichtsturm ist bereits abgebaut. Kompressoren dröhnen, mit Preßluftschlämmer gehen die Feuerwehrlente gegen die Betonsokkel vor. „Gehen Sie zurück, umso schneller geht es hier“, ruft ein Polizist über Megaphon. „Einreißen, einreißen!“, ruft die Menge.

Einige Feuerwehrlente machen Pause und löffeln eine heiße Suppe. Am Balkon einer Parterrewohnung in der Bernauer Straße klebt eine „Preistafel“. Der Wohnungsinhaber hat alle Hände voll zu tun. „Wie ist es mit einer Brühde?“, fragt einer und zieht den Schal fester. „Das läßt sich machen“, sagt der schlitzohrige Wundermilde. Hinter der Mauer taucht der Arm eines Krans auf und verschwindet wieder. Die Menschenmenge wächst an. Von Ost-Berliner Seite zwischen zwei Raketen in den kalten Nachthimmel. Ein junger Mann ruft von der Mauer herab: „Das dauert noch Stunden.“ „Erzähl doch mal, was du siehst!“, ruft einer ihm zu. „Sie schaffen etwa fünfzig Meter weiter hinten Platten heran“, ruft der Mauermann. Es ist gegen 2.30 Uhr. Die Feuerwehrmänner haben die Betonsokkel gesprengt, sie stellen die Kompressoren ab und löschen wenige Minuten später auch die Scheinwerfer. „Die schaffen wieder einmal ihr Plansoll nicht“, schreit einer, und alles um ihn herum lacht. Einige Löcher, faustgroß, sind zu sehen. Es geht auf 3 Uhr zu. „Na, was ist denn jetzt?“, ruft jemand. „Auf der Mauer brennen zwei Kerzen. Nun fährt die Polizei einen Lichtmast heran und baut ihn auf.“ „Die haben wohl wieder den falschen Bohrer drüben“, mokiert sich ein Mann. Der Berliner Witz macht vor der Mauer nicht halt. Die Menge macht einem Mann Platz, der einen Vorschlaghammer in den Händen hält. Es bildet sich ein Halbkreis, und der Mann führt heftige Schläge aus. Die Mauer bröckelt an der Stelle. „Hauruck!“, rufen die Umstehenden im Takt der Schläge. Auf der anderen Seite stehen anscheinend auch Schaulustige. Ein neuer Übergang wird an dieser Stelle entstehen. Das Loch wird größer, der Morgen graut, die Menschen rennen immer wieder hin, um Mauerbrocken zu ergattern. Es ist mit Ost-Berlin vereinbart, daß der Übergang am Samstagmorgen von 8 Uhr an geöffnet sein soll.

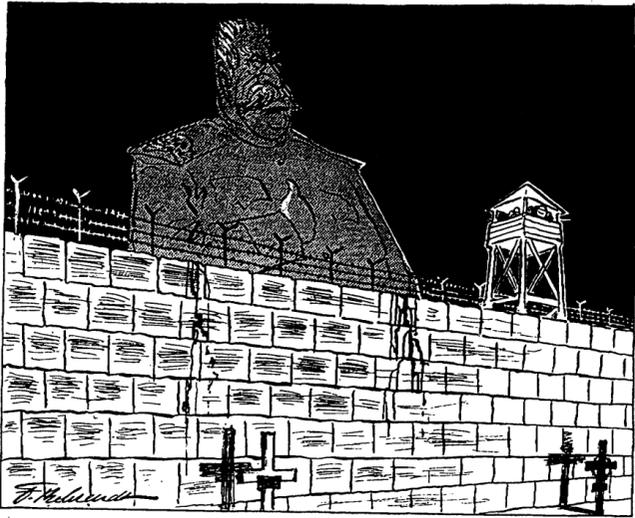
TOKIO – NEW YORK – BUENOS AIRES – PARIS – LONDON – WIEN – BUDAPEST – GENF

Internationale Kontakte sind schon erforderlich, um ständig interessante und ungewöhnliche Schmuckstücke aus den letzten zweihundert Jahren anbieten zu können.

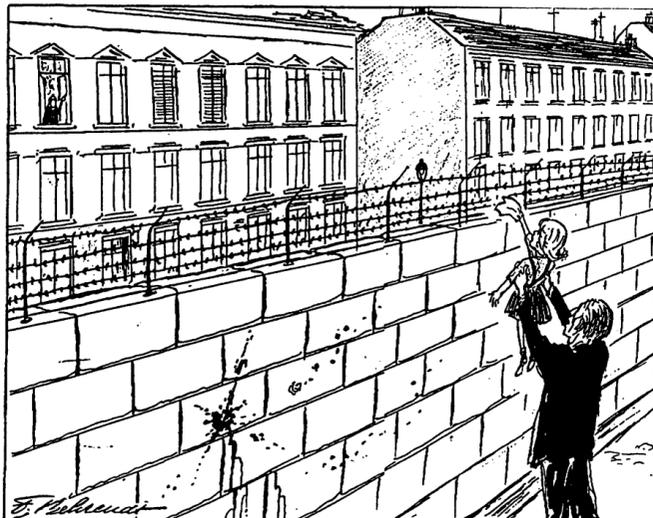
Schwerpunktmäßig zeigen wir Ihnen in Platin oder Gold gearbeitete erlesene Juwelen aus der Zeit von 1900 bis 1940.

LUGNER JUWELIERE
ANTIKER SCHMUCK
Gärtnerweg 1/Ecke Eschersheimer Landstr. 15 · Telefon 069/553809
6000 Frankfurt am Main 1

Orientperlen – feine Zuchtperlen – Diamantsolitäre im alten und modernen Schliff – Manschettenknöpfe in Platin/Gold/Silber – Smaragdringe, z. Zt. reiche Auswahl



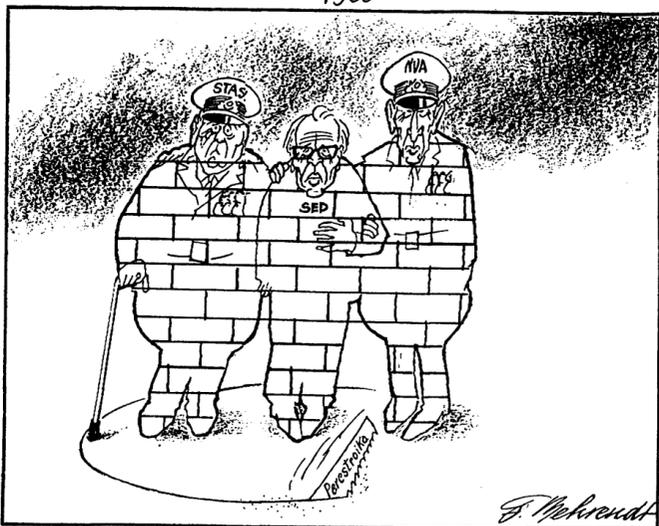
1961



1966



1981



1989

Wie in einem halben Jahr Weltgeschichte geschrieben wird

Fluchtbewegungen, der Abgang der Alten Garde in Ost-Berlin, die Öffnung der deutsch-deutschen Grenze

Elf Tage nach den Feiern zum 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober haben die politischen Veränderungen in der DDR begonnen, die jetzt zur Öffnung der innerdeutschen Grenze geführt haben. Vorangegangen war die Flucht Tausender DDR-Bewohner über Ungarn sowie über die Bonner Botschaften in Budapest, Prag und Warschau und die Ständige Vertretung in Ost-Berlin. Eine Übersicht:

2. Mai: Ungarische Grenzsoldaten beginnen mit dem Abbau des Grenzzaunes zu Österreich.

8. Juli: DDR-Staats- und Parteichef Erich Honecker verläßt den Gipfel der Warschauer-Pakt-Staaten in Bukarest vorzeitig. Offiziell wird später mitgeteilt, er habe eine Gallenkolik erlitten und begeben sich in Urlaub.

21. August: Nach offiziellen Angaben ist Honecker wegen eines Gallensteines operiert worden, kurz vor seinem 77. Geburtstag.

24. August: Die DDR-Flüchtlinge aus der Budapester Botschaft dürfen ausreisen.

11. September: Auch die anderen, mittlerweile 7000 ausreisewilligen DDR-Bewohner in Budapester Lagern dürfen Ungarn verlassen. Weitere reisen über die Tschechoslowakei nach Ungarn. Innerhalb von drei Tagen kommen 15.000 Flüchtlinge in die Bundesrepublik.

1. Oktober: Etwa 7000 DDR-Flüchtlinge in Prag dürfen mit Sonderzügen über das Territorium der DDR in die Bundesrepublik ausreisen.

2. Oktober: In der Prager Botschaft sammeln sich wieder 1000 DDR-Flüchtlinge, um ihre Ausreise zu erzwingen. In Warschau sind es 100.

3. Oktober: In der Prager Botschaft befinden sich 4500 DDR-Flüchtlinge. Die Botschaft wird wieder geschlossen.

Hunderte stürmen das Botschaftsgelände. Am Abend bekommen alle DDR-Flüchtlinge in Prag die Ausreiseerlaubnis. Ost-Berlin setzt den visafreien Reiseverkehr in die Tschechoslowakei aus.

4. Oktober: Die DDR riegelt den Dresdner Bahnhof ab, an dem fluchtwillige DDR-Bewohner auf die Sonderzüge aus Prag warten.

5. Oktober: Wieder rollen Sonderzüge über die DDR in die Bundesrepublik. 7000 DDR-Flüchtlinge verlassen Prag, etwa 600 Warschau.

7. Oktober: Zu den Feiern zum 40. Jahrestag der DDR reist der sowjetische Staats- und Parteichef Gorbatschow nach Ost-Berlin. Honecker spricht beim Festakt im Palast der Republik. Demonstrationen von DDR-Bewohnern für Reformen werden gewaltsam aufgelöst.

11. Oktober: Das Politbüro erklärt, es wolle die Ursachen für die Massenflucht auch bei sich selbst suchen. In Warschau warten wieder 600 DDR-Bewohner auf ihre Ausreise. Polen will die Flüchtlinge nicht mehr ausweisen.

18. Oktober: Honecker, der den Bau der Berliner Mauer 1961 überwachte, verliert nach 18 Jahren sein Amt. Egon Krenz wird neuer SED-Generalsekretär und kündigt eine „Wende“ an. Auch die Politbüromitglieder Herrmann und Günter werden abgelöst.

23. Oktober: Etwa 300.000 Menschen demonstrieren in Leipzig für Reformen.

24. Oktober: Krenz übernimmt auch die Ämter des Staatsratsvorsitzenden und des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates. Demonstranten in Ost-Berlin verlangen freie Wahlen und protestieren gegen Krenz.

26. Oktober: Politbüromitglied Schabowski trifft zwei Mitbegründer des „Neuen Forums“. Es ist der erste Kontakt zwischen Regierung und Opposition.

27. Oktober: Krenz kündigt eine Amnestie für die Flüchtlinge an und ruft sie zur Rückkehr auf. Er verspricht ein neues Reisegesetz.

30. Oktober: Hunderttausende gehen in vielen Städten für Reformen auf die Straße. Die Propagandasendung „Der schwarze Kanal“, wird zum letzten Mal gesendet, die neue Magazinsendung „AK zwei“ erstmals ausgestrahlt.

1. November: Krenz reist nach Moskau und spricht mit dem sowjetischen Staats- und Parteichef Gorbatschow. Er sagt danach, die DDR könne viel von den sowjetischen Reformen lernen.

2. November: Der Vorsitzende des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, Tisch, tritt zurück, seine Nachfolgerin wird Annelis Kimmel. Auch die Blockpartei-Vorsitzenden Götting (CDU) und Homann (NDPD) treten zurück.

3. November: Die DDR erlaubt ihren Einwohnern, die Tschechoslowakei in Richtung Bundesrepublik zu verlassen. Der Flüchtlingsstrom vergrößert sich. Krenz kündigt im Fernsehen den Abtritt von fünf Politbüromitgliedern an.

4. November: Etwa eine Million Ost-Berliner demonstrieren auf dem Alexanderplatz für Reformen. Es ist die größte Protestdemonstration in der Geschichte der DDR.

6. November: Der Entwurf für das Reisegesetz wird veröffentlicht. Über 750.000 DDR-Bewohner demonstrieren im ganzen Land für Reformen, darunter allein rund 500.000 in Leipzig.

7. November: Ein Volkskammerausschuß lehnt das geplante Reisegesetz als unzureichend ab. Der Ministerrat, die Regierung der DDR, tritt geschlossen

zurück.

8. November: Auch das SED-Politbüro tritt geschlossen zurück. Ein neues, verkleinertes Politbüro wird gewählt. Der bisherige Dresdner Bezirkschef Modrow soll neuer Regierungschef werden.

9. November: Das für Informationspolitik zuständige Politbüromitglied Schabowski gibt auf einer internationalen Pressekonferenz am Abend die Öffnung der DDR-Grenze zur Bundesrepublik bekannt. Noch in der Nacht wird in Berlin und an der innerdeutschen Grenze das deutsch-deutsche Wiedersehen zu einem Volksfest. In Berlin ist bis zum Morgen ein gänzlich unbehindertes Überschreiten der Grenze in beiden Richtungen möglich.

10. November: Bundeskanzler Kohl unterbricht seine Polen-Reise, um nach Berlin zu kommen. Senat und Parteien halten Kundgebungen ab, in denen sie übereinstimmend den politischen Mut und die politische Besonnenheit der Landsleute in der DDR loben. Hunderttausende Deutsche aus Ost-Berlin und aus der DDR kommen in den Westteil der Stadt. Zur Ausreise genügt der Personalausweis. Die Öffnung von zehn neuen Grenzübergängen wird, zum Teil noch für die Nacht, bekanntgegeben. West-Berlin versinkt in einem Verkehrschaos.

11. November: Bundeskanzler Kohl telefoniert mit DDR-Staats- und Parteichef Krenz und kündigt ein Treffen an. Die Reisefreiheit für DDR-Bewohner führt zu chaotischen Verkehrsverhältnissen. Vor den Grenzübergängen in die Bundesrepublik bilden sich Warteschlangen von bis zu 45 Kilometer Länge. Die Wartezeit beträgt bis zu zehn Stunden. Der erste neue Übergang an der innerdeutschen Grenze wird zwischen Bad Harzburg und Stapelburg im Kreis Goslar eröffnet. (F.A.Z.)

Wir wurden betrogen, ja auch verraten

Ws. BERLIN, 11. November. Von Mittwoch bis Freitag hat in Ost-Berlin das SED-Zentralkomitee getagt. Zum ersten Mal in der Geschichte der SED sind im „Neuen Deutschland“ nicht nur Auszüge aus den Diskussionsreden veröffentlicht worden, sondern alle Reden im Wortlaut. Ihr Abdruck füllt viele Seiten in mehreren Ausgaben des SED-Zentralorgans. Im folgenden veröffentlichen wir eine Auswahl von Kernsätzen aus einigen der Diskussionsreden.

Solange wir einer Volksbewegung hinterherlaufen, wird man in uns schwerlich eine führende Kraft erkennen.

Wir hatten zu lange die Illusion, eine notwendige Erneuerung des Sozialismus in der DDR sei mit Genossen Erich Honecker und anderen Genossen des bisherigen Politbüros möglich.

Wolfgang Herger, Mitglied des Politbüros.

Zu dieser Bürgerinitiative „Neues Forum“: Genossen, das ist doch längst eine reale gesellschaftliche Kraft, die ihre Akteure, Anhänger und Sympathisanten in allen etablierten politischen Parteien und Organisationen besitzt.

Christa Zellmer, 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Frankfurt/Oder

Infolge der in jüngster Zeit an Umfang und Intensität zunehmenden Beschimpfungen von Angehörigen der Nationalen Volksarmee und insbesondere der Grenztruppen der DDR im Urlaub und Auszug haben in allen Teilstreitkräften und in den Grenztruppen Erscheinungen der Verunsicherung zugenommen.

Armeeoberst Heinz Keßler, Verteidigungsminister der DDR und Mitglied des Politbüros der SED.

Aber heute muß ich doch sagen ... daß wir doch betrogen, ja auch verraten wurden. Und ich fordere hier unumgänglich Konsequenzen bis zur Bestrafung der Genossen, die ja hier schon genannt worden sind.

Wir kommen im Jugendverband nur weiter, wenn wir das Wort ernst nehmen, daß wir eine neue FDJ schaffen wollen.

Eberhard Aurich, 1. Sekretär des FDJ-Zentralrates.

Ich schlage vor, im Entwurf des Aktionsprogramms auf Versprechungen zum Beispiel in Sachen tausend kleine Dinge, Obst und Gemüse, Ersatzteile zu verzichten, das haben wir so schon ... zigmal angekündigt, nie gehalten. Besser ist, es wirklich zu machen und dann darüber zu reden.

Laßt uns nachdenken über eine neue Schule, über eine neue FDJ und eine neue Pionierorganisation, über ihren Platz inner- und außerhalb der Schule, und ihr neues Verhältnis zueinander, wie auch über neue Möglichkeiten der Interessenvertretung der Schüler insgesamt.

Wilfried Poßner, Vorsitzender der Pionierorganisation „Ernst Thälmann“.

Im Zusammenhang mit den Ereignissen um den 7. Oktober kam es zu Übergriffen durch die Schutz- und Sicherheitsorgane. Das waren insbesondere Tötlichkeiten, aber auch Verhaltensweisen, die die Würde der einzelnen verletzen, im Gewaltsam, bei der Zuführung, Übergriffe bestehen vor allem darin, daß unnötiger Zwang gegenüber Personen angewendet wurde, die im Gewaltsam waren. Es gab Personen, die geschlagen wurden, lange Zeit zum Stehen in zum Teil körperlich schmerzhaften Stellungen gezwungen wurden und die auch erniedrigt wurden. Es gab andererseits die Überschreitung gesetzlicher Fristen der Zuführung, was vielfach festzustellen ist. Es gibt gesetzliche Fristen, an die sich jeder zu halten hat. Es gab Personen, denen gegenüber schon erklärt worden war, daß sie weder strafrechtlich noch ordnungsrechtlich verantwortlich seien, die dennoch

weiterhin festgehalten wurden und auch an andere Orte gebracht wurden.

Günter Wendland, Generalstaatsanwalt der DDR

Wir müssen zum Beispiel die Illusion aufgeben, die tausend kleinen Dinge, die in Wirklichkeit Hunderttausende sind, mit Mitteln der zentralen Planung und Vorgaben zu lösen. Ohne Ökonomie, ohne mit dem Markt und Preisen verbundene Regelungen und Maßnahmen zur Stärkung der Rolle der Mittel- und Kleinbetriebe würde das nicht zum Erfolg führen.

Gerhard Schürer, Mitglied des Politbüros und Vorsitzender der staatlichen Plankommission

Es gilt der bekannte Ausspruch von Genossen Gorbatschow, der sich inzwischen so tragisch erfüllt hat: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“

Günter Sieber, Kandidat des Politbüros

Ich kann heute mitteilen, daß in den nächsten Tagen 1200 Angehörige unseres Ministeriums in die Braunkohle zum Einsatz kommen.

Generaloberst Rudi Mittig, stellvertretender Minister für Staatssicherheit

Wie konnte es zu solchen falschen Einschätzungen der Prozesse in der Sowjetunion kommen, bei denen nicht der welt-historische Charakter der Umgestaltung, die schmerzhaft und widersprüchliche Durchsetzung einer neuen Qualität des Sozialismus im Vordergrund standen, sondern die Furcht vor dem Überschwappen? Wie konnte es dazu kommen? Darauf antworte ich: aus Überheblichkeit, aus der Meinung, daß uns diese Prozesse letztlich nichts angingen, daß es die inneren Bedingungen der Sowjetunion seien, die die Erneuerung des Sozialismus herbeiführen. Dazu habe ich beigetragen durch diese unglückselige Äußerung über die Tapeten, die natürlich sofort vom Gegner aufgegriffen wurde, um deutlich zu machen, daß sich die SED gegen Erneuerung, gegen einen Wandel sperrt.

Kurt Hager, nur noch Mitglied des SED-Zentralkomitees

Am schlimmsten aber ist der Zustand der Regierung. In ihrem Namen wurden viele Absurditäten verkündet, und ihre Mitglieder haben oft zuerst aus der Presse erfahren, was sie beschlossene haben sollen.

Wir haben zum Beispiel die unmodernsten Autos – die DDR ist das einzige Land in der Welt, das Oldtimer in Serie produziert.

Hans-Joachim Hoffmann, Minister für Kultur

Wenn Zeitungen, die vormals im Ruf gedruckter Lädenhüter standen, unversehens zu einer Art Bückwäse geworden sind, wenn man sich in morgendlichen Schlangen an den Zeitungskiosken über zu wenig Freiverkaufsexemplare der „Jungen Welt“, der „Berliner Zeitung“, des „Morgen“, der „Neuen Zeit“ oder des „Neuen Deutschland“ beschwert, dann ist das schon symptomatisch dafür, daß die Medien eine besondere Rolle im Prozeß der Erneuerung spielen. Richtig zu bewerten ist das im Zusammenhang mit dem Definitionsverständnis von Sozialismus und Demokratie.

Günter Schabowski, Mitglied des Politbüros

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH. Verantwortliche Redakteure: für Innenpolitik und Koordination: Dr. Friedrich Karl Fromme; für Außenpolitik: Dr. Günther Nonnenmacher; für Nachrichten: Dieter Eckart; für „Zeitschehen“: „Die Gegenwart“: Klaus Natopp; für Deutschland und die Welt: Dr. Michael Fritzen; für Wirtschaftspolitik: Dr. Hans D. Barbier; für Wirtschaftsberichterstattung und Unternehmen: Heinz Stadlmann; für Sport: Steffen Haßner; für Feuilleton: Dr. Wilfried Wiegand; für Literatur

und literarisches Leben: Dr. Frank Schirmacher; für Natur und Wissenschaft: Dr. Rainer Flöhl; für Technik und Motor: Dr. Gerold Lingnau; für Rhein-Main-Zeitung: Dr. Klaus Viedebantt. Für Bild: Christian Pohlert.

Chef vom Dienst: Ulrich Schulze. Graphische Gestaltung: Konrad Boch. Redaktionelle Produktion: Horst Forster.

Verantwortlich für rubrizierte Anzeigen: Dieter Dröll, für Display-Anzeigen: Wolf-Dietrich Auerbach, für Anzeigen in der Rhein-Main-Zeitung: Gernot Heck; sämtlich in Frankfurt am Main. Druck: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Frankfurt am Main.

Wie man sich bettet, so schläft man.

Universell und für jeden Liegewunsch geeignet:

Das Schlafsystem MEDILASTIC® und MELA MED



Die Superkombination für optimalen Liege- und Schlafkomfort. Kommen Sie zum Probeliegen

Die besten Matratzen führender Hersteller METZELER SWISSFLEX® ROTBAND u. v. a.



BETTENSTUDIO KRITTEL GMBH

GUTENBERGSTRASSE 1 · KRITTEL/GEWERBEGBIET
TELEFON: 06192/4441 · GROSSER PARKPLATZ
Autobahn A66 Ffm.-Wiesbaden · Ausfahrt Kriittel

Das große Bettenfachgeschäft mit der individuellen Beratung



DDR-Grenzsoldaten gebieten der Begeisterung Einhalt.

Foto Reuter



Stillstand auf der Straße des 17. Juni.

Foto dpa



Die Mauer ist brüchig geworden.

Foto Reuter

„Ein mutiger und weiser Schritt“
Moskau zwischen Zustimmung und Zurückhaltung

Bc. MOSKAU, 11. November. Mit anerkennender Zustimmung, aber auch deutlich zurückhaltend hat Moskau bisher auf die Öffnung der deutsch-deutschen Grenze reagiert. Trotz „Glasnost“, dem Versprechen nach mehr Offenheit, berichten die sowjetischen Zeitungen über die Ereignisse erst auf den hinteren Seiten, meistens nur kurz und knapp. Von der politischen Führung hat sich nur Außenminister Schewardnadse über die jüngsten Vorgänge in der DDR geäußert. Er bezeichnete die Entscheidung der DDR-Führung, die Grenzen zu öffnen, als „klugen und weisen Beschluß“. Beim, was sich in den letzten Tagen in Ost-Berlin ereignet habe, handle es sich „um eine ganz normale Entwicklung“.

Ziel der Wiedervereinigung zu erreichen“. Mehr wollte Andersson dazu nicht sagen. Auf die Frage schwedischer Journalisten, ob es künftig in der DDR auch eine nicht-kommunistische Regierung geben könne, hatte Schewardnadse, wie aus einer Tonbandaufzeichnung hervorgeht, geantwortet: „Fragen sie Ostdeutschlands Volk.“

Der Kommentator der „Prawda“ schreibt, die jetzige Führung in der DDR habe den Weg des neuen politischen Denkens eingeschlagen und gehe „schöpferisch“ an schwierige Fragen heran, die so lange die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten belastet hätten. Er begrüßt das „selbstkritische Eingeständnis“ im Zentralkomitee der SED, daß die alte, nun ausgeschiedene Führung der Partei die „Forderungen der Zeit“ nicht erkannt und nicht verstanden habe, daß „die Gesellschaft der Erneuerung bedarf“. Dafür müßten die Partei und das Land „jetzt teuer bezahlen“. Mehr als 200 000 Deutsche hätten die DDR verlassen. Das habe nicht nur zu vielen Schwierigkeiten geführt, sondern auch manchen veranlaßt, wegen der Flüchtlinge eine politische Kampagne gegen die DDR zu führen. „Jetzt ist der gordische Knoten durchgeschlagen.“

Ähnlich äußerte sich am Samstag auch die „Prawda“, das Zentralorgan der Kommunistischen Partei. In einem Kommentar bezeichnet der Ost-Berliner Korrespondent des Blattes den Beschluß der SED-Führung als „mutigen und weisen politischen Schritt, der das plötzliche Zusammenbrechen alter Dogmen beweist“.

Bezeichnend für die offizielle Zurückhaltung in Moskau scheint zu sein, daß Schewardnadse die Öffnung der DDR-Grenzen nicht öffentlich kommentierte, sondern im Gespräch mit Journalisten, die den schwedischen Außenminister Andersson bei seinem Besuch in der Sowjetunion begleitet hatten. Distanziert klingt auch die Passage in der Meldung der Nachrichtenagentur Tass über die Gespräche Schewardnadses und Anderssons, welche die „Prawda“ am Samstag abdruckte. Schewardnadse habe auf Bitten seines Gastes die Haltung der Sowjetunion zur Lage in der DDR erläutert und gesagt, die dortige Entwicklung sei ausschließlich eine „innere Angelegenheit der neuen politischen Führung und der Bevölkerung des Landes“. Die Bevölkerung in der Sowjetunion wünsche ihnen „allen nur erdenklichen“ Erfolg.

Der schwedische Außenminister hatte am Freitagabend mitgeteilt, Schewardnadse habe während des Gesprächs eine „gewisse Unruhe“ darüber zum Ausdruck gebracht, daß „gewisse Kreise“ in der Bundesrepublik die Entwicklung in der DDR ausnützen könnten. „schneller das

Die „Komsomolskaja Prawda“, das Organ des Jugendverbandes der Partei, veröffentlichte eine Reportage ihres Korrespondenten, der in der Nacht von Donnerstag auf Freitag mit anderen Ost-Berlinern durch die Mauer nach Westen gegangen war und dies als „historischen Tag“ empfunden hat. Ein Tass-Kommentator schreibt über die Mauer in Berlin, es sei offenkundig, daß die Sowjetunion die Entscheidung der DDR-Regierung unterstütze, die Grenzen zu öffnen. Das erleichtere die Errichtung eines „gemeinsamen europäischen Hauses“. Das „Niederreißen“ der Berliner Mauer, die so lange die Teilung Europas symbolisiert habe, sei daher eine „positive und wichtige“ Tatsache. Die Änderung der Bestimmungen an der Grenze bedeute aber nicht, daß die Staatsgrenze der DDR abgeschafft werde. „Berlin bleibt, wie bisher, die Hauptstadt der DDR. West-Berlin bleibt, wie bisher, eine besonderes politisches Gebilde.“

Von Jalta nach Malta
Bush, Gorbatschow und das „deutsche Thema“ / Von Leo Wieland

WASHINGTON, 11. November. Präsident Bushs Voraussage, das Publikum in Ost und West solle „nicht mit wichtigen Entscheidungen“ beim Gipfeltreffen im Mittelmeer rechnen, scheint überholt. Für Bush, der die Zusammenkunft anregte, waren die Umwälzungen in Polen und Ungarn der Hauptgrund, sich schon vor einem „Rüstungskontrollgipfel“ im nächsten Jahr in Washington mit dem russischen Gegenüber auszutauschen. Nun ist das „deutsche Thema“ hinzugekommen. Der Moskauer Außenamtssprecher Gerasimow hat dazu das Leitmotiv gefunden: „Von Jalta nach Malta.“ Die Amerikaner wollen jedoch keine neue Grenzziehung durch die Großmächte in der Rolle geopolitischer Geographen. Die Vereinten Staaten, sagte Außenminister Baker, würden über die Köpfe ihrer Verbündeten hinweg nichts entscheiden. Er gab aber zu, daß bei der „Begegnung ohne Tagesordnung“ die Konsequenzen der Ereignisse drüber an die erste Stelle gerückt seien. Es geht um den Ausblick auf ein Mitteleuropa nach dem Ende des Kalten Krieges.

Bush muß nun aus dem Schlagwort „Europa – frei und ganz“ ein Konzept machen. Das ist erst in Umrissen erkennbar (Selbstbestimmungsrecht, freie Wahlen, Bewegungsfreiheit), weil die westliche Führungsmacht von der Geschwindigkeit des Umbruchs in der DDR ebenso überrascht wurde wie ihre Verbündeten. Nachdenklich hatte Bush in seiner ersten Stellungnahme zur Öffnung der DDR-Grenzen gesagt, er sei „begeistert“. Dabei wirkte er, wie ein Fernsehkommentator sagte, „so entspannt wie ein Pfund Leber“.

Einen Tag später erwarnte sich Bush dann unter dem Eindruck der Bilder aus Berlin und eines langen Telefongesprächs mit Bundeskanzler Kohl. In Dallas sagte er: „Wir leben in faszinierenden Zeiten und werden jede Gelegenheit ergreifen, um zu dauerhaftem Frieden und der Ausbreitung der Demokratie beizutragen. Ich werde dabei die Außenpolitik dieses großen Landes mit der Umsicht führen, welche diese faszinierenden Zeiten verdienen – und mit großer Vorstellungskraft.“ Die selbstbeherrschte Reaktion hat mit dem Naturell Bushs und mit Kalkül zu tun. Gesten des Triumphes zum falschen Zeitpunkt, so hieß es aus dem Weißen Haus, seien kontraproduktiv. Der Präsident wolle es vermeiden. Gorbatschow

Peinlichkeiten zu bereiten und alles Spektakuläre unterlassen, was jetzt nach einer gezielten Schwächung der sowjetischen Stellung in Osteuropa aussehen könne.

Bush will am 2. und 3. Dezember vor Malta erkunden, wie weit Gorbatschows Entschlossenheit zu Reformen in der Sowjetunion reicht, wie groß seine allianzinterne Toleranzspanne ist und welchen Spielraum er sich in beiden Punkten zutraut. Bush möchte Auskünfte zu drei Kernfragen: Ist Nichteinmischung jetzt ein festes Prinzip dersowjetischen Außenpolitik? Gilt die Moskauer Zustimmung zu freien Wahlen nicht nur für Polen und Ungarn, sondern auch für die DDR? Wäre die Sowjetunion bereit, eine nichtkommunistische Regierung in Ost-Berlin zu dulden, solange die DDR im Warschauer Pakt bleibt?

Eine öffentliche Debatte über das Thema Wiedervereinigung hielt Bush am Wochenende noch für „viel zu früh“. In seiner Regierung wird dies dennoch inzwischen als „reale und praktische Möglichkeit“ besprochen. Wie Gorbatschow dazu steht und wie man ihn danach fragen soll, zählt zu dem delikaten Teil der Gipfelvorbereitungen.

„Instabilität“ in Osteuropa sei „nicht im Interesse des Westens“, heißt es in Washington. Die Regierung wolle Gorbatschow unterstützen und einen „Erfolg der Perestrojka“ sichern helfen. Weil Rückschläge aber nicht auszuschließen seien, müsse ein der Westen auf der Hut bleiben und „Vorsicht mit Stärke“ verbinden. Das war gewissermaßen eine „Bush-Doktrin“. Die überwiegend zuversichtlichen Präsidentenberater vermeiden es einstweilen, sich auf Analysen der Ängste vor einer Wiedervereinigung einzulassen. Sie weisen auf die Europäische Gemeinschaft und die Nato als verlässliche, die Bundesrepublik Deutschland fest einbindende westliche Pfeiler hin. Skeptischere Kommentatoren äußern hingegen Unbehagen ob der „Erosion“ einer – auf die deutsche Teilung gestützten – Nachkriegsordnung, für die sich ein Ersatz noch nicht abzeichne. Bush selbst neigt zu den verhaltenen Optimisten, die den Einfluß des Westens auf den Ablauf des Geschehens in Osteuropa eher bescheiden ansetzen. Dort herrsche, sagte Bush, eine „revolutionäre Situation“, und die habe „ihre eigene Dynamik“. Der Präsident bewahrt in solcher Lage, was er hat: einen kühlen Kopf.

Besuch in Polen nicht entwertet
Warschau zeigt Verständnis für Unterbrechung / Deutsche Grenzen

Dt. WARSCHAU, 11. November. Die Unterbrechung des Besuchs des Bundeskanzlers in Polen ist in Warschau mit Verständnis aufgenommen worden. Kohl hatte dem polnischen Ministerpräsidenten die durch die Öffnung der DDR-Grenzen eingetretene Lage geschildert und ihn gebeten, seinen Besuch für etwa 28 Stunden aussetzen zu dürfen. Er habe dazu angerufen, sagte die Regierungssprecherin Niezabitowska nach Kohls Abreise, daß der Besuch dadurch nicht an Bedeutung verliere. Die Entwicklung in der DDR sei nur möglich geworden durch die vorausgegangenen Umwälzungen in Polen und Ungarn. Nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern überall in Europa wolle man den Erfolg der Reformen in beiden Ländern, habe der Bundeskanzler gesagt. Mazowiecki habe „volles Verständnis“ für den Wunsch des Bundeskanzlers gezeigt, an der Kundgebung in Berlin teilzunehmen und zu einer Sondersitzung des Kabinetts nach Bonn zurückzukehren.

Die polnische Regierung hat die Öffnung der DDR-Grenze begrüßt. Als Unterzeichner der internationalen Menschenrechtskonvention, der im übrigen auch die DDR beigetreten sei, habe Polen mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, daß das Recht auf Freizügigkeit „in einem weiteren Land beachtet“ werde.

Die Regierungssprecherin gab aus der zwischen den Außenministern Genscher und Skubiszewski geführten Unterredung die Haltung Warschaus zur deutschen Frage wieder. Sie ging dabei über die bisher benutzte Formel hinaus, wonach den Deutschen das Recht auf Selbstbestimmung zustehe, die Wiedervereinigung aber eine Angelegenheit der vier Mächte und ganz Europas sei. Wenn es zu einer Wiedervereinigung kommen sollte, sagte die Regierungssprecherin Niezabitowska, müßten „Garantien gegeben sein, daß ein vereintes Deutschland als mächtiger Staat nicht die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa bedroht“. Darüber hinaus dürfe die Wiedervereinigung Deutschlands nicht mit der Grenzfrage verknüpft werden. „Die deutschen Staaten können sich ausschließlich innerhalb ihrer Grenzen vereinen. Keine andere Lösung kommt in Betracht.“

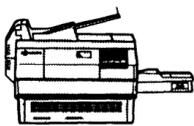
Ein Kommentator des polnischen Fernsehens erklärte die Abreise Kohls mit dem Hinweis, Bundeskanzler Adenauer sei es zeitlebens nachgetragen worden, daß er nicht nach Berlin gefahren sei, als am 13.

August 1961 mit dem Bau der Mauer begonnen worden sei. Der Kommentator bezeichnete die Entscheidung der DDR-Führung zur Öffnung der Grenzen als „Flucht nach vorn“. Ost-Berlin müsse nun beweisen, daß der Schritt einen dauerhaften Wandel eingeleitet habe. Dann würden die Deutschen in der DDR nicht mehr nur ausreisen, sondern auch wieder zurückkehren. Ob die DDR künftig ein Staat für sich bleibe, wie etwa Österreich, sei noch offen. Vielen Deutschen, vor allem denen in der Bundesrepublik, sei in diesen Tagen bewußt geworden, daß die Bewohner des anderen deutschen Staates „ihre Landleute sind – Deutsche wie sie“. Die nationale Frage stehe in Deutschland wieder auf der Tagesordnung.

Vor der Unterbrechung des Besuchs war die deutsche Delegation mit Mitgliedern der polnischen Regierung zusammengetroffen. In der Plenarsitzung war hauptsächlich über eine wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit gesprochen worden. Bundeswirtschaftsminister Haussmann sprach sich dafür aus, den von der Bundesregierung gewährten Bürgschaftsrahmen für Kredite in Höhe von 2,5 Milliarden Mark und das Investitionsschutzabkommen rasch zu nutzen. Es gebe eine große Bereitschaft in der deutschen Industrie zur Zusammenarbeit mit Polen. Mit der finanziellen Absicherung sei allerdings nur eine Voraussetzung erfüllt. Hinzu kommen müßten Verbesserungen im polnischen Transport- und Kommunikationswesen, funktionierende Banken und Handelskammern.

Das Programm des Bundeskanzlers wird um die Besichtigung Krakaus, die Begegnung mit polnischen Jugendlichen in Warschau und Krakau sowie um ein Gespräch mit Mitgliedern des Klubs der Katholischen Intelligenz (KIK) gekürzt. Kohl kehrte am Samstag nach Warschau zurück. Mit der gemeinsamen Teilnahme Kohls und Mazowieckis an einer auf deutsch und polnisch gehaltenen Messe unter freiem Himmel im niederschlesischen Kreisau (Krzyszowa) wird das offizielle Besuchsprogramm an diesem Sonntag wieder aufgenommen. Am Sonntagabend wird die Begegnung mit Staatspräsident Jaruzelski und am Dienstagvormittag der Gang durch die ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz und Birkenau nachgeholt. Erst am Dienstag werden die beiden Regierungschefs die Gemeinsame Erklärung unterschreiben.

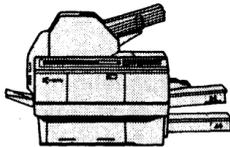
DIE GANZE WELT DER LASERDRUCKER



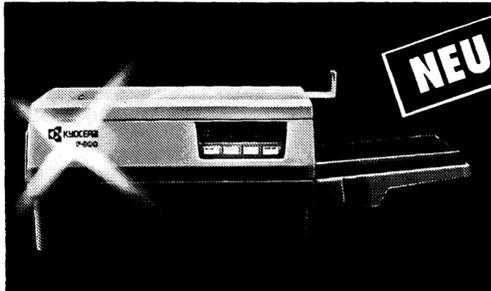
KYOCERA F-1000
Der Standarddrucker
mit hoher Leistung
Dokumentenecht



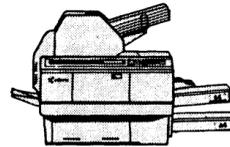
KYOCERA F-1200
Der Vielseitige für
Text und Grafik
Dokumentenecht



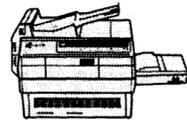
KYOCERA F-2200 S
Der universelle Zwei-
schachtdrucker mit
5fach-Sorter (optional)



KYOCERA F-800. Der Vollprofi im Kleinformat, 7 Emulationen



KYOCERA F-3000
Der Schnelle mit einer
Leistung von 18 Seiten
in der Minute



KYOCERA F-2000
Der PostScript-Kompatible
mit schnellem 68020-
Prozessor

Ihr kompetenter Partner für Host-Anbindungen, Textverarbeitungssysteme, DTP-Schulungen, PostScript-Seminare, PC-Systemlösungen,



Laserdruckerzubehör, IC-Card Programmierungen

AUTORISIERTE KYOCERA FACHHÄNDLER

LaserPrint GmbH · Geschäftsstelle Rhein-Main
Frankfurter Straße 74-78 · 6236 Eschborn
Tel.: 0 6196/4 40 41 · Fax.: 0 6196/48 23 47
LaserPrint GmbH · Geschäftsstelle Darmstadt
Am Hopfengarten 6 · 6100 Darmstadt
Tel.: 0 6151/3 31 03 · Fax.: 0 6151/31 11 46

COUPON
Name _____
Adresse _____
LaserPrint GmbH
- Zentrale -
Am Hopfengarten 6
6100 Darmstadt

Die Stützmauer des SED-Regimes ist zerborsten

Wie die DDR wurde, was sie ist / Von Georg Paul Hefty

Seit dem 9. November ist die DDR eine andere Republik, das Stützwerk der altersschwachen SED-Diktatur ist zerborsten. Die Änderung ist umso einschneidender, als es dem anderen deutschen Staat vierzig Jahre lang - vom 7. Oktober 1949 bis zum 7. Oktober 1989 - gelang, Kontinuität vorzugaubern: stets herrschte die Staatspartei SED, stetig war die Abhängigkeit von der Sowjetunion und die Einbindung in den Ostblock, beständig waren auch die wirtschaftlichen Engpässe und die Beschneidung der Meinungs- und Kulturfreiheit.

Die DDR ist eine Folge des zweiten Weltkrieges und der deutschen Niederlage, doch war es nach Ende des Krieges nicht ausgemacht, daß sich aus der von der Roten Armee besetzten Zone ein eigener Staat herausbilden werde. Augenfällig strebte aber schon wenige Tage nach der Kapitulation die sowjetische Führung danach, mit Hilfe deutscher Kommunisten, der „Gruppe Ulbricht“, das neue politische System zu prägen. Am 14. Mai 1945 setzte der sowjetische Stadtkommandant Bersarin einen Magistrat für Groß-Berlin ein, von dessen sechzehn Mitgliedern acht Kommunisten waren. Einen Monat später wurde die „sowjetische Militäradministration in Deutschland“ (SMAD) geschaffen. Diese übte unter den Marschällen Schukow, Sokolowski und dessen Nachfolger Tschuikow bis zu ihrer Auflösung im Oktober 1949 die tatsächliche Macht aus.

Der „Befehl Nr. 2“ vom 10. Juni 1945 ermöglichte förmlich ein pluralistisches Parteiensystem und nannte als dessen Bedingungen: „antifaschistisch“, „Demokratie“ und „bürgerliche Freiheiten“. Die Auslegung der Begriffe behielten sich die Sowjets vor. Als erste Partei wurde am 11. Juni 1945 die KPD zugelassen, wenige Tage später folgte die SPD. Schon vier Tage danach bildeten je fünf Vertreter beider Parteien einen gemeinsamen Arbeitsausschuß, der die künftige „Aktionseinheit“ einleitete. Binnen wenigen Wochen wurden auch die Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDUD) und die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD) gegründet (die National-Demokratische Partei Deutschlands - NDPD - und die Demokratische Bauern-Partei Deutschlands - DBD - wurden erst drei Jahre später unter dem jeweiligen Vorsitz ehemaliger KPD-Funktionäre ins Leben gerufen). Die Potsdamer Konferenz vom August 1945 offenbarte, daß sich die Großmächte Sowjetunion, Vereinigte Staaten und Großbritannien auf eine lange Besatzungszeit in Deutschland einstellten.

Mit dieser Perspektive erneuerte die sowjetische Militäradministration in ihrer Zone die Verwaltung und dessen Personal.



Walter Ulbricht in Leipzig

Vor allem bei der Polizei und der Justiz - als sogenannte Volksrichter - wurden deutsche Kommunisten eingesetzt: willfährige Handlanger bei der einseitigen Verfolgung politisch unliebsamer Personen.

Im Oktober 1946 lebten 18,4 Millionen Menschen in der sowjetischen Zone (SBZ) - 3,4 Millionen mehr als 1939 auf dem entsprechenden Gebiet. Die weibliche Bevölkerung war um 1,9 Millionen gestiegen, die männliche um 600 000 gesunken. Hermann Weber stellt dazu in seinem Grundriß der Geschichte der DDR fest, daß dies zu einem Facharbeitermangel führte, daß dennoch ein ausreichendes Arbeitskräftepotential vorhanden, die Industrie gemessen an den Befürchtungen weniger zerstört, das Transportwesen hingegen leistungsfähig und das Gebiet insgesamt arm an Bodenschätzen und Schwerindustrie war.

Schon 1945 wurden unter der Losung „Junkerland in Bauernhand“ Landbesitz über 100 Hektar zur Gänze enteignet und 500 000 Landarbeiter und Umsiedler mit Grund und Boden, aber nicht mit Gerätschaften bedacht. Als Vorbote der Verstaatlichungen erhielten die Gebietskörperschaften große Flächen zur Bewirtschaftung.

Als im Herbst desselben Jahres die SPD zur größten der vier Parteien geworden war, wählte die Kommunistische Partei ihren Führungsanspruch gefährdet. Der Unterstützung durch die sowjetische Militärverwaltung gewiß, drang das Politbüro der KPD auf die Erweiterung der Aktions-einheit zu einem Zusammenschluß der beiden Parteien. Dies stürzte die SPD zwar in eine Krise, aber die Vereinigung mit der KPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) am 20./21. April 1946 konnte sie nicht abwenden. Die ideologische Grundlage der neuen Partei sollte der „besondere deutsche Weg zum Sozialismus“ sein. Die „einheitliche Arbeiterpartei“ schnitt bei den aufeinanderfolgenden Kommunalwahlen aufgrund willkürlicher Eingriffe der Militärverwaltung „erfolgreich“ ab, doch offenbarten die Wahlen in Berlin, wo die SPD eigenständig kandidieren konnte, die geringe tatsächliche Anziehungskraft der SED. Dieser Gegensatz von Schein und Wirklichkeit prägte seither die Position der Partei, die umso „bessere“ Wahlergebnisse erzielte, je weiter ihre Stalinisierung fortschritt.

Gleichschaltung im Block, Prozesse und Säuberungen

Wie sich die Konfrontation zwischen der Diktatur Stalins und dem amerikanischen Präsidenten Truman verschärfte, so vertiefte sich auch die Spaltung zwischen den westlichen Besatzungszonen und der östlichen Besatzungszone; von Mitte 1947 an konnte kaum mehr von einer Einheit Deutschlands gesprochen werden. Während sich im Westen mit Hilfe des Marshall-Planes ein Schritt für Schritt demokratisch legitimierte und eine vorwiegend privatwirtschaftlich organisierte Struktur herauszubilden begann, wurde die Ökonomie der SBZ immer mehr von zentralen Planwirtschaftsmethoden und deren Auswirkungen, zum Beispiel der Aktivistenbewegung nach dem Vorbild der sowjetischen Stanhanow-Bewegung, belastet. Die noch 1948 der umliegenden praktizierten „Volksdemokratie“ abholde SED wurde schon im darauffolgenden Jahr blockiert, soweit gleichgeschaltet, daß auch sie die sowjetische Besatzungszone zu einem stalinistischen Staat ausformte, aus dem viele Menschen in den Westen flohen, wenn sie nur konnten.

Am 7. Oktober 1949 konstituierte sich in Ost-Berlin der Deutsche Volksrat als provisorische Volkskammer und Verfassungsgeber: die Deutsche Demokratische Republik wurde proklamiert. Damit war nach der Gründung der Bundesrepublik im Mai des Jahres die staatsrechtliche Spaltung Deutschlands vollzogen. Die DDR-Verfassung ließ zwar Anklänge an die Weimarer Verfassung erkennen, doch verriet besonders der aus demagogischen Lehrformeln bestehende Artikel 6, daß dieser Staat zum Spielball einer - der marxistisch-leninistischen - Ideologie vorgehene war. Schritt für Schritt wurde danach das Modell der Sowjetunion übernommen und schließlich Stalin als der „große Lehrer der deutschen Arbeiterbewegung und beste Freund des deutschen Volkes“ vergöttlicht. Allein im Jahre 1950 wurden, so wird geschätzt, 78 000 Angeklagte wegen politischer Delikte verurteilt, darunter fünfzehn zum Tode. Das Terror-system wurde vom neugegründeten Staatssicherheitsdienst vorangetrieben.

Vor den ersten Wahlen zur Volkskammer im Oktober 1950 wurde das bis dahin noch pluralistische Parteiensystem zerstört. Alle Parteien wurden trotz anfänglichem Widerstand zu einer Einheitsliste der Nationalen Front zusammengefaßt. Dieser Block erhielt bei 98 Prozent Wahlbeteiligung 99,7 Prozent der gültigen Stimmen, die Wahlen waren nicht geheim. Die SED besetzte 100 Sitze, CDU und LDPD je 60, NDPD und DBD je 30, die Einheitsgewerkschaft FDGB 40 und andere Massenorganisationen zusammen 80 Sitze der Volkskammer. Die Regierung verkam unter Grotewohl zum Anhängsel des Politbüros der SED. Dessen starker Mann Ulbricht begründete auf dem III. Parteitag im Juni 1950 den Fünf-Jahres-Plan mit dem Ziel, mit sowjetischen Methoden die Produktion des Jahres 1936 zu verdoppeln. Die Parole „Die Partei hat immer Recht“ rechtfertigte Säuberungen der SED und zog Schauprozesse nach sich. Die Gesellschaft wurde mit Hilfe SED-höriger Massenorganisationen durchdrungen und in den „Aufbau des Sozialismus“ eingebunden, den die II. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 ausdrücklich beschloß.

1950 wurde die DDR in den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe einbezogen, ihr Außenhandel ist seither zu etwa drei Vierteln auf den Ostblock ausgerichtet. Der Anteil der volkseigenen Betriebe wurde unablässig gesteigert. Mit der Parole „von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen“ sollte binnen eines Jahrzehnts die Industrieproduktion um 95 Prozent, der landwirtschaftliche Ertrag um 25 Prozent, das Volkseinkommen um 60 Prozent und die Arbeitsproduktivität um 72 Prozent gesteigert werden. Zwar wurde das Recht auf

Arbeit verbürgt, aber die übertriebene Förderung der Schwerindustrie ging auf Kosten der Versorgung der Bevölkerung. Für ein Kilo Zucker mußte ein Maurer sieben Stunden, für ein Kilo Schweinefleisch neun Stunden, für ein Kilo Butter fünfzehn Stunden und für ein Hemd fünfundsiebzig Stunden arbeiten, wenn er mehr als das Zugeteilte erwerben wollte. Während die Industrie und der Lebensstandard sowie die persönliche Freiheit sich dem sowjetischen Niveau näherte, sonnte sich Ulbricht im Schein des Stalin-Kultes.

Diese Scheinwelt brach mit dem Tode Stalins am 5. März 1953 zusammen. Unter dem Druck der Nachfolger in Moskau beschloß das Politbüro der SED am 9. Juni 1953 einen „Neuen Kurs“, der zwei Tage später zur Leitlinie der Regierungspolitik wurde. Das Eingeständnis von Fehlern beim „verschärften Klassenkampf“ und beim „Aufbau des Sozialismus“ sowie das Versprechen von mehr Rechtssicherheit und die Förderung der Konsumgüterindustrie sollten die Bevölkerung für den neuen Kurs gewinnen. Die erhöhten Arbeitsnormen allerdings sollten bleiben; dies beschwor die Auflehnung der Arbeiterschaft am 17. Juni in Ost-Berlin und in vielen weiteren Orten herauf. Die Forderungen gingen schnell über die Alltagsbedürfnisse hinaus und bündelten sich im Verlangen nach Freiheit. Die SED-Führung reagierte ohnmächtig, die sowjetischen Kommandanten aber schlugen den Aufstand mit Waffengewalt nieder. Die Zahl der Toten ist noch immer unbekannt. Sie wird auf etwa 300 geschätzt.

Eine Fluchtbewegung setzte ein. Binnen drei Jahren flüchteten trotz der fünf Kilometer breiten Sperrzone entlang der Demarkationslinie gut 750 000 Menschen in die Bundesrepublik und nach West-Berlin. Umso eifriger rief die Ulbricht-Führung in ihrer Propaganda mit der Losung „Deutsche an einen Tisch“ nach der Einheit Deutschlands. Obwohl Ulbricht sein Regime immer weiter weg entwickelt hatte von der Demokratie in der Bundesrepublik, behauptete er, die Wiedervereinigung sei eine „unumstößliche Gesetzmäßigkeit“, daher werde „jeder zugrunde gehen, der sich diesem Gesetz entgegenstellen wagt“. Sein Unterfangen war aber noch unglücklicher, als es zuvor die Notizen Stalins gewesen waren - und darum noch wirkungsloser. Auf eine recht bizarre Weise gestand die SED ein, daß sie noch weniger Unterstützung in der Bevölkerung fand als zuvor: Bei den Volkskammerwahlen im Oktober 1954 wurden bei 98,4 Prozent Abstimmenden „lediglich“ 99,45 Prozent Ja-Stimmen bekanntgegeben. Nur 180 der bisherigen 400 Abgeordneten saßen in der neuen Kammer. Von den früheren Abgeordneten hatte der Staatssicherheitsdienst acht verhaftet, siebzehn waren in die Bundesrepublik geflohen, 44 hatten unter Druck ihr Mandat niedergelegt.

So gering auch die Einsicht gewesen sein mochte, war von ihr schon bald nichts mehr zu spüren. Die Schwerindustrie wurde wieder bevorzugt. Modernisierung, Mechanisierung, Automatisierung lauteten die Schlagworte der III. Parteikonferenz der SED im März 1956. Eine Erhöhung der Reallohn und eine Verminderung der Arbeitszeiten sollten die Arbeiterschaft bei Laune halten, aber die weiteren Verstaatlichungen offenbarten die kollektivistischen Zielsetzungen auch dieses Programmes. Unter dem Eindruck des blutigen Endes des Volksaufstandes in Ungarn begann sich die Bevölkerung auf lange Sicht mit dem SED-Regime abzufinden. Man suchte überall nach Nischen der kommunistischen Vorherrschaft und über den beruflichen Aufstieg gelang es manchen, sich persönliche Freiräume zu ergattern.

Diese Art der Koexistenz erlaubte andererseits dem Politbüro eine Stabilisierung seiner Macht. Die SED erhob den Anspruch, die DDR werde bis zum Jahre 1961 die Bundesrepublik „einholen und überholen“. Umso mehr fiel das Absackende des technologischen Niveaus und der wirtschaftlichen Effizienz auf. Der Fünf-Jahres-Plan drohte zu einem Fiasko zu werden; die Parteiführung brach den Versuch ab und setzte einen Sieben-Jahres-Plan darauf (1959 bis 1967). Zugleich suchte die SED das Schulwesen, die Kunst und die Kultur restlos zu durchdringen. Die Bevölkerung antwortete darauf mit einer neuen Fluchtwelle. 1959 waren es 143 000, 1960 599 000 und allein im April 1961 30 000 Menschen, die es in der DDR nicht mehr aushalten konnten oder wollten.

Der sowjetische Parteichef Chruschtschow wollte zugleich dem amerikanischen Präsidenten Kennedy Moskau weitläufige Macht beweisen und verstärkte den Druck auf Berlin. Parallel wurde aber im Konkurrenzkampf zwischen Chruschtschow und dem chinesischen Parteiführer Mao die Zerbrechlichkeit der kommunistischen Welt augenfällig. Die Leute in der DDR spürten die Gefährlichkeit dieses Streites und sahen gleichzeitig die Erfolge der sozialen Marktwirtschaft im Westen. Die zur Flucht Entschlossenen konnten auch mit harten Maßnahmen wie Prozessen und Drohungen nicht zurückgehalten wer-



Breschnew und Honecker am 25. Gründungstag der DDR

Fotos Wolfgang Haut

den. Nicht einmal Versprechungen und das Nachlassen des politischen Drucks stellten jenes Vertrauen wieder her, das die SED-Führung in sechzehn Jahren verspielt hatte.

Was Ulbricht im März 1961 auf der Tagung des Warschauer Paktes nicht gelungen war, konnte er im August gegenüber den Parteichefs der anderen Paktsstaaten durchsetzen: den Bau der Mauer um West-Berlin, der am 13. August begonnen wurde. West- und Ost-Berlin waren voneinander abgeschnitten. Dieser Einschnitt in das Privatleben, das Arbeitsleben und die Zukunftsaussichten von Millionen von Menschen in den beiden Teilen Berlins und in beiden Staaten in Deutschland war auch ein Einschnitt in die Geschichte der SED-Herrschaft: Erich Honecker hatte sich mit der Organisation des Mauerbaus als künftiger Führer der Partei ausgewiesen. Es war klar, daß seine Herrschaft nur so lange dauern konnte, wie die Mauer stand.

Die Schikanen, die noch im August einsetzten, brachten viel Leid über die Bevölkerung, besonders über jene, die unter Lebensgefahr die Flucht über die Mauer suchten. Siebenundsiebzig Menschen verloren ihr Leben, die verletzten Opfer des Schießbefehls und der Grenzanlagen sind kaum zu zählen, erst recht nicht die wegen Republikflucht zu Gefängnisstrafen Verurteilten. Die innenpolitische Verhartung schlug sich auch im Gesetz zur Verteidigung der DDR nieder, das im September von der Volkskammer angenommen wurde, und in der Abrechnung Ulbrichts, der den Flüchtlingen vorwarf, der DDR einen Schaden von 30 Milliarden Mark verursacht zu haben.

Doch schon wenige Monate nach ihrem Bau war die Zeit eigentlich über die Mauer hinweggegangen. Auf dem 22. Parteitag der sowjetischen Kommunisten verurteilte Chruschtschow vehement das Terrorregime Stalins, zu dem ein menschenverachtendes Werk wie der Betonwall paßte. Ulbricht mußte sich der neuen Linie anschließen und griff zu sanfteren Methoden; die Mauer freilich blieb stehen.

Die eingesperrten Bewohner der DDR sahen sich gezwungen, ihr Leben neu auszurichten. Die SED wollte dem mit einer Entwicklung der Wirtschaft und mit der Änderung der Führungsmethoden entgegenkommen. In der Deutschlandpolitik beharrte die SED mit ihrem „Nationalen Dokument“ auf der Höherwertigkeit des Sozialismus, signalisierte aber auch ein Interesse daran, daß sich in Deutschland die beiden Staaten nicht „feindlich gegenüberstehen“.

Neues Ökonomisches System und Wandel durch Annäherung

Obwohl die Auseinandersetzung im Weltkommunismus in Gänze auf die SED durchschlug, setzte diese zu einer neuen Politik an. Sie gab sich zum ersten Mal ein Programm, verjüngte ihre Führung und verkündete im Juni 1963 das „Neue Ökonomische System der Planung und Leitung“ (NÖSPL), um auf diesem Wege den wirtschaftlichen Rückstand aufzuholen. Bald stellte sich ein gewisser Erfolg ein, wenn auch keine Rede davon sein konnte, daß die DDR sich dem Lebensstandard in der Bundesrepublik annäherte.

Die SED fand zu neuem Selbstbewußtsein und zu dem fragwürdigen Mut, die Ergebnisse der Volkskammerwahlen von 1963 mit 99,95 Prozent für die Einheitsliste anzugeben. Noch herrschte das Duo Ulbricht und Grotewohl. Nach dessen Tod trat Willi Stoph im September 1964 an die Spitze der Regierung. Auf allen Feldern der Politik von der Bildung bis zur Wirtschaft folgten Wellenschläge, die mal als „liberal“, mal als „dogmatischer“ beurteilt wurden. Höhepunkte waren der Abschluß eines Passierscheinabkommens, der zunächst zu Weihnachten 1963 den West-

Berlinern erlaubte, ihre Verwandten in Ost-Berlin zu besuchen, und später in eine allgemeine Härtefallregelung übergang, sowie die Reiseerlaubnis für Rentner vom November 1964 an.

Auch gab es erste Ansätze für einen Dialog zwischen der SPD und der SED unter dem Stichwort eines Redneraustausches, der schließlich scheiterte, und den Bahrschen Einfall eines „Wandels durch Annäherung“. Außenpolitisch suchte die SED die Anerkennung, genoß sie doch erst mit zwölf Staaten hochrangige diplomatische Beziehungen. Weiteren Beziehungen hatte die Bonner Hallstein-Doktrin einen Riegel vorgeschoben, die freilich von dem Junior-Partner in der Bonner Großen Koalition, der SPD, zunehmend zur Disposition gestellt wurde.

Mitten hinein in die Bestrebung der SED-Führung, mehr Eigenständigkeit zu demonstrieren (etwa mit dem Entwurf einer neuen Verfassung) traf das Aufblühen eines „Sozialismus mit menschlichem Gesicht“ in der Tschechoslowakei. Ulbricht wurde wohl aus vorauseilendem Gehorsam zu einem der treibenden Kräfte für die militärische Intervention am 21. August 1968: deutsche Truppen waren dabei, als fünf kommunistische Staaten den Prager Frühling niederwalzten.

Der Bonner Wechsel von der Großen Koalition zu der SPD/FDP-Regierung unter Brandt im Jahre 1969 verschaffte der SED-Führung bessere Aussichten. Das Streben Bonn nach intensiveren Kontakten beantwortete die SED mit der Forderung nach völkerrechtlichen Beziehungen. Diese Barriere suchten Brandt und Stoph mit persönlichen Treffen - am 19. März 1970 in Erfurt und am 21. Mai in Kassel - zu überspielen. Während es Brandt um Gleichberechtigung und Unverletzlichkeit der Grenzen und den Zusammenhalt der Nation ging, bestand Stoph auf einem Ende der „innerdeutschen“ Politik und auf der Anerkennung zweier selbständiger und voneinander völlig unabhängiger Staaten. Die Verträge der Bundesrepublik mit der Sowjetunion und mit Polen und die Viermächteverhandlungen über Berlin ließen der SED aber keine andere Wahl, als sich dem Zug der Zeit anzuschließen.

Am 3. Mai 1971 war die Ära Ulbricht zu Ende. Honecker trat seine Nachfolge an. Der VIII. Parteitag der SED trug mit der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ eine neue Handschrift. Die Interessen der Bevölkerung sollten mehr Berücksichtigung finden, die Macht der SED jedoch nicht eingeschränkt werden. Die Volkskammerwahlen wurden mit einem 99,85 Prozent-Ergebnis für die Einheitsliste abgeschlossen. Ulbricht zwar nochmal zum Staatsratsvorsitzenden gewählt, Stoph als Vorsitzender des Ministerrates bestätigt, Honeckers Vorrang aber durch den Vorsitz des Nationalen Verteidigungsrates bekräftigt. Mit Bonn wurde ein Verkehrsabkommen und im Dezember 1972 der Grundlagenvertrag unterzeichnet. Binnen wenigen Monate erweiterte die DDR ihre diplomatischen Beziehungen weltweit und zog im September 1973 als 133. Mitglied in die Vereinten Nationen ein.

Nicht die personelle Rochade nach dem Tode Ulbrichts zwischen Sindermann und Stoph, sondern die Verfassungsänderung vom Oktober 1974 hatte Gewicht: Die Deutsche Demokratische Republik sollte hinfort nicht mehr „ein sozialistischer Staat deutscher Nation“ sein. Stattdessen erhielt das Bündnis mit der Sowjetunion „für immer und unwiderruflich“ Verfassungsrang, was zugleich mit einem neuen erweiterten Freundschafts- und Beistandspakt auf 25 Jahre untermauert und auch im neuen Parteiprogramm von 1976 festgeschrieben wurde.

Als Honecker im selben Jahr Vorsitzender des Staatsrates wurde, hatte er den Höhepunkt seiner Macht schon überschritten - ohne es zu merken. Denn entgegen

dem protokollarischen Anschein setzte mit einem der größten proletarisch-internationalistischen Erfolge Honeckers - der Konferenz von 29 europäischen kommunistischen Parteien im Juni 1976 in Ost-Berlin - die Untergrabung der Macht der SED und dessen ersten Mannes ein. Die verfassungsrechtliche und machtpolitische Erklärung des Marxismus-Leninismus zur Grundlage des Staates zog unabwendbar die Konsequenz nach sich - der Ideologe Reinhold gestand dies 13 Jahre später überraschend ein -, daß Kritik an der herrschenden Kommunismus-Auffassung nicht eine einzelne Partei, sondern das ganze Herrschaftssystem erschütterte. Die damaligen Stellungnahmen der Eurokommunisten aus westeuropäischen Ländern, etwa des Spaniers Carrillo, später dann Rudolf Bahros Bestandsaufnahme des real existierenden Sozialismus, schließlich auch das Manifest des Kreises um Robert Havemann trafen das System tiefer als alle Mahnungen des liberalen und demokratischen „Klassenfeindes“.

Die Macht auf den Straßen und Plätzen

Honecker verfiel sich auch noch in einem anderen internationalistischen Fangeisen: das Streben nach sozialistischer Eigenständigkeit gegenüber dem sowjetischen System mit seiner Breschnew-Doktrin und seiner kräftezehrenden Rückständigkeit stellte auch die eigene Macht infrage, die allein von dieser sowjetischen Über-Macht verliehen worden war. Moskaus SS-20-Vabanquespiel mit dem friedensichernden Gleichgewicht in Europa und der imperialistische Vorstoß nach Afghanistan verstärkten in der DDR-Führung ebenso wie in allen anderen Führungen der Satelliten-Staaten den Wunsch nach Abstand vom Kreml. Ohne Legitimierung durch Moskau entbehrte jedoch die SED-Herrschaft - mehr noch als die national begründeten kommunistischen Regime - jeglicher Legitimation. So war die Suche nach Stabilität aus sich selbst heraus, die Honecker mit wirtschaftlichen, sozialen und bisweilen auch kirchenpolitischen Anstrengungen verband, auch schon vor, und erst recht nach dem Moskauer Wechsel zu Gorbatschow, vergebliche Mühe - trotz ansehnlicher Gäste aus aller Welt und auch aus der Bundesrepublik und trotz der reputerischen Reisen in den Vatikan und nach Bonn. Als bei der Bukarester Tagung des Warschauer Paktes Gorbatschow der SED - von welchem innerstaatlichen Gegner auch immer, und sei es von einem „konterrevolutionären“ - in Bedrängnis gebracht würde, ging Honecker die Galle über.

Honeckers Ahnungen trogen nicht: Die Bukarester Bekundungen von einer Stärkung des Warschauer Paktes waren belanglos, weil der DDR von Westen her keine Gefahr drohte; die Feinde der SED-Diktatur saßen innerhalb der Mauer, die zwar allen westlichen Trompetenstößen, auch Reagans, widerstanden hatte, aber zur Sinnlosigkeit verfiel, als sie von Zigttausenden umgangen werden konnte, nachdem Ungarn seine Grenzen für ausreisewillige DDR-Bewohner geöffnet hatte. Der Erbauer der Mauer war so blamiert, daß sein Rücktritt am 18. Oktober nur noch zu einer Fußnote in der Geschichte der DDR geriet. Der wild rudermenden neuen Führung unter Egon Krenz zum Trotz war nicht sie, sondern waren seit der Vierzig-Jahr-Feier und dem Besuch Gorbatschows die Hunderttausende auf den Straßen und Plätzen zwischen Greifswald und Plauen zur gesellschaftsprägenden Macht geworden.

COMTESSE Boutique

Exclusive Lederwaren und Accessoires für Damen und Herren



Comtesse Boutique Kaiserplatz, Am Frankfurter Hof, Frankfurt am Main

Donnerstag bis 20.30 Uhr geöffnet

Eine Bresche in das Schweigen geschlagen

VM. PARIS, 11. November. Seit Korrespondentengedanken haben die französischen Medien einem deutschen Ereignis nicht so viel Aufmerksamkeit gewidmet wie den jüngsten Entwicklungen in der DDR und in Berlin. Die Franzosen versuchen, das Glück der DDR-Bewohner und die Freude der Westdeutschen zu verstehen und zu teilen. Die besondere Qualität der deutsch-französischen Beziehungen zeigt sich auch in dieser Anteilnahme. „Die Mauer fällt“, „Welche Geschichte“, „Die Mauer und der Hammer“, lauten die Schlagzeilen der Pariser Zeitungen, und das kommunistische Zentralorgan „Humanité“ sieht sogar „Berlin in Revolution“. Der (staatliche) Fernsehsender „Antenne 2“ hatte seine polare Nachrichtensprecherin Christine Ockrent an einen Berliner Grenzübergang entsandt. In Reportagen gelangte etwas von der Volkstimmung über Elbe und Rhein. Wenn etwas die Bangigkeit mindern kann, die manche Franzosen angesichts der Möglichkeit einer deutschen Wiedervereinigung beschleicht, dann sind es die lachenden Gesichter der jungen Berliner. „Antenne 2“ änderte das Programm und versammelte eine Gesprächsrunde im Studio, bei der Außenminister Dumas, der deutsche Botschafter Pfeiffer, der Sprecher der sowjetischen Botschaft, Fiodorowski, und andere Teilnehmer ihre und ihrer Regierung Ansicht zu der veränderten Lage äußerten.

Die Bresche in der Mauer hat auch eine Bresche in das langanhaltende Schweigen der „politischen Klasse“ Frankreichs geschlagen. Die Politiker vom Rechtsaußen Le Pen bis zum kommunistischen Parteichef Marchais haben jetzt Stellung genommen. Staatspräsident Mitterrand, der am Samstag wie jedes Jahr die Feier des Jahrestages des Waffenstillstands 1918 beging, hatte am Vortag bei einem Besuch in Kopenhagen gesagt, daß die „glücklichen Ereignisse“ in der DDR einen Fortschritt der Freiheit in Europa anzeigten. Es sei wahrscheinlich, daß diese „Volksbewegung“ noch weitergehen werde.

„Wir sind im Begriff, die Ordnung, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg festgelegt worden ist, die Ordnung von Jalta, zu verlassen. Das kann uns nur freuen.“ Mitterrand hatte schon vor einigen Jahren die Dauerhaftigkeit der „Ordnung von Jalta“ in Frage gestellt. Andererseits sieht Mitterrand voraus, daß eine Wiedervereinigung, sollte sie vom deutschen Volk gewünscht werden, auf manche Widerstände treffen würde, „denn die Landkarte Europas hat sich nicht so sehr verändert.“ Zu seinem geplanten Staatsbesuch in der DDR sagte Mitterrand, die Reise solle „sehr bald“ stattfinden. „Ich denke nicht, daß viele Wochen vergehen können, bis sie stattfindet.“

Mitterrands Vorgänger, der frühere Staatspräsident Giscard d'Estaing, hält den Besuch in der DDR dagegen für verfrüht. Im Rundfunk sagte Giscard: „Ich hoffe, daß es ein vereinigtes Europa und nicht die Bundesrepublik Deutschland ist, die Osteuropa aufnimmt“, und zwar noch im nächsten Jahrzehnt. Giscard schätzte, daß bis dahin auch die Nato und der Warschauer Pakt „in ihrer gegenwärtigen Form“ verschwunden sein könnten. Der RPR-Vorsitzende Chirac sagte: „Diese Nacht der Freiheit ist das symbolische Ende der Nachkriegszeit und der Beginn einer neuen Epoche, der des Europas von morgen.“

Kreisky: Erste Schritte zu einer Neuordnung Europas

WIEN, 11. November (dpa). Der frühere österreichische Bundeskanzler Kreisky hat die Entwicklungen in der DDR als atemberaubend bezeichnet. Dieses Tempo habe man nicht erwarten können, sagte Kreisky im österreichischen Fernsehen. „Wir sind von den Ereignissen eingeholt worden. Eine Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten halte er für möglich. Darüber solle nur das deutsche Volk entscheiden.“

Weiterer SED-Funktionär begeht Selbstmord

BERLIN, 11. November (dpa). Ein weiterer SED-Funktionär hat sich das Leben genommen. Die SED-Kreisleitung Perleberg (Bezirk Schwerin) teilte mit, daß der 1. Sekretär, Uhl, „infolge großen seelischen Drucks durch die gegenwärtigen politischen Ereignisse am 7. November freiwillig aus dem Leben schied“. Zuvor hatten sich die 1. Kreissekretäre von Köthen (Bezirk Halle), Heber, und Bautzen (Bezirk Dresden), Mieth, das Leben genommen.

Schäuble: Wir bringen alle unter Zahl der Übersiedler mäßig gestiegen / Notunterkünfte wieder frei

ban. BONN, 11. November. Die Zahl der Übersiedler aus der DDR in die Bundesrepublik hat nach der Öffnung der Grenzen zugenommen. Zwar ist sie, verglichen mit der Zahl der Deutschen aus der DDR, die West-Berlin oder der Bundesrepublik einen Besuch abstatteten, relativ gering. Doch liegt sie über der Zahl der Übersiedler, die seit der Öffnung der Grenzen der DDR zur Tschechoslowakei registriert wurden. Diese hatte in den letzten Tagen bei etwa 11 000 in 24 Stunden gelegen. Innenminister Schäuble teilte mit, daß von Freitag mit Samstagmorgen 6 Uhr etwas mehr als 13 000 Deutsche aus der DDR als Übersiedler einen Antrag im Aufnahmeverfahren gestellt hätten. Davon seien etwa 5 700 direkt aus der DDR gekommen; 6 051 seien über die Tschechoslowakei eingereist, weitere 1 500 hätten sich in Berlin gemeldet. Bis Samstagmittag seien insgesamt noch einmal etwa 4 000 dazugekommen. Die Zahl der Besucher aus der DDR könne in Berlin nur noch geschätzt werden, sagte Schäuble. Unbekannt ist die Zahl der Übersiedler, die in den vergangenen Tagen in die DDR zurückreisten. Sie werden nicht registriert. Nach Schätzungen der Bundesregierung beläuft sich die Zahl allerfalls auf einige hunderte.

Nach Besprechungen mit Vertretern der Bundesländer und karitativer Organisationen zeigte sich Schäuble optimistisch, auch die anhaltende hohe Zahl von Übersiedlern unterzubringen. Die Kirchen und andere Organisationen seien bereit, zusätzliche Unterbringungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Das Deutsche Jugendherbergswerk teilte ebenfalls mit, Betten für DDR-Übersiedler anzubieten. Nach Angaben Schäubles hat sich der „Abfluß“ der Übersiedler aus den Notunterkünften des Bundes an die Länder nach Stockungen in den vergangenen Tagen wieder verbessert. Die Länder seien auch bereit gewesen, der besonderen „Lage Berlins Rechnung zu tragen. Übersiedler aus der DDR, die sich in Berlin meldeten, wurden zügig auf andere Bundesländer verteilt. Zwar müsse jeder Übersiedler mit Schwierigkeiten bei der Unterbringung rechnen, sagte Schäuble, es sei aber klar, daß jeder aufgenommen werde. Die Frage nach einer Gesamtkapazität stelle sich nicht.

Im Bundeskabinett warnte Schäuble davor, jetzt über der Zahl der Übersiedler die ebenfalls große Zahl der Aussiedler aus der Sowjetunion und Polen zu vernachlässigen. In der kommenden Woche wird die Bundesregierung die Gespräche mit Ländern, Gemeinden und Wohlfahrtsorganisationen über die vorläufige und längerfristige Unterbringung der Übersiedler fortsetzen. An ein „Sonderprogramm“ sei nicht gedacht, hieß es.

Neuer Vorsitzender der Ost-CDU

WS. BERLIN, 11. November. Lothar de Maizière, ein Rechtsanwalt und Mann der Kirche, ist als Nachfolger von Gerald Götting, der seit Mai 1966 an der Spitze der Partei stand, zum neuen Vorsitzenden der Ost-CDU gewählt worden, die 140 000 Mitglieder hat. Er war der Kandidat einer Reformgruppe in der CDU, zu der auch die Unterzeichner des „Briefes aus Weimar“ gehören, der im September bei der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR in Eisenach bekannt wurde. Der neue CDU-Vorsitzende wurde mit 92 von 118 abgegebenen Stimmen vom Hauptausschuß der CDU gewählt. Sein Gegenkandidat, der Maler Winfried Wolk, erhielt vier Stimmen. Lothar de Maizière, ein Neffe des ehemaligen Generalinspektors der Bundeswehr, stammt - wie er sagt - „aus einem aufgeklärten protestantischen Elternhaus“. Er wurde 1940 in Nordhausen als Sohn eines Rechtsanwalts geboren und besuchte das Gymnasium zum Grauen Kloster in Berlin. Danach studierte er an der Ost-Berliner Musikhochschule. Er studierte Rechtswissenschaften und ist seit 1976 als Rechtsanwalt im Kollegium der Rechtsanwälte in Ost-Berlin tätig, dessen stellvertretender Vorsitzender er seit 1987 ist. Seit 1986 ist de Maizière Vizepräsident der Synode des Bundes der Evangelischen Kirche in der DDR. Der neue CDU-Vorsitzende will seine Partei auf einem eigenständigen Kurs gegenüber der SED führen und das „gestörte Verhältnis“ zu den Kirchen überwinden. Für März oder April nächsten Jahres kündigte de Maizière einen „Parteitag der Erneuerung“ für die CDU an.

Doch wurde an ein zinsgefördertes Programm für den Bau von Übergangswohnheimen erinnert. Die Zins-Differenz betrage vier Prozent. Bis kommenden Donnerstag soll erwogen werden, wie der Bau von „beweglichen Unterkünften“ gefördert werden könne. Diese sollen auch außerhalb von Wohngebieten, etwa in Gewerbegebieten, entstehen. Möglicherweise stellt auch das Verteidigungsministerium Flächen zur Verfügung. Bundeskanzler Kohl verspricht „unbürokratische Hilfe“.

Die SPD wertet unterdessen ein Gespräch mit Vertretern der von ihr gestellten Landesregierungen und der Wohlfahrtsverbände aus. Bei dem Gespräch, das am Freitagabend unter Vorsitz der stellvertretenden Parteivorsitzenden Däuber-Gmelin und Bundesgeschäftsführerin Fuchs abgehalten worden war, seien eine Fülle von Anregungen gemacht worden, die nach Angaben des SPD-Vorsitzenden Vogel vor allem die Unterbringung und die Versorgung mit Wohnungen betrafen. Die Hilfsmaßnahmen müßten koordiniert und verstärkt werden. Vogel sprach von einer „großen notwendigen nationalen Kooperation“.

Unterdessen ist es zwischen der Union und der SPD zu einer heftigen Kontroverse über den Vorschlag Vogels gekommen, zur Unterbringung und Integration der Übersiedler sei ein „runder Tisch“ nötig, um den sich die Bundesregierung, alle Bundestagsfraktionen, Länder, Gemeinden, Kirchen sowie die Tarifparteien und Wohlfahrtsverbände versammeln sollten. Zwar machte Vogel seinen Eindruck deutlich, die Bundesregierung gehe auf diesen Vorschlag ein. Kohl widersprach heftig. Einen „runden Tisch“ habe es in Warschau zur Abschaffung einer Diktatur gegeben, und nun werde er aus demselben Grund in der DDR verlangt. Deshalb gebe es in der Bundesrepublik „nicht den geringsten Grund“, einen solchen „runden Tisch“ einzurichten. Es gebe eine ausreichende Zahl funktionierender Gremien, in denen die Zusammenarbeit geplant werden könne. Kohl warf der SPD vor, mit dem Begriff eine „Psychologie des nationalen Notstands“ zu propagieren. Schäuble nannte den Begriff „infam“, zumal es in den vergangenen Tagen Kontakte mit der SPD-Führung gegeben habe.

Unterdessen teilte der innenpolitische Sprecher der Unions-Fraktion, Gerster, mit, daß die Ados-Datei des Verfassungsschutzes abgeschafft werde. In dieser Datei wurden ehemalige Adressen und Arbeitsstätten von DDR-Übersiedlern und Aussiedlern gespeichert. Schäuble habe ihm die Zusicherung gegeben, die Datei aufzulösen. Entsprechende Daten würden nun nicht mehr von den Aus- und Übersiedlern registriert.

145 Strahlenkranke nach Tschernobyl-Unglück

MOSKAU, 11. November (Reuter). Durch das Kernreaktor-Unglück in Tschernobyl im April 1986 sind 145 Menschen schwer strahlenkrank geworden. Das geht aus dem Protokoll einer Sitzung des Politbüros der KPdSU hervor, das die sowjetische Parteizeitung „Pravda“ am Samstag veröffentlichte. 59 hätten sich von den Folgen der radioaktiven Verseuchung erholt. Ob die übrigen 86 gestorben sind, ist dem Bericht des stellvertretenden Ministerpräsidenten Doguschew vom 3. November nicht eindeutig zu entnehmen. Dort heißt es: „Bisher wurden Fälle schwerer Strahlenkrankheit bei 145 Menschen bestätigt“, sagte Doguschew vor dem Politbüro. „Von den 59, die sich erholten, sind 16 arbeitsunfähig, während die übrigen arbeiten können. Es wurden keine neuen Todesfälle durch Strahlenkrankheit registriert.“ Der Veröffentlichung des Protokolls vorangegangen war eine öffentliche Debatte in der Sowjetunion über die Zahl der Opfer des größten zivilen Atomunfalls der Welt. Bisher wurde die Zahl der Toten amtlich mit 31 angegeben, die Wochenzeitung „Moscow News“ hatte jedoch am Mittwoch ohne Quellen-Angabe 250 getötete Kraftwerks-Arbeitern gemeldet. Doguschew, der eine mit den Unglücksfolgen in der Region nördlich von Kiew beauftragte Kommission leitet, berichtete weiter von fortbestehender hoher radioaktiver Belastung in Teilen der Ukraine und der benachbarten Sowjetrepublik Weißrußland. Die Dekontaminierung habe sich als wenig wirkungsvoll erwiesen, in vielen Gebieten sei das Strahlenniveau in Fleisch und Milch noch das unannehmbar hoch.

Todor Schiwkow zurückgetreten

V.M. WIEN, 11. November. Das bulgarische kommunistische Zentralkomitee hat den 78 Jahre alten Todor Schiwkow als Parteichef abgelöst und durch den bisherigen Außenminister Petar Mladenow ersetzt. Schiwkow wurde, wie es offiziell heißt, auf eigenen Wunsch abgelöst. Er hat auch um seine Ablösung als Vorsitzender des Staatsrats gebeten. Das Zentralkomitee hat Schiwkow den Dank für seine Arbeit ausgesprochen.

Ministerpräsident Atanasow, der den 53 Jahre alten Mladenow vorschlug, präsentierte ihn als Vertreter der jüngeren Generation, der fähig sei, auch andere Meinungen zu hören, der keinen autoritären Stil pflege und der im Inland wie im Ausland respektiert sei. Der neue Parteichef sagte in seiner Antrittsrede, daß es zu Änderungen, die sich in der ganzen sozialistischen Welt ereigneten, „keine Alternative“ gebe. Er deutete an, daß die in Bulgarien angestrebten Reformen noch nicht so weit seien, wie man es erwartet habe; dafür sei, so sagte er, das „administrative System“ verantwortlich. Die Umgestaltung könne in Bulgarien nur auf dem Boden des Sozialismus stattfinden. Mladenow sprach sich für einen „Meinungspluralismus“ aus. Er sprach auch von der Notwendigkeit einer „transparenten Gesellschaft“ und von „aktiveren Kontakten“ mit dem Volk und betonte die Wichtigkeit der Beziehungen zur Sowjetunion.

Schiwow, der seit seiner ersten Ernennung zum Parteisekretär im Jahre 1954 alle politischen Veränderungen überlebt und alle seine Rivalen ausgeschaltet hatte, war in letzter Zeit in die Enge geraten. Er hatte sich mit Breschnew und Tschernenko verstanden, aber nicht mit Gorbatschow; deswegen hatte sich das enge Verhältnis zwischen Moskau und Sofia etwas gelockert. Schiwkow hatte viel von Reformen gesprochen, doch geschahen nur wenig. Er trug die politische Verantwortung für die gewaltsame Kampagne zur Namensänderung der Türken in Bulgarien während des Winters 1983/84, die dazu führte, daß im letzten Sommer über 300 000 bulgarische Türken panikartig das Land verließen und noch viele Hunderttausende es getan hätten, wenn die Türkei nicht die Grenzen geschlossen hätte.



Das östliche Domino setzt sich fort: Nach den Führungswechseln in Ungarn, Polen und der DDR ist nun auch in Bulgarien Todor Schiwkow, ein altdogemter kommunistischer Herrscher, „gekippelt“. Mit ihm, den dieses Schicksal nur wenige Tage nach ersten zaghaften Demonstrationen in Sofia ereilte, verabschiedet er sich als Parteichef von der Politik der DDR. Sein Nachfolger Petar Mladenow gehört zwar ebenfalls schon recht lange zur Führung dieses balkanischen Landes (er hatte als bisheriger Außenminister selbst einem Geschehen noch einiges an Dienstjahren voraus), doch mit dreifünfzig Jahren zählt er nun zu den Jüngsten unter den Machthabern in Osteuropa. Ob er ebenso wenig sein wird, wie sich in diesen geschichtsträchtigen Tagen ein Egon Krenz gibt, bleibt abzuwarten. Allerdings sieht sich Mladenow vorderhand weitaus geringeren Druck ausgesetzt als der neue SED-Generalsekretär. Nach der kaum freiwilligen Abkandung seines Nachbarn Schiwkow müßte jetzt vor allem dem Despoten Ceausescu in Rumänien angst und bange werden. Nirgendwo sonst in Europa ist der Bankrott des Sozialismus offenkundiger als dort. (W.A.) Foto AP

Ein Beitritt der DDR nicht ausgeschlossen

Die EG-Kommission gibt sich offen und hilfsbereit / Klausurtagung

Ho. BRÜSSEL, 11. November. Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft steht einer reformbereiten DDR offen und hilfsbereit gegenüber. Sie schließt sogar auf längere Sicht einen EG-Beitritt der DDR nicht aus, in welcher Form dies auch immer geschehen könnte. Das war am Samstagabend in Brüssel nach einer Klausur der 17 Kommissare, die sich über das künftige Verhältnis der Zwölfer-Gemeinschaft zu den übrigen Staaten Europas und insbesondere zu den Ländern Mittel- und Osteuropas klarwerden wollten. Obwohl sich die Teilnehmer unter Leitung des Kommissionspräsidenten Delors auf Stillschweigen geeinigt hatten, hieß es am Abend, daß die Kommission im Licht der jüngsten Ereignisse in Ost-Berlin zu einer „neuen Art der Kooperation“ mit der DDR bereit sei.

Eine gemeinsame Haltung

Offen bleibt vorerst, zu welchem Zeitpunkt Verhandlungen über den Abschluß eines langfristigen Handelsabkommens aufgenommen werden können. Offenbar will man in Brüssel die weitere Entwicklung in der DDR abwarten.

Die seit längerem geplante Klausur, die unter dem Titel „Europa und die übrigen Länder Europas“ generell das künftige Außenverhältnis der EG zum Thema hatte, geriet unversehens zu einer ersten umfassenden Bestandsaufnahme über die Vorgänge in der DDR und ihre Bedeutung für die EG. Nachdem sich die EG-Vizepräsidenten Bangemann und Brittan in der vergangenen Woche auf unterschiedliche Art zur Frage der Wiedervereinigung und des künftigen Verhältnisses zwischen der EG und der DDR geäußert hatten, war der Wunsch nach einer gemeinsamen Haltung gegenüber der Reform im anderen deutschen Staat groß. Wie im Falle Polens und Ungarn ist die Brüsseler Behörde auch gegenüber der DDR dazu bereit, ihr künftiges Verhältnis der Reformbereitschaft in Ost-Berlin anzupassen. „Mit großer Sympathie“, so hieß es, habe man in den vergangenen Tagen die dramatischen Ereignisse zur Kenntnis genommen; die Chance, daß es in der DDR zu einer pluralistischen Demokratie kommen könne, sei unverkennbar. Die Kommission will diesen Prozeß offenbar aktiv unterstützen. Noch im Laufe dieses Jahres wird der für die Außenbeziehungen zuständige niederländische EG-Vizepräsident Andriessen nach Ost-Berlin reisen und in Gesprächen mit Partei- und Staatschef Krenz die Möglichkeiten eines Handelsvertrages und,

falls das in Ost-Berlin gewünscht werde, einer weitergehenden Kooperation mit der Gemeinschaft erörtern.

In Brüssel wurde am Samstag daran erinnert, daß die DDR schon seit Bestehen der Gemeinschaft nach einem Zusatzprotokoll zu den Römischen Verträgen an den Vorteilen des Gemeinsamen Marktes beteiligt sei, da der innerdeutsche Handel von Zöllen und Abschöpfungen befreit ist. Seit dem Sommer liegt ein Entwurf für ein Verhandlungsmandat über ein Handelsabkommen vor, das jedoch bislang dem Ministerrat zur Beschlußfassung nicht vorgelegt worden ist, weil Andriessen nur mit einer reformwilligen DDR ein Handelsabkommen aushandeln möchte. Über diesen wirtschaftlichen Gesichtspunkt hinaus wird in der Kommission daran erinnert, daß jedes europäische Land nach den Römischen Verträgen das Recht habe, die Mitgliedschaft bei der Gemeinschaft zu beantragen. Das müsse auch der DDR zugestanden werden, sofern sie ein demokratisches, marktwirtschaftliches System einführe. Wie im Falle Ungarns und Polens gelte es jedoch vorerst, alle Möglichkeiten enger Zusammenarbeit „unterhalb der Beitrittsschwelle“ ins Auge zu fassen. Ergänzend heißt es dazu, daß mit Blick auf jüngste Äußerungen aus Moskau einer vollen EG-Mitgliedschaft der DDR ihre kaum auflösbare Zugehörigkeit zum Warschauer Pakt entgegenstehen könne; das gleiche gelte für alle übrigen Länder des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon).

Gespräche mit dem Comecon

Schon zu Beginn diese Woche wird die EG-Kommission ihre Sondierungsgespräche mit dem Comecon über eine engere Zusammenarbeit fortführen. Die bisherigen Gespräche sind kaum vorangekommen, unter anderem deswegen, weil man auf die bilateralen Kontakte Rücksicht nehmen will. Außerdem hat das Comecon, im Gegensatz zur EG-Kommission, kein Handelsmandat seiner Mitglieder. Am Ende dieser Woche wird Delors zusammen mit dem französischen Außenminister Dumas nach Warschau und Budapest reisen, um sich an Ort und Stelle über die Wirksamkeit des seit Sommer organisierten „Aktionsprogrammes“ der 24 westlichen Industrieländer und der Nahrungsmittelhilfe für Polen zu informieren. Inzwischen hat die Kommission damit begonnen, eine zweite Nahrungsmittel-Soforthilfe für Polen im Wert von etwa 400 Millionen Mark vorzubereiten.

Italiens Kommunisten frohlocken

„Wir möchten mit Kennedy sagen: Wir sind alle Berliner“

hijf. ROM, 11. November. Die italienischen Kommunisten wagen sich am weitesten vor. „Der schönste Tag für Europa“, hatte am Freitag die Schlagzeile der Parteizeitung „L'Unità“ gelaute, mit der die Berichte und der Kommentar des bekannten Publizisten Renzo Foa über die Ereignisse in Berlin und der DDR überschrieben waren. Sie hätten sich auch damit begnügen können, daß es der schönste Tag für die Ost-Berliner oder die Berliner insgesamt, für die Ostdeutschen oder die Deutschen allgemein gewesen sei. Nein, was in Berlin geschah - „Weg die Mauer, freie Wahlen versprochen“, der Zusammenbruch des alten Kommunismus, das Aufbrechen der trennenden Grenze zwischen den Blöcken an der Nahtstelle in Europa, die damit verbundenen Hoffnungen auf weitere deutsche Entwicklungen - ist nach Ansicht des Partito Comunista Italiano (PCI) ein Freudentag für ganz Europa. Wer noch die mühsamen Debatten in den siebziger Jahren über den Eurokommunismus in Erinnerung hat, wer an die Entgleisungen oder Pflichtübungen mancher italienischer Politiker zur deutschen Frage denkt, wer sich die Bedenken anderer westlicher Verbündeten vergegenwärtigt, kann sich jetzt an den italienischen Zeitungen, in den Reaktionen in Rundfunk und Fernsehen und an den persönlichen Bekundungen der Anteilnahme von Freunden und Wildfremden in Rom erfreuen.

Denn, so schreibt „L'Unità“, „es sind begeisternde Tage für ganz Europa. Es ist einer jener Momente, welche die Geschichte einer Nation bestimmen und ändern. In diesem Fall ist es noch mehr. Es ist die Geschichte eines Kontinents, da das Stück in Deutschland spielt und der Held ein Volk ist und das Thema die Demokratisierung des Ostens, die die großen Barrieren

in Europa niederlegen. Wir möchten in dieser Stunde mit Kennedy sagen: ‚Wir sind alle Berliner‘. Es geht um den Sieg einer Volksbewegung, entstanden aus dem Mut, in wachsender Zahl auf die Straßen und Plätze zu gehen und die Politik allerer, die eine Bastion des realen Sozialismus waren, zuerst zu stürzen und dann hinwegzuführen. Es ist die Veränderung einer Epoche. Und wir hoffen, nicht die letzte.“

Diese Worte hat sich nicht jemand im Überschwang freiheitlicher oder gar national-deutscher Gefühle einfallen lassen. Die Sätze sind mit dem Stempel der Kommunistischen Partei Italiens versehen. Sie sind Ausdruck einer aufrichtigen Freude darüber, daß endlich die wirklichen Wünsche des Volkes berücksichtigt worden sind, jenes Volkes in der DDR, das in der weiten Welt bisher wenig Anwälte der Selbstbestimmung hatte. Sie beschämen viele Kommentatoren, die im Kaffeesatz der Weltpolitik lesen und auch noch nicht wissen, was der sowjetische Staats- und Parteichef Gorbatschow und der amerikanische Präsident Bush bei ihrem Treffen südlich von Italien wohl zu all dem sagen werden.

Ist es noch zu früh, Einmütigkeit bei italienischen Politikern und Publizisten darüber festzustellen, daß am 9. November mit der Mauer die kommunistischen Systeme Osteuropas endgültig gefallen sind, daß die Ordnung von Jalta, die Teilung Europas in zwei Blöcke ausgeschied hat und nun neue Regeln gefunden werden müssen? Der Mailänder „Corriere della Sera“, die Turiner „Stampa“ und auch der kommunistische Generalsekretär Occhetto hegen solche Gedanken, wohl wissend, daß schon morgen die Ereignisse in Deutschland auch kühne Prognosen überholen könnten.

HERBST IN FRANKFURT



LASSEN SIE SICH ANZIEHEN VON DEN AUSSERGEWÖHNLICHEN FARBEN UND DEM UNVERWECHSELBAREN DESIGN. VON IRMA MAHNEL. GROSSE BOCKENHEIMERSTRASSE 6 IN DER FRESSGASS'-PASSAGE TELEFON 069-281524

MODE BIS GRÖSSE 52

Irma Mahnel

Zeitung für Deutschland

igen Hintergründe aufzusuchen. Alles also wollen wir redlich; aber wir glauben, zu diesem neuen Typ von Zeitung müßte auch eine beträchtliche Stümlichkeit, ein Ansprechen breiter Schichten — ohne ihre Umweichlung — gehören. Natürlich werden wir nur an diejenigen, die sich um uns bemühen wollen, über die wir nachzudenken, statt Schlagwortnachsulaufen. Für die Denkschwachen werden wir nicht schreiben. Aber wir meinen wir, daß die Vereinigung breiter Wirkung und geistigen Ansehens sehr wohl möglich sei.

Es ist also eigentlich allerhand, was wir vorschwebt. Alle, die wir fragen, glauben uns, daß dieses Ziel sehr schwer zu erreichen sei; manche meinen: unmöglich. Daß unser Vorhaben nicht durchführbar ist, wissen wir, weil wir eben keine Experten sind. Daß es unmöglich sei, werden wir nachdrücklich bestreiten. Wir haben bei unserer Vorarbeit in Mainz einige Erfahrungen gesammelt und sind schon von daher zuversichtlicher. Natürlich werden wir eine Menge Fehler machen, vor allem am Anfang; wir hoffen hoffentlich weniger. Aber wir glauben doch, daß unser Ziel am Ende hoffentlich gelingen werde. Die Leser, die uns auf unserem Wege folgen werden, können unser Bemühen von Anfang an verfolgen; vielleicht wird ihnen einiges von der inneren Spannung, die uns erfüllt, auch ihnen mitteilen.

Natürlich ist das alles, so sehr es uns beschäftigt, nicht Selbstzweck. Journalismus ist für uns die schwierigste, ehrlichste, aufregendste, herrlichste Aufgabe von der Welt. Aber auch für uns

wird er seelenlos, wenn er um seiner selbst willen betrieben wird. Wir möchten noch einiges mehr, als nur eine gute Zeitung machen. Wir möchten in einer Zeit, in der die Freiheit keineswegs allein durch die Diktatoren, sondern ebenso durch Verunsicherung, durch Trägheit und Unduldsamkeit bedroht ist, das lebendige Gefühl für dieses kostbarste aller irdischen Güter entfachen. Das gilt für die einzelnen Menschen wie für unser Land. Wir verabscheuen den Chauvinismus; wir stellen nicht die Nation über die Menschheit. Aber wir lieben ebensowenig die unwürdige Rolle der nationalen Unfreiheit. Gerade weil wir uns als Europäer empfinden, möchten wir nicht, daß ein einziges Land, nämlich das unsere, in die europäische Gemeinschaft als ein Mitglied minderen Rechtes trete. Von den großen Idealen der Freiheit und Gerechtigkeit, denen unsere Arbeit dienen soll, darf Deutschland nicht ausgeschlossen bleiben. Wir hoffen, einiges dazu tun zu können.

Deutschland hat keinen Außenminister. Seine Stimme dringt nur schwach nach draußen. Hier möchte dieses Blatt einsetzen; es will eine Stimme Deutschlands in der Welt sein. Hierzu haben wir ebenfalls in Mainz einige Vorarbeit geleistet, die uns zum Vertrauen berechtigt. Auch bei diesem Vorhaben uns zu folgen, möchten wir unsere Leser einladen. Wenn wir dann einige Jahre gemeinsam gewandert sind, werden wir uns hoffentlich sagen können, daß unsere gemeinsame Arbeit nicht vergeblich gewesen ist.

Aus dem Aufmacher der ersten Ausgabe
der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 1. November 1949

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ansturm aus der DDR: Chaos vor der Zahlstelle

Fast 3000 Besucher warten stundenlang auf ihr Begrüßungsgeld / Überfüllte Sonderzüge

cw./gmi./ajw. FRANKFURT/WIESBADEN/OFFENBACH. Sie waren unübersehbar, die Trabis am Straßenrand und die Grüppchen, die durch die Fußgängerzonen an den Schaufenstern vorbeizogen: Zu Tausenden sind gestern Besucher aus der DDR nach Frankfurt gekommen, um Freunde und Verwandte zu sehen, um weiterzureisen oder um nur ein paar Stunden Freiheit zu genießen. Die hessische Landesregierung hatte es dem Einzelhandel freigestellt, die Läden an diesem Wochenende unabhängig von den Ladenschließzeiten geöffnet zu halten. In der Frankfurter City schlossen die großen Kaufhäuser und Geschäfte jedoch wie gewohnt.

Viele DDR-Bürger mit ihren Trabis, Wartburgs und Ladas hatten stundenlanges Warten an den Grenzübergängen in Kauf genommen und mußten sich hier wieder anstellen. Vor dem Ausgleichsamt im Westend, wo das Begrüßungsgeld ausbezahlt wird, hatte sich am späten Vormittag eine Schlange von etwa 3000 Menschen gebildet. Sie zog sich vom Eingang der Behörde in der Barckhausstraße bis weit in den Kettenhofweg hinein. Am frühen Nachmittag schenkte das Rote Kreuz Tee und Suppe für die Wartenden aus, die teilweise völlig übermüdet und anderthalb Tage lang nicht zum Schlafen gekommen waren.

Die meisten kamen jedoch per Bahn. Die Deutsche Bundesbahn hatte drei Sonderzüge eingesetzt, zwei aus Erfurt und einen aus Leipzig. Der erste traf mit etwa einer halben Stunde Verspätung um 9.15 Uhr im Hauptbahnhof ein. Die Waggonen boten 800 Menschen Platz. Es sollen jedoch 2000 Leute in dem Zug gewesen sein, wie ein Sprecher der Bundesbahn gestern nachmittag schilderte. Auch für die Rückfahrt in die DDR setzte die Bundesbahn Extrazüge ein. Der erste außerplanmäßige - fast leere - Zug verließ Frankfurt in Richtung Leipzig gestern nachmittag um 16.29 Uhr. Dafür war der Interzonenzug aus Frankfurt/Oder, der 40 Minuten später ankam, brechend voll.

Notbetten in der Schule

Häufiger als sonst machten auch die Bahnbeamten Durchsagen, riefen Namen aus, und begrüßten am späten Nachmittag die Eintretenden mit dem Hinweis, in der Bettina-Schule seien Übernachtungsmöglichkeiten eingerichtet worden. Dort hat die

Stadt in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Roten Kreuz in aller Eile 700 Betten aufstellen lassen. Das Rote Kreuz bringt auch das Frühstück.

Längst bevor der erste Sonderzug einrollte, herrschte jedoch auf dem Hauptbahnhof Hochbetrieb. Da hatten die Mitarbeiter der Bahnhofsmission bereits den Stadtplan vervielfältigt und auf jeder Kopie mit rotem Filzstift den Weg zur Barckhausstraße eingezeichnet. Bis zum frühen Vormittag hatte die Anlaufstelle im Südlügel des Bahnhofs 210 DDR-Touristen gezählt, siebenmal mehr als an „normalen“ Tagen. „Was sich hier abspielt“, meint der Mitarbeiter der Mittagsschicht nur, „das ist Wahnsinn“.

Ausgleichsamt überrascht

Zwar stellte sich der Hauptbahnhof sehr schnell auf den Besucherstrom ein, doch im Ausgleichsamt war man offensichtlich nicht gerüstet. Im Gegensatz zu anderen Städten, wo auch in Postämtern oder Bankfilialen das Begrüßungsgeld ausbezahlt wurde, gab es in Frankfurt das „Willkommenspaket“ ausschließlich in der Behörde in der Barckhausstraße. Dort waren 20 städtische Mitarbeiter eingesetzt, die jedoch hoffnungslos überfordert waren. Die Schlange wurde immer länger. Schon bevor die DDR-Besucherstelle um 8 Uhr öffnete, standen 50 Leute vor der Tür. Um 9 Uhr waren es 300, zwei Stunden später schließlich 3000.

Viele warteten bis zu sechs Stunden, wie jener etwa 50 Jahre alte Mann, der sich gleich am Freitagabend mit seinen Freunden von Eisenach auf den Weg nach Frankfurt aufgemacht hatte. „Das steht sich schnell weg“, meinte er, „das sind wir gewohnt.“ Wie viele andere konnte er sich von seinem Geld nichts mehr kaufen. Als er es schließlich in Händen hielt, waren die Läden geschlossen.

Nicht soviel Geduld hatte hingegen ein Pärchen aus Eisenach. Er ist 25 Jahre alt und Maurer, sie ein Jahr jünger. Sie seien die ganze Nacht auf den Beinen gewesen, erzählten sie, auf dem Bahnhof in Eisenach seien die Leute durch die Fenster in die Züge geklettert. Vom Frankfurter Bahnhof fragten sie sich dann bis zur Barckhausstraße durch. „Bei uns regen sie sich auf, daß sie Schlange stehen müssen“, kommentierte der Mann das Ausharren seiner Landsleute, „und hier machen sie es freiwillig.“

Unter diesem Eindruck will das Ehepaar am Abend wieder zurückfahren.

Daß es zu derart langen Wartezeiten kam, lag auch daran, daß nach ein paar Stunden mehr Geld beschafft werden mußte. Um 11 Uhr sei absehbar gewesen, daß das Geld nicht reiche, hieß es. „Wir hatten nicht mit einem solchen Ansturm gerechnet“, gab Sozialdezernentin Christine Hohmann-Dennhardt zu. Sie war vom SPD-Parteitag zu „Krisensitzungen“ mit dem Roten Kreuz ins Ausgleichsamt gefahren.

In der Behörde versuchte man, die Situation noch zu retten, indem „Ersatzmitarbeiter“ per Telefon zu Hilfe gerufen wurden. Gegen 14 Uhr lockerte man das Verfahren. Das Geld wurde nicht nur an den Kassen ausgegeben, sondern durfte von jedem Mitarbeiter ausgehändigt werden.

Zur selben Stunde war auch „neues“ Geld da. Die Frankfurter Sparkasse hatte Mitarbeiter zusammengetrommelt und ihre Filialen „geplündert“. Daß nicht von vorneherein andere Ausgabestellen eingerichtet wurden, begründete Frau Hohmann-Dennhardt damit, daß man eine zentrale Regelung bevorzugt habe, um die Besucher nicht zu verwirren. Auch heute kann Geld nur in der Barckhausstraße abgeholt werden.

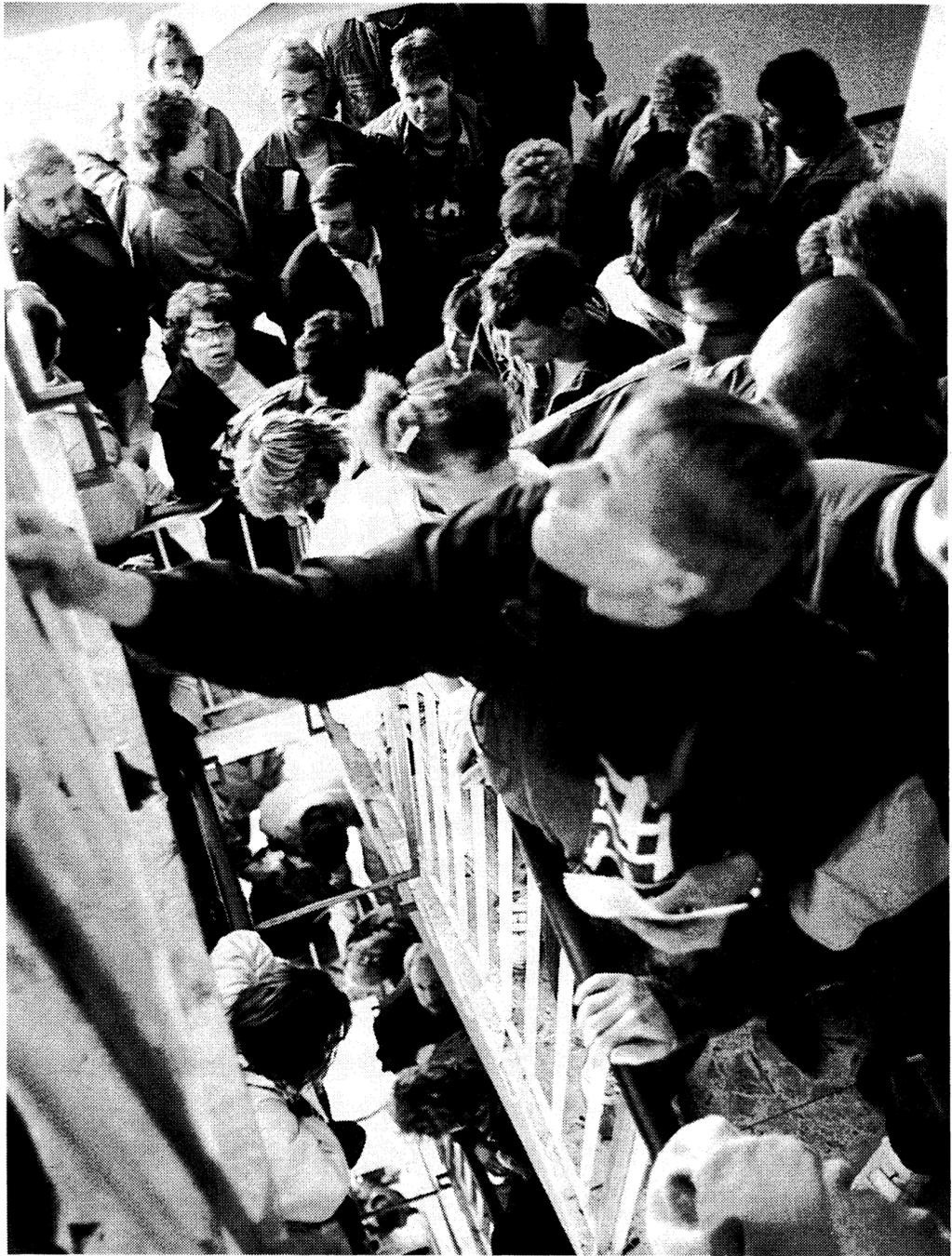
Von den chaotischen Verhältnissen in der Behörde profitierten nach Geschäfts-schluß die Läden im Hauptbahnhof. Dort deckten sich viele mit Proviant, Zigaretten und Zeitschriften ein. Kioske und Schnell-restaurants im Bahnhof waren gestern abend viel interessanter als die große Liste, die die Bundesbahn vor den jeweiligen Ankunftsgleisen aufgestellt hat. Dort können DDR-Touristen ihre Rückreisewünsche eintragen. Nach diesen Angaben setzt die Bundesbahn weitere Sonderzüge nach Eisenach, Leipzig oder Weimar ein. Um 19 Uhr waren nur wenige Striche auf der Liste. Noch verloren sie sich auf dem großen Stück Papier.

Fertighäuser für Übersiedler

Nach Angaben der hessischen Staatskanzlei hatten schon bis 8 Uhr gestern morgen 32 839 Bewohner der DDR die Grenze bei Herleshausen überschritten. Bis zum Mittag habe sich die Zahl auf rund 45 000 erhöht. 1200 hätten erklärt, daß sie in der Bundesrepublik bleiben wollten. Die Auszahlung des „Begrüßungsgeldes“ von 100 Mark erwies sich in Wiesbaden, wie die Staatskanzlei berichtete, ausgesprochen schwierig. Dort sei nämlich zunächst das Sozialamt überhaupt nicht besetzt gewesen, die Amtsleitung habe eigens alarmiert werden müssen. Zum Teil hätten die Besucher nach Mainz geschickt werden müssen, um zu Geld zu kommen.

Nach Wallmanns Worten wird Hessen sich unabhängig von dem Wohnungsbauprogramm des Bundes in Höhe von acht Milliarden Mark bemühen, möglichst schnell Fertig- oder Holzhäuser errichten zu lassen, um die „aktuellen Schwierigkeiten“ zu beheben. Irmgard Reichard kündigte im Kabinett an, das Landwirtschaftsministerium könne 160 000 Quadratmeter für diesen Zweck bereitstellen. Wallmann berichtet, Hessen halte derzeit rund 8000 Notunterkünfte vor; die Zahl könne noch erhöht werden.

Fast 280 Deutsche aus der DDR haben bis gestern mittag 14 Uhr bei der Beratungsstelle für Übersiedler im städtischen Verkehrsbüro ein Begrüßungsgeld in Höhe von 100 Mark pro Person erhalten. Schon am Freitag waren etwa 20 DDR-Besucher nach Offenbach gekommen. Nach Angaben von Matthias Müller, Leiter des Presseamts, wurde das Begrüßungsgeld auch an DDR-Besucher, die Verwandte oder Freunde im Landkreis besuchten, ausbezahlt. Weder das Kreisamt noch die Gemeindeverwaltungen hatten am Samstag geöffnet. Weil bei der Beratungsstelle nicht genügend Bargeld vorhanden war, half am Samstagmorgen eine Zeitlang das Karstadt-Warenhaus mit einem größeren Betrag aus. Für die Unterbringung von DDR-Übersiedlern stehen in Offenbach Müller zufolge 200 Betten in Turnhallen zur Verfügung. Bis gestern mittag hatte sich in der Beratungsstelle, die heute von 12 bis 13 Uhr geöffnet hat, aber erst ein Übersiedler gemeldet.



Die ersten Stunden in der Freiheit: Nach dem Warten an der Grenze langes Anstehen für das Begrüßungsgeld im Frankfurter Westend. Foto Mirko Krzanovic

Wallmann für Wiedervereinigung Deutschlands

„Das Natürlichste der Welt“ / Hessischer Ministerpräsident warnt aber vor „Einkaufspolitik“

güm. FRANKFURT. Der hessische Ministerpräsident Walter Wallmann hat sich nachdrücklich für eine Wiedervereinigung Deutschlands ausgesprochen. In einem Gespräch mit dieser Zeitung sagte er gestern, die Wiedervereinigung sei nicht nur ein Verfassungsauftrag, sondern das Natürlichste der Welt. Das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen stehe nun auf der Tagesordnung der internationalen Politik. Obwohl im Augenblick niemand die weitere Entwicklung vorhersagen könne, bezweifle der Ministerpräsident, daß in der DDR nun ein „sozialistisches Modell“ gewollt werde. Dieses sei gescheitert.

Nach Wallmanns Worten, der nicht verhehle, bei seinem gestrigen Besuch an der Grenze in Herleshausen innerlich so aufgewühlt gewesen zu sein, daß er manchmal in Anbetracht der sich dort abspielenden ereignisreichen Szenen mit den Tränen habe kämpfen müssen, kommt es nun auf die Menschen in der DDR an. Die Bundesrepublik müsse jeden Anschein

vermeiden, als hätte sie Ratschläge zu erteilen oder gar zu bestimmen, was in der DDR geschehen müsse. „Wir haben nicht den Vormund zu spielen“, äußerte der Ministerpräsident. Die 17 Millionen Bürger in der DDR hätten zu entscheiden.

Der hessische Ministerpräsident hob hervor, daß die deutsche Frage nur im Zusammenhang mit den Nachbarn, besonders mit Polen, und mit den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs zu lösen sei. Nach wie vor gebe es die „Blöcke“. Aber nichts werde künftig so sein, wie es gewesen sei. Dabei erteilte Wallmann Überlegungen nach einem „neutralistischen Deutschland“ eine klare Absage. Bei seinem Besuch in Warschau mit Bundeskanzler Helmut Kohl hatte Wallmann den Eindruck gewonnen, daß „alle Polen“ der Auffassung seien, die Wiedervereinigung Deutschlands werde kommen. Polen wolle an seiner Westgrenze ein demokratisches Deutschland.

Eine Wiedervereinigung darf nach Wallmanns Worten keine „Aneignungspolitik“

sein, vom Westen dürften nicht die Bedingungen diktiert werden. Außerdem dürfe nicht der Eindruck entstehen, jetzt kämen die „reichen Vettern“ aus der Bundesrepublik und betrieben in der DDR „Einkaufspolitik“. Als „verhängnisvoll“ bezeichnete es Wallmann, wenn die Großkonzerne in die DDR drängten und dort Ländereien aufkauften.

Mit der Entwicklung in der DDR stellt sich für Wallmann daher auch die Frage des Verhältnisses „von Deutschen zu Deutschen“. Sie sei zudem eine „ungeheure Chance“ für die gesellschaftliche Ordnung in der Bundesrepublik. Deren „Sinn“ könne nicht darin liegen, „daß wir immer reicher werden und immer mehr Ansprüche und Freizeit haben“. Wallmann sprach von der „Sinnfrage“, ob wir auch bereit seien, „abzugeben“. Der Ministerpräsident nannte es ein „großes Geschenk, das wir mit den Ereignissen in der DDR erleben“, ein Geschenk, „das auch eine große Chance für uns darstellt“.

Unfähig und unflexibel

Über die Unfähigkeit der Deutschen zu trauern ist viel gesagt und geschrieben worden. In diesen Tagen offenbart sich indes auch die Kehrseite: die Unfähigkeit zu feiern. Das historische Geschehen in Berlin und entlang der innerdeutschen Grenze war in dieser Region, soweit wir wissen, allein der Wiesbadener Stadtregierung und den im Rat vertretenen Parteien Anlaß genug, am Samstag eine öffentliche Kundgebung zu veranstalten. Die Tatsache, daß lediglich 1000 Bürger der Landeshauptstadt daran teilnahmen, ist zu bedauern, mindert aber nicht die Bedeutung dieser Initiative.

In Frankfurt verkündete Oberbürgermeister Hauff zwar, sein Magistrat wolle die zwischenzeitlich nicht mehr verfolgte Idee der Partnerschaft mit einer Stadt in der DDR jetzt voranbringen. Doch wäre es vernünftiger gewesen, die Verantwortlichen im Römer hätten sich erst einmal Gedanken um die kurzfristig geforderte Partnerschaft mit den Bürgern aus dem anderen Teil Deutschlands gemacht, die an diesem Wochenende die neue Reisefreiheit spontan zu einem Ausflug an den Main nutzten.

Denn hier stießen sie auf Behörden, die sich nicht schnell auf eine neue, ungewohnte Situation einstellen können. Das war am Samstag keine Frankfurter Besonderheit, doch die

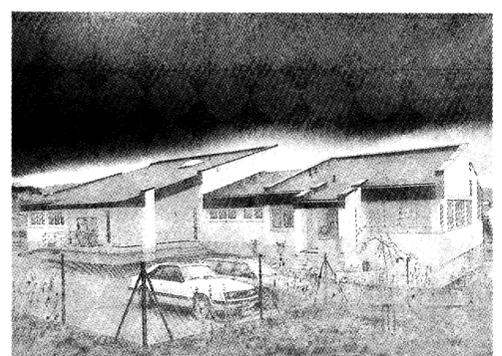
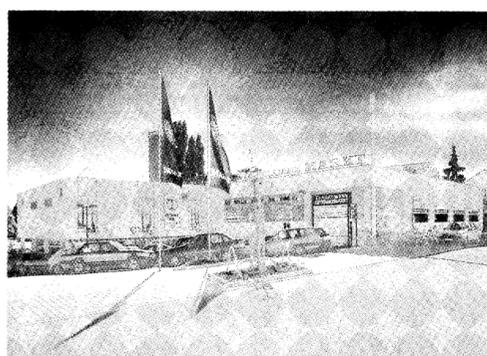
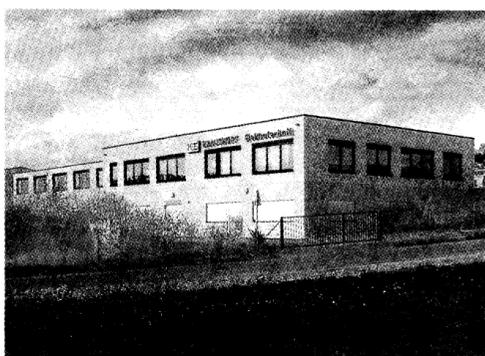
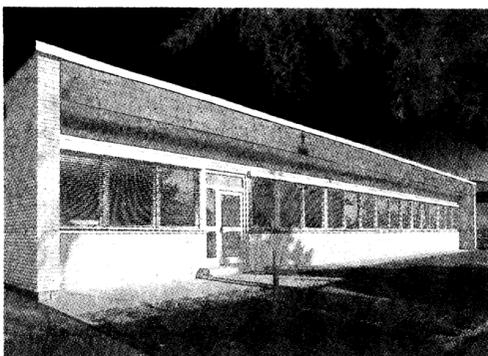
Metropolen-Verwaltung erwies sich mindestens ebenso hilflos wie das Bürgermeisteramt in mancher Kleinstadt. Auch der Einzelhandel war überfordert, als es darum ging, den Besuchern aus der DDR das Flaniieren und Einkaufen durch längere Öffnungszeiten zu erleichtern. Pünktlich um 14 Uhr gingen auf der Zeil die meisten Rollos runter - ganz wie in einer auf Fünf-Jahres-Pläne fixierten Wirtschaft.

Uneingeschränktes Lob verdienen an diesem Wochenende Polizei und Hilfsdienste, die unbürokratisch handelten und halfen. Während das Verkaufspersonal selbst für Geld und gute Worte nicht länger arbeitete, lotsten Polizisten die Trabi-Fahrer durch die ihnen unbekannte Stadt und waren die Freiwilligen des Roten Kreuzes und anderer Hilfsorganisationen pausenlos im Einsatz. Die Verbände, denen der rot-grüne Magistrat kürzlich aus ideologischer Verbohrtheit eine seit langem geplante Leistungsschau verweigert hatte, demonstrierten eindrucksvoll ihre Leistungsfähigkeit. Die Besucher und Aussiedler vermerkten jedoch dankbar, vor ihnen beim ersten Überschreiten der innerdeutschen Grenze zur Seite stand. Und lernten beim ersten Besuch im Westen schnell, daß unflexible Behörden kein mitteldeutsches Phänomen sind.

HUGO MÜLLER-VOGG

Genbach

Industrie- und Gewerbebau schlüsselfertig zum Festpreis



Nennen Sie uns Ihre Problemstellungen und Zielvorgaben. Wir ersetzen Ihnen kostenfrei einen Industrie-/Gewerbebauplan mit Festpreisauftrag.

Wilhelm Genbach GmbH & Co. KG
Hohigarten 13
6301 Biebertal
Telefon (06409) 7054

SPD-Parteitag stimmt für Linda Reisch

güm. FRANKFURT. Der Parteitag der Frankfurter SPD hat gestern Linda Reisch als Kandidatin dieser Partei für das Amt des Kulturdezernenten bestätigt. Für die 39 Jahre Geschäftsführerin des „Kulturforums der Sozialdemokratie“ stimmten 180 Delegierte, 34 votierten gegen sie, 26 enthielten sich der Stimme. Frau Reisch soll im nächsten Jahr Nachfolgerin von Hilmar Hoffmann werden, der aus Altersgründen aus dem Kulturdezernat ausscheidet. Sie versicherte, auf dem aufzubauen, was Hoffmann geschaffen habe. Ihr „Arbeitsstil“ sei das Gespräch. Sie wolle zusammen mit der Partei eine sozialdemokratische Kulturpolitik prägen, die sich auch in der Kulturarbeit der Stadt niederschlage. Hoffmann selbst mahnte die Partei, eine „Utopie des Humanen“ zu entwerfen und auf Dauer zu realisieren.

Viele DDR-Ärzte nach Hessen übersiedelt

FRANKFURT (lh). Mit einer neuen Geschäftsordnung für den Finanzausschuss will die hessische Landesärztekammer mehr Transparenz in ihre Geldangelegenheiten bringen. Die Delegiertenversammlung des Selbstverwaltungsorgans der etwa 22 000 hessischen Mediziner verabschiedete diese neue Ordnung am Samstag in Frankfurt einstimmig. Als Reaktion auf das Finanzdefizit der Kammer aus dem Rechnungsjahr 1986 in Millionenhöhe, das unter anderem auf Fehlkalkulationen des Bad Nauheimer „Gästehauses am Hochwald“ zurückzuführen war, solle die neue Geschäftsordnung eine bessere Kontrolle der Finanzaufsicht garantieren, meinte ein Sprecher der Kammer.

Neue Punkte der Geschäftsordnung sind unter anderem, daß künftig bei den Haushaltsberatungen ein Wirtschaftssachverständiger hinzugezogen werden kann. Der Vorsitzende des Finanzausschusses müsse zudem der Delegiertenversammlung Auskunft geben über Beratungen des Gremiums und mögliche abweichende Beschlüsse gegenüber dem Präsidium, erläuterte der Kammerpräsident. Für überplanmäßige Ausgaben ist eine Haushaltsbegrenzung vorgesehen.

Nach Darstellung von Kammerpräsident Helmuth Klotz sind inzwischen mehrere hundert Ärzte aus der DDR nach Hessen übersiedelt. Klotz drückte seinen Respekt gegenüber den Kollegen aus, die in der DDR bleiben und die immer schwierigere Versorgung der Patienten gewährleisten. Innerhalb der Delegiertenversammlung wurde bei der Diskussion die Meinung vertreten, die ärztliche Pflicht verbiete es, seine Patienten im Stich zu lassen.

In den bundesdeutschen Krankenhäusern gefähre der Mangel an Pflegekräften bereits teilweise die Behandlungsergebnisse, meinte Klotz. An einigen Stellen seien wegen der fehlenden Pflege und Krankenschwestern auch schon ärztliche Planstellen gestrichen worden. Um den Pflegenstand zu mildern, müssen nach Überzeugung des Kammerpräsidenten die Berufe in diesem Bereich unter anderem mit mehr Bezahlung und Halbtagsstellen attraktiver gemacht werden. Mehr Hilfskräfte müßten eingestellt werden, damit sich die qualifizierten Pflegekräfte auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentrieren könnten.

Mord im Milieu: Verdacht gegen ehemaligen Soldaten

lh. FRANKFURT. Im Fall der vor einem Jahr in ihrem Zimmer im Bordell „King George“ im Bahnhofsviertel ermordeten Prostituierten Phuttsadee Hohl gibt es neue Ermittlungen. Ein ehemaliger Stabsunteroffizier der Bundeswehr, dem in Bayern und Österreich zwei Morde an Prostituierten zur Last gelegt werden, wird auch im Frankfurter Mordfall überprüft. Die 44 Jahre alte Thailänderin Phuttsadee, die mit einem Deutschen verheiratet war, wurde im Dezember vergangenen Jahres erwürgt in ihrem Zimmer im dritten Stock des Bordells an der Ecke von Taunus- und Moselstraße gefunden. Eintragungen in dem Notizbuch des früheren Bundeswehrangehörigen Wilhelm D. sollen zur seiner Überprüfung geführt haben. Eine Gegenüberstellung mit Zeugen in Frankfurt verlief allerdings ergebnislos.

Irritation

Auf der Autobahn von Frankfurt nach Wiesbaden hat sich dem Trecker der „Trabis“ auch ein russisches Fabrikat mit fremdem Nummernschild angeschlossen. Auf Winken, Hupen und Blinken der vorbeifahrenden Wagen mit Kennzeichen D reagieren die Insassen sichtlich verstört und halten schließlich auf dem Seitenstreifen. Es sind Schweden. **kai.**



Tausend Wiesbadener bekunden Sympathie mit der Demokratiebewegung

Auf dem Wiesbadener Maurittusplatz haben am Samstag knapp 1000 Menschen ihre Solidarität mit den Deutschen in der DDR und der dortigen Demokratiebewegung zum Ausdruck gebracht. Auf der Kundgebung, zu der der Magistrat und die in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Parteien aufgerufen hatten, zeigte sich Oberbürgermeister Achim Exner „froh und glücklich“ über die unerwartete Entwicklung und die Art, wie sich die Bevölkerung der DDR für ihre Freiheitsrechte engagiere. Die Grenze sei durchlässiger geworden. Teile der Mauer sollten als Zeichen stehen bleiben, „daß Freiheitswille auf Dauer jeden Zement zerbricht“.

Exner sprach sich dafür aus, alte Grenzen zu überwinden und keine neuen aufzubauen. Die politische Westgrenze sei unantastbar; keine deutsche Regierung werde daran je wieder rütteln. Der katholische Stadtdekan Werner Bardenhewer sagte, die Freiheit mache die Würde des Menschen aus. Dieses Urverlangen könne auf Dauer weder eingemauert noch niedergeknüpelt werden. Bardenhewer und der evangelische Dekan Joachim Tolkdorff vertraten die Ansicht, es komme jetzt darauf an, den Wohlstand mit den Menschen in

der DDR zu teilen. Die Deutschen in der Bundesrepublik müßten der Regierung signalisieren, daß sie bereit seien, ihren Landsleuten noch in ganz anderem Maße zu helfen als den Menschen in der Dritten Welt. Die Sprecher von SPD, CDU, Grünen und FDP würdigten die Entwicklung, die es ohne Besserwisseri zu unterstützen gelte. Die Kundgebung wurde zeitweise von etwa drei Dutzend Angehörigen der Hausbesetzerbewegung, die auf das besetzte Gebäude in der Helenestraße aufmerksam machten, mit Gejohle, Pfeifen und Sprechchören gestört. (es.) **Foto Stefan Husch**

Das Staunen der Besucher macht betroffen

An der Hauptwache gibt es Unterricht in praktischer Marktwirtschaft / Von Franz Horen

FRANKFURT. Plötzlich waren sie überall in der Stadt. Während der heimische Rundfunk in seiner Sendung für Hörer, die mitreden wollen, gestern vormittag das an diesem Tag brandaktuelle Thema „Straßenverkehrslärm – Was kann dagegen geschehen?“ diskutierte, sah man in der City die ersten Autos mit DDR-Kennzeichen im Halteverbot. Offensichtlich drückten selbst ansonsten strenge Hilfspolizisten ein Auge zu, denn blaue Straßgebührenkündigungen steckten nicht unter den Scheibenwischern.

Es war schon ein besonderer Tag, dieser 11.11., und an Fastnacht dachten sicher die wenigsten. Selbst einheimische Falschparker profitierten von der Milde der Parkgesetzeshüter. Eine Autofahrerin, die unweit des Eschenheimer Turms als Dauerständlerin gleich zwei Knöllchen eingehaimst hatte, traf auf einen gütigen Hilfspolizisten. Die zweite Zahlungskündigung zerknüllte er auf längeres Klagen mit einem Augenzwinkern. Aber es geht doch auch nicht, daß in der DDR Geschichte und hier in der Weltstadt am Main womöglich nur ein ungerechtes Strafmandat geschrieben wird.

„Wir machen Ihnen schöne Augen“ stand auf Werbezetteln, die den Besuchern aus der DDR vor einem Kaufhaus auf der Zeit in die Hand gedrückt wurden. Die Augen gingen ihnen auch so über. Auf der Freßgass' staunte eine Gruppe vor dem

Schauensfenster einer Bäckerei darüber, was man aus Mehl alles machen kann und fotografierte die Auslage. Richtige Begeisterung kam aber vor Obst- und Gemüsegeschäften auf, und der Bauern-Markt an der Konstablerwache war das Höchste. „Nu gucke da“, verstand auch der Frankfurter, vielleicht auch noch ein „ei, verbibisch“, doch das Staunen der Besucher „von drüben“ über für uns Selbstverständliches machte schon betroffen.

Die Grüppchen fühlten sich wie im Paradies der Werbung. Da wurde Grünkohl neben ahler Worscht und Holunderlikör angeboten. Der Weihnachtsmann ließ schon grüßen mit Bestellaufrufen für Gänse, Enten, Puten, Hasen und Flugenten, und dazwischen noch es verlockend nach gegrillter Wurst und frischem Käse vom Bauernhof. So mancher probierte seinen ersten heißen Ebbelwei und bekam später an der Hauptwache noch praktischen Unterricht in freier Marktwirtschaft. „Banane, Ananas und alle Ebbel-sorte – es Kilo nur noch zwaa Mack. Sonderpreis, Supersonderpreis“, bot der Obstmann an der Katharinenkirche kurz nach eins lautstark seine Ware feil. Nach zwei gibt's nun mal in der City an einem gewöhnlichen Samstag keine Kunden mehr. Die Möglichkeit, an diesem Wochenende länger aufzuhalten, nutzten nicht mal die fliegenden Händler. Um vier waren Bummler aus der DDR auf der Zeit

mit dem orangefarbenen Geschwader des Stadtreinigungsamts unter sich.

In der Mittagszeit konnten die Geschäfte bei strahlendem Sonnenschein über mangelnden Umsatz indes nicht klagen. In den Nahrungs-Basements der Kaufhäuser und in Supermärkten wurden auch viele einheimische Kunden beim Eichhörnchen-Einkauf gesichtet. Auf dem Orderzettel standen vor allem Kaffee, Kakao, Bananen und Konserven – man will ja gewappnet sein, wenn überraschender Besuch aus der DDR kommt. Demonstranten wurden rund um die Hauptwache nicht gesichtet. Für etwas Erfreuliches gehen erprobte Marschierer vom Main ja ohnehin nicht auf die Straße. Die DDR liegt halt zu nahe. Chile, Nicaragua das könnte man doch wesentlich besser „problematisieren“. Aber in Eisenach ist man in gut zwei Stunden.

Ein bißchen diskutiert wurde auch. Am Kaufhof hatte die Sozialistische Arbeitergruppe (SAG) einen kleinen Informationsstand aufgebaut und verkaufte zum Preis von einer Mark ihre Zeitschrift „Klassenkampf“ mit der Schlagzeile: „Wiedervereinigung: Nein zu Großdeutschland“. Wesentlich besser war die Stimmung ein paar Meter weiter, wo eine südamerikanische Combo mit heißen Rhythmen schnell 200 Zuhörer um sich scharte und die Stadtstreicher bei Bier und Korn im Chor einstimmten und zu tanzen begannen. Dazwischen wurden getrocknete Blumen und frische Brezeln verkauft, ein Mann mit Bauchladen war schon ein paar Tage weiter und versuchte einen stapfenden Weihnachtsmann mit Batterie für sieben Mark unter die Leute zu bringen, und am Brockhausbrunnen waren Interessenten richtig, denen nach Heilung auf geistigem Weg war.

Auf anderen Wegen waren DDR-Besucher im Bahnhofsviertel. Die Peep- und Love-Live-Shows zwischen Elbe- und Moselstraße stehen ja vermutlich in Karl-Marx-Stadt oder Hoyerswerda nicht auf dem Programm, und von der Barckhausstraße im Westend, wo sie ihr Begrüßungsgeld in Höhe von 100 Mark nach endlosem Schlangestehen erhielten, verirrt sich so mancher auch in die Taunusanlage und konnte sich einen Überblick über die Rauschgiftszene verschaffen. Und wie schnell 100 Mark im Westen manchmal weg sind, sahen sie dann noch in der Taunusstraße, wo die betrügerischen Hüchenspieler im milden Licht der Nachmittagssonne die flinken Finger wirbeln ließen.



Auf dem Frankfurter Hauptbahnhof herrschte gestern Hochbetrieb bis tief in die Nacht. In Sonderzügen kamen Tausende aus der DDR an. **Foto Mirko Krizanovic**

Da kann man nur noch heulen

Ereignisse in der DDR sind im Übergangshaus Tagesgespräch

WIESBADEN. Der erste Besucher aus der DDR ist am Samstagmorgen um 4 Uhr in Wiesbaden eingetroffen. In den Nachrichten hat er am Freitag von den neuen Reisemöglichkeiten erfahren und ist spontan losgefahren, erzählt der Sechszwanzigjährige aus Eisenach. Benzin mußte er sich erst besorgen: Wegen des Ansturms von Ausreisewilligen seien alle Tankstellen leergekauft. Auf den Besuch bei der DDR-Staatsbank, wo er 15 Mark Westgeld hätte eintauschen können, verzichtete er: „Da standen Tausende; da hätte man Stunden warten müssen.“

Am Freitagabend reichte er sich am Grenzübergang nach Herleshausen in den inzwischen auf 15 Kilometer angewachsenen Stau ein. In der Bundesrepublik sei dann der „Trabi“ zusammengebrochen. Begeistert erzählt der Mann von der Hilfsbereitschaft, die ihm widerfuhr: Privatleute schleppten ihn ab; gleich mehrere Menschen halfen bei der Reparatur. Als er in Wiesbaden Schwierigkeiten hatte, das vom Roten Kreuz betreute ehemalige Kinderkurheim „Tannusfreude“ zu finden, habe ihn die Polizei hingelotst. Der Eisenacher möchte seinen Vater besuchen; in der Bundesrepublik bleiben will er nicht.

Die bewegenden Ereignisse in der DDR sind auch im Kinderkurheim Tagesgespräch. 114 Deutsche aus der DDR leben in dem versteckt im Wald liegenden Gebäude, das nach dreijähriger Ruhezeit Mitte September als Auffanglager wiedereröffnet wurde. 50 Betten sind zur Zeit frei, werden aber Anfang der Woche wieder belegt. Von Dezember an wird das Haus nach einem Umbau als Übergangshaus für 220 Menschen dienen.

Ein junges Ehepaar aus Ost-Berlin, das mit seinem vierjährigen Jungen vor dreieinhalb Wochen über Ungarn den Weg in die Bundesrepublik fand, möchte trotz der jüngsten Entwicklung nicht mehr in die DDR zurück. Die Frau räumt ein, wenn sie jetzt noch dort wäre, hätte sie sich die Entscheidung vielleicht noch einmal überlegt. Der Mann fand inzwischen eine Stelle als Feinmechaniker; für

das Kind stand auf Anhieb ein Platz im Kindergarten zur Verfügung. Daß sich in der DDR viel ändert, erwarten beide nicht. „Vor zwei Monaten hätte man uns bei einem Fluchtversuch erschossen“, sagen sie. „Das sind heute noch die gleichen Leute.“

Am Eingang ist eine Gruppe von Frauen ins Gespräch vertieft. „Darauf haben wir das ganze Leben gewartet“, kommentiert eine junge Zootechnikerin das Geschehen. Wie andere Bewohner des Heims „Tannusfreude“ auch hat sie in den letzten Tage etliche Stunden vor dem Fernsehapparat verbracht. Was auf dem Bildschirm zu sehen war, läßt keinen unberührt: „Da kann man nichts sagen, sondern nur noch heulen.“ Sie und ihr Mann nahmen einen Umweg von 2000 Kilometern auf sich, kamen über Ungarn in die Bundesrepublik. „Die, die weggegangen sind, haben den Stein ins Rollen gebracht“, sagt die aus Horsa bei Erfurt stammende Frau. Der Mann arbeitet inzwischen als Kraftfahrer. Überredungsversuche ihres Vaters, der unlängst im Auftrag des Stattsicherheitsdienstes nach Wiesbaden kam, um die Tochter zur Rückkehr zu bewegen, blieben ohne Erfolg.

Eine Krankenschwester hat sich dagegen entschieden, wieder nach Ost-Berlin zurückzufahren. Sie habe nach West-Berlin gewollt, wo die Verwandtschaft lebe; in Wiesbaden sei sie „hängengeblieben“, weil West-Berlin „voll“ sei. Mit der S-Bahn sei sie „in fünf Minuten im Westen“. „Was soll ich hier?“ fragt die Frau. Daß die Grenzen wieder geschlossen werden könnten, glaubt sie nicht: „Es läßt sich doch jetzt keiner mehr was gefallen.“

Skeptisch beurteilt ein 37 Jahre alter Fachingenieur für Platanwendung aus Dresden die Zukunft der DDR. Der Mann kam am Donnerstag nur mit einem Handkofferchen zu Fuß aus der Tschechoslowakei in die Bundesrepublik. „Ich traue der Entwicklung nicht“, sagt er. Der Mann, dessen Familie zunächst in der DDR blieb, versuchte am Samstag erst einmal, die Formalitäten hinter sich zu bringen. **EBERHARD SCHWARZ**

„Wir benötigen erst einmal Zeit“

Sozialdemokrat aus der DDR spricht auf SPD-Parteitag

mü. FRANKFURT. „Nachdem die DDR jahrzehntlang durch den Stalinismus dominiert worden ist, macht es wenig Sinn, wenn sie jetzt durch eine starke Bundesrepublik dominiert werden soll.“ Mit diesen Worten hat sich gestern auf dem SPD-Unterbezirksparteitag im Bürgerhaus Harheim Konrad Elmer, Vorstandsmitglied der Sozialdemokratischen Partei der DDR (SDP), zurückhaltend zum Thema Wiedervereinigung geäußert. Natürlich werde es zwischen den beiden Staaten eine Annäherung geben, aber die DDR benötige nun Zeit, herauszufinden, was sie wolle, sagte Elmer. Nach seinen Angaben hat die Anfang Oktober gegründete Partei inzwischen mehr als 10 000 Mitglieder.

Elmer wies aber auch auf die Möglichkeit hin, daß bei Wahlen eine Partei siegen könne, deren zentraler Programmpunkt die Wiedervereinigung sei. Einem solchen Votum würde allerdings der Irrtum zugrunde liegen, die DDR-Bewohner könnten durch eine Wiedervereinigung den gleichen Wohlstand erhalten wie die Bevölkerung der Bundesrepublik. Zur Zukunft der DDR meinte Elmer, es sei vielleicht gar nicht so schlecht, daß sie nicht zu den ökonomisch führenden Kräften Europas vorstoßen könne. Da-

durch werde es erleichtert, auch andere Werte als Reichtum zu schätzen.

Im neuen Staatsratsvorsitzenden Egon Krenz sieht das SDP-Vorstandsmitglied lediglich einen „Übergangskandidaten“. Krenz habe die Zeichen der Zeit offenbar nicht erkannt, wenn er noch immer davon rede, die SED habe die Wende herbeigeführt. Auf die starke Abwanderung eingehend, meinte Elmer, es sei dringend notwendig, den Deutschen in der DDR wieder zu einer „politischen Identität“ zu verhelfen. Möglicherweise sei es schon ein Fortschritt, wenn sich ein Thüringer wieder als Thüringer und ein Mecklenburger als Mecklenburger fühle. In diesem Zusammenhang müsse auch über neue Bezirksgrenzen nachgedacht werden. Elmer sprach sich für den Sozialismus als Gesellschaftssystem aus. Allerdings müsse er demokratisch sein, was er bis jetzt noch nie gewesen sei.

Auf dem SPD-Unterbezirksparteitag wurde spontan Geld gesammelt, nachdem Elmer berichtet hatte, daß seine Partei nicht einmal über genügend Mittel verfüge, um das Statut zu drucken. Er bedankte sich und sagte, er werde das Geschenk nicht zurückweisen, aber es verpflichte seine Partei zu nichts.

Notdienste

Der ärztliche Sonntagsdienst für das Stadtgebiet Frankfurt am Main ist über die Sammelnummer 79 50 22 00 oder bundesweit 1 92 92 jederzeit erreichbar. Er soll jedoch nur bei Verhinderungen des Hausarztes in Anspruch genommen werden. Für ambulante vorversorgende Notfälle: Notdienstzentrale im Haus Galluswarte, Mainzer Landstr. 265.

Zahnärztlicher Notfallvertretungsdienst in Frankfurt ist bei der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Hessen, Frankfurt-Niederrad, Tel. 6 60 72 71 zu erfragen. Der Notfallvertretungsdienst wird an Wochentagen von 21 bis 6 Uhr wahrgenommen, Samstag von 9 bis 12 Uhr und von 15 bis 18 Uhr, Sonn- und Feiertag von 10 bis 13 Uhr und von 15 bis 17 Uhr. In der übrigen Zeit von 8 Uhr morgens bis zum anderen Morgen, 8 Uhr, ist Rufbereitschaft für dringende Fälle.

Außerhalb der Sprechzeiten besteht Rufbereitschaft am Wochenende von Samstag, 8 Uhr, bis Montag, 8 Uhr, und Mittwoch von 18 Uhr bis zum nächsten Morgen, 8 Uhr.

Der Anwaltsnotdienst in Straf- und Unterbringungsangelegenheiten ist täglich von 18 bis 8 Uhr morgens unter der Rufnummer 28 30 83 zu erreichen. An Samstagen, Sonn- und Feiertagen ist der Notdienst ganztagig besetzt. Die Anwälte des Notdienstes erteilen telefonischen Rechtsrat in Strafsachen oder suchen den Klienten, etwa

bei Festnahme oder Durchsuchung, auch auf die Tätigkeit der Notdienstanwälte erstreckt sich nur auf Notfälle.

Tierärztlicher Notdienst: bis 17. November: Günter Fenn, Frankfurter Str. 127 (Offenbach), Tel. 88 09 50.

Der tierärztliche Notdienst ist erreichbar von Samstag 14 Uhr bis Montag 6 Uhr und Montag bis Freitag jeweils von 19 bis 23 Uhr – danach bei den tierärztlichen Kliniken (siehe Branchenlernsprechbuch unter „Tierärzte“).

Zahnarzt in Offenbach: 12. und 15. November: Mißjüb Jovanovic, Bleichstr. 5, Tel. 88 03 34, privat 0 61 04/6 29 69.

Telefon-Seelsorge, evangelisch: 1 11 01.

Telefon-Seelsorge, katholisch: 1 11 02.

Behinderten-Fahrdienst: Von 7 bis 23 Uhr (täglich, auch an Wochenenden und Feiertagen) unter den Rufnummern 74 80 90 und 74 80 99.

Apotheken-Bereitschaft: Bis Montag, 8.30 Uhr: Alexander, Sindlinger, Bahnstr. 22-26, Distel, Wächtersbacher Str. 25, Eulen, Siegerner Str. 1, Hellertorf, Mainzer Landstr. 372, Hubertus, Wiesensstr. 34, Humboldt, Eckenheimer Landstr. 56, Main, Martinskirchstr. 64, Nordend, Engelthalerstr. 9, Römer, Brühlstr. 19, Schweitzer, Schweizer Str. 47, Struwwelpeter, im U-Bahnhof an der Hauptwache, West, Leipziger Str. 57.

RENAULT Autos zum Leben. *Anzahlung nur 229,-* und das incl. 3-Wege-Kat!* **RENAULT an der Hanauer** Deutsche Renault AG, Niederlassung Frankfurt, Hanauer Landstr. 344, Neuwagen-Verk. 0 69 / 401002 24. **Sonntags auch!** Zum Probefahren und Farben gucken ab sofort sonntags von 10-16 Uhr geöffnet. (Keine Beratung, kein Verkauf)

Unwirklichkeiten, in denen wir lebten

Achtundzwanzig Jahre Berliner Träume

Fünfundzwanzig Jahre in Berlin gelebt zu haben, und jetzt nicht dort gewesen zu sein - das ist ein Stück vom Saum des Unwirklichen, der diese Jahre einfalt angeseht der Menschen, die sich der Wirklichkeit dessen vergewissern, was sie bisher nur vom Hörensagen oder von Bildern kannten.

Die Sprache hatte es allen verschlagen, aber sie fanden die richtigen Worte: „Vierzig Jahre sprachlos gewesen, und jetzt verliert man die Worte...“ Wer sagen konnte, was er dachte, was er empfand, erfuhr die Gunst dieser Stunde - massenhaft war sie den Frauen und Männern auf den Straßen vergönnt. Diesmal war das Volk klüger als seine Intellektuellen, beredter als sein Schriftsteller, pragmatischer als seine Politiker - und enthusiastischer, als die es sich jemals getraut hätten.

Wie unwirklich, wie gespensterhaft sind plötzlich einige der Wirklichkeiten, in denen wir lebten. Die greifbarste aller Unwirklichkeiten leuchtet in der Erinnerung an sonnigliche Spaziergänge am südlichen Stadtrand von Berlin auf, in Lichtenfelde. Der Weg entlang der Mauer, die von den Äckern und Wäldern drüben trennt, mit den den Verständnislosigkeit noch nicht herangewachsenen Kindern ein rituelles Innenhalten bei dem vor der Mauer stehengebliebenen Schild „Nach Osdorf 6 km“, im Kopf Bild eines Gartenlokals im Sommer, das mit dem Fahrrad in einer knappen Stunde zu erreichen wäre... ein paar Schritte weiter vom überwachsenen Schutthügel der Blick über das Land, in der Ferne ein Schatten von Potsdam.

Keine Stadt in Deutschland erlaubte es so mühelos, Bilder vieler Vergangenheiten zu beschwören, mit eigenen Zukünften, die auf sie vielleicht warteten, wie Berlin. Noch vor nicht allzu langer Zeit war die Fahrt nach Ost-Berlin in die Oranienstraße, vor die Synagoge, eine Reise in tiefe Zeit: Als wäre sie dort stehengeblieben, waren die Türen der Synagoge vernagelt, wie am Tag nach der „Reichskristallnacht“, die kleinen Läden auf der Gegenseite unverändert wie im Augenblick der Kapitulation. Hier Inseln der dreißiger Jahre, dort Kriegsspuren wie gestern, hier fünfziger Jahre, Refugien einer für immer fortgeführten inneren Emigration. Es ist keine Gespenstergeschichte, wenn man aus den sechziger Jahren so erzählt, als hätten damals hier und da in der Stadt noch Menschen gelebt, die die Vergangenheit noch nicht verlassen hatten. Noch immer führen ja in der entvölkerten Stadt die Autobusse nach den Fahrplänen aus den dreißiger und vierziger Jahren.

Mauer und Panik

Daß Krieg und Nachkriegsjahre niemals so sichtbar blieben wie in Berlin, war nicht nur Ruinen-Pathos. Es war nicht Anhänglichkeit, es war auch nicht die immer wieder eingeklagte „Trauerarbeit“. Es war ein zähes Stück Unwirklichkeit, das sich hier einnistete, und mit dem man zu leben lernte. Dazu gehörte vor allem die Mauer. Was Besucher nie verstehen konnten: daß man sich an ihr nicht ständig stieß, daß man sich durch sie nicht eingesperrt fühlte. Diese Erfahrung kannte man, auch die Panik und die Ausbruchphantasien. Aber die innere Entfernung zu dem, was die Stadt außen umgab, wurde mit der Zeit größer. So dankbar die Berliner für die Passierscheinregelung waren, an die manche in einigen Tagen zurückdenken, und so massenhaft sie die Möglichkeiten nutzten, zwei Jahre nach dem Mauerbau ihre Verwandten zu besuchen, am Ende gab es doch viele Tränen der Enttäuschung, weil man sich nur gezannt hatte, einander zu nah, um die wachsende Entfernung zu ertragen. Daß die Euphorie der letzten Tage einen kräftigen Schuß Nüchternheit bewahrte, mag auch mit dieser immer wieder bestätigten Erfahrung zusammenhängen. Sie machte die Mauer unwirklich. Vollends war sie für die Generation der sechziger Jahre, die in ihrem Vietnam-Protest mit den Studenten von Berkeley und Paris näher verbunden war als mit Kommilitonen in Ost-Berlin, und für die Szenebewohner der siebziger und achtziger Jahre, die zwischen Berlin und New York pendelten und kaum einen Schriftsteller oder Künstler in Ost-Berlin kannten. Das hatte sich in den letzten Jahren gewandelt. Aber wo lag West-Berlin, wo Ost-Berlin? Gehörten beide Städte, jede in ihrem eigenen Koordinatensystem schon zu jenem Mitteleuropa, von dem in Ungarn, in Polen, der Tschechoslowakei geträumt wurde? Läge sie „dazwischen“, wie das Warschau von Solidarität, das Prag von Havel und seinen Freunden und das Budapest von György Konrad und den versprengten Lukács-Enkeln? Und wo liegt Berlins Wirklichkeit in diesem Augenblick?

Berliner Unwirklichkeiten. Es gab Jahre, in denen bei der Ankunft im Bahnhof Zoo die Lautsprecherstimme zu verkünden schien: „Berlin Soziologischer Garten“. Eine Stadt, deren Bewohner in dem ihnen

oft vorgehaltenen Parasitentum von dem lebten, was in der Vorstellungswelt von Politikern sich abspielte, wurde plötzlich zu dem Ort, an dem junge Leute in ihren Köpfen skandierten „Das Sein bestimmt das Bewußtsein“. Nirgends sonst war das so unwahr, nirgends wurde mit einer vergleichbaren intellektuellen Inbrunst daran geglaubt. So erlebte hier in der Verkleidung des Materialismus und einer abgetanen revolutionären Vergangenheit ein sehr deutscher Idealismus seine Auferstehung. Da hing in den Wohngemeinschaften der Stadtplan „Revolutionäres Berlin“, in dem alle Schauplätze revolutionären Treibens, Widerstandner, Untergrundverlage seit 1848 markiert waren, nicht gering die Chance, an einem dieser zahllosen Plätze zu wohnen. Da erfuhr man im West-Berliner Stück der Oranienstraße, daß die Kneipe „Max und Moritz“, an deren Tresen der Wirt Einblick in die alten Vereinsbücher gab, ein Treffpunkt der Kommunisten war: Marx und Engels die Namenspatronen. So war die deutsche Linke der sechziger Jahre geprägt durch Berliner Wirklichkeit und Unwirklichkeiten. Als Enzensberger seine „Berliner Gemeinplätze“ schrieb, meinte er den Abstand zur übrigen Welt.

Monströse Phantasien

Und die Berliner Träume? Untergründig war die Erfahrung von einem kaum hörbaren Murren begleitet, daß der Tag einmal kommen werde, der vorgestern Wirklichkeit wurde. Wie viele Phantasien, die ins Monströse wucherten: Anfang der sechziger Jahre ein Berlin, wie von Werner Heldt gemalt, eine entvölkerte Stadt, von wildwachsenden Pflanzen überwucherte Häuser, in denen die letzten Bewohner mal hier, mal dort ihr Quartier aufschlugen. Ende aller Wohnungsfragen. In den Jahrzehnten danach die futuristische Vision eines Knotenpunktes von Luftlinien zwischen den entlegensten Plätzen der Welt, vorweggenommen durch die reisewütigste Mobilität unter den Deutschen. Oder der Traum, mit Warschau, Lodz, Prag, Budapest in einer gemeinsamen mitteleuropäischen Region Wurzel zu schlagen, Phantasie eines Rückzugs in ein anderes Fin de siècle. Welche Anhaltspunkte gab es für das, was vorgestern geschah, in der Wirklichkeit? Weniges, was nicht in Traum und Alpträumen gleich gespalten hätte.

Jeder Berliner, aus Ost oder West, erfährt in diesen Tagen, welches für ihn der Ort ist, der die große Emotion auslöst. Für überwältigend viele ist es das Brandenburger Tor, durch das die Menschen hindurchgehen. Für andere eine Mauerecke an der Bernauer Straße, die Brücke hier, der Platz dort - oder das Pflaster, dieses Stück Asphalt, die schwindelerregende Erfahrung des einen Schritts über eine imaginäre oder wirkliche Linie, die da seit achtundzwanzig Jahren gezogen war. Solche Überwältigung durch die von einem Pflasterstein hervorgezauberten Erinnerungen kannten doch bisher nur Einzelne, Proust-Leser wußten davon, aber Massen von Menschen? Ein anderes Bild, mit dem man in West-Berlin lebt: Leute kommen, von Potsdam her, über die Glienicke Brücke, wo zuletzt Spione ausgetauscht wurden, Gary Powers, der U-2-Pilot, den die Sowjets abgeschossen hatten. Und heute? Das Panorama der in den märkischen Sand gesetzten „borromaischen Gefilde“, das Glienicke Schloß, die Sakrower Kirche, Nikolskoe, die Pfaueninsel, Kaninchenwerder. Diese einzigartige klassizistische Utopie hat Wolf Jobst Siedler auch vor drei Jahren geschildert, als einen imaginären Ort der Geschichte, der immer wieder, augenblicksweise, zu einer Schnittstelle der Realität wurde.

Abschied von der Insel

Die Schlußseiten seines Essays „Auf der Pfaueninsel“ sind in diesen Tagen Geschichte geworden; noch vorgestern war sie ein letztes Wort: „Abschied von der Insel, die man von Potsdam aus entdeckt hatte, von wo her sie seit vier Jahrzehnten nicht ein Mensch betreten hat. Selbst der Blick auf sie ist denen verwehrt, die am anderen Ufer leben. Die Mauer geht nicht nur durch das Häusermeer Berlins; auch hier in Babelsberg und Glienicke zieht sie sich durch Schill und Weidengäbich am Saum des Wassers entlang, in dem nicht mehr, wie zu Fontanes Zeiten, zweitausend Schwäne zuhause sind... Nichts Besonderes eigentlich. „So soll ist es nun auch nicht“, hätte Fontane gesagt.“

Von diesen Tagen hätte es Fontane nicht gesagt. Auch die Pfaueninsel ist in die Geschichte zurückgekehrt. Jetzt können wir vorsichtig weitergehen. In keinem Moment der Nachkriegsgeschichte haben die Deutschen in einer vergleichbaren Weise gezeigt, daß sie einer nüchternen, andere nicht verletzenden Heimatliebe fähig sind - die, die abwandern, ebenso wie die, die dableiben. Sollte die Wirklichkeit dieses Augenblicks Bestand haben, wird sie unsere Welt verändern. HENNING RITTER



Wolfgang Mattheuers „Hinter den Sieben Bergen“ gehört zu den berühmtesten Bildmotiven der DDR-Kunst: Eine Autobahn, auf der die Fahrzeuge in dichter Folge in eine Richtung fahren, angezogen von einer am Horizont an bunten

Luftballons vorüberfliegenden Freiheitsgöttin. Der plakative Holzschnitt, dem bald eine Gemäldefassung folgte, stammt aus dem Jahre 1970. Seine prophetische Qualität braucht in der gegenwärtigen politischen Situation nicht

erläutert zu werden. Ein allegorisches Detail freilich sollten wir nicht übersehen: die vielen Schilder am Rande, die auf Umwege, Abzweigungen und Kreuzungen aufmerksam machen. Auch die Freiheitsstraße braucht Wegweiser. W.W.

Das Ende der falschen Töne

Was wohl nur den Berlinern auffällt: Wie sehr sie wieder eine gemeinsame Sprache sprechen

„Und was empfinden Sie als Berliner?“ Die gut gemeinte Frage, von erwartungsvollen Blicken begleitet, ist in diesen Tagen nicht selten zu hören. Vermutlich, so meint man, wird der Berliner doch etwas ganz Besonderes fühlen, wenn in seiner geteilten Heimatstadt unerwartet Verbrüderungsszenen stattfinden. Vermutlich erleben die Berliner subtile Empfindungen, von denen ein Nicht-Berliner überhaupt nichts ahnt. Also bitte, erzählen Sie doch mal, wie es ist „für Sie als Berliner“?

Die Nicht-Berliner, die solche Fragen stellen, ahnen vermutlich gar nicht, wie recht sie haben - und wie unrecht doch auch. Die Freude des Berliners ist sicher nicht geringer als die der übrigen Menschen, aber sie enthält eine Nuance, die dem Enthusiasmus eher im Wege steht: Die Empfindung nämlich, daß nun neben allem Außergewöhnlichen des unwiederholbaren Augenblicks endlich auch Normalität zurückgekehrt ist. Was vermutlich nur einem Berliner auffällt: Daß die Gäste aus Ost-Berlin nun endlich in aller Öffentlichkeit so sprechen, wie Berliner angeblich doch immer gesprochen haben - mit der berühmt-berichtigten Berliner „Schnauze“, womit eben nicht nur die Mundart gemeint ist, sondern die Mentalität, die in ihr zum Ausdruck kommt.

In den mehr als vier Jahrzehnten seit Kriegsende ist es wohl nur den Berlinern so schmerzlich bewußt geworden, wie sehr sich die Ausdrucksweise der Bevölkerung im östlichen Teil der Stadt geändert hatte. Jene oft gescholtene und ebenso oft gerühmte Berliner Sprech- und Denkweise mit ihrer pointenhungrigen Schnelligkeit, ihrer Lust an der provokanten Übertreibung und demonstrativen Selbstironie, aber oft genug auch ihrer sentimental Redseligkeit und besserwisserischen Angeberei - sie war selbstverständlich auch in Ost-Berlin niemals verschwunden und äußerte sich nicht zuletzt in bemerkenswert zynischen Sprüchen und Witzen über die Politiker. Was

dem Ost-Berliner Volkswitz fehlte, war nur eines: Die Öffentlichkeit.

Die Öffentlichkeit aber war ein Wesenselement des Berliners. Früh schon im neunzehnten Jahrhundert geriet das Berlinische nicht zu Unrecht in den Ruf, politisch zu sein, eine Art Ventil für den aufgeregten Zorn über alle sonst verbotenen Möglichkeiten politischer Stellungnahme. Das Berlinische im stillen Kämmerlein ist eine Chimäre.

Nur in der Stammkneipe

Wollte man die Ost-Berliner so reden hören, wie in Berlin seit rund zwei Jahrhunderten geredet wird, mußte man mitgehen zu Ost-Berliner Freunden in die Wohnung oder sich von ihnen mitnehmen lassen in ihre kleine Stammkneipe. Ansonsten war nichts zu machen. Weder der Taxifahrer noch die Kellnerin, weder die Dame am S-Bahn-Schalter noch der Verkäufer an der Bockwurstbude waren je dazu zu bringen, auf eine berlinische Bemerkung mit berlinischer Mentalität zu antworten. Die Aussprache war stimmte noch, sie war sogar, da „proletarisch“ in der DDR nichts Negatives bedeutete, weniger um hochdeutsche Aussprache bemüht als im westlichen Teil der Stadt. Was aber nicht mehr stimmte, sich scheinbar spurlos verflüchtigt hatte, war der Geist, der sich dieser Mundart bedient hatte.

Wer in Ost-Berlin nur den öffentlichen Raum durchwanderte, wer nur die Straßen und Plätze, die Geschäfte und Restaurants, die Theater und Museen kennenlernte, begegnete in all den langen Jahren nach dem Krieg immer wieder nur einer Korrektheit, die „preußisch“ gewesen sein mag, berlinisch jedenfalls war sie nicht: ein Unterschied, der dem Westdeutschen, der im Berliner schon immer vor allem den Preußen gesehen hatte, wohl gar nicht auffiel.

Mit Ost-Berlinern zu reden, das hatte jahrzehntlang einen subtilen Schmerz

bedeutet, der dadurch noch verstärkt wurde, daß man praktisch mit niemandem darüber diskutieren konnte. Mit den Ost-Berlinern nicht, weil es sie in ihren Empfindlichkeiten zusätzlich getroffen hätte. Mit Westdeutschen nicht, weil ihnen der Sachverhalt überhaupt nicht aufgefallen war. Und selbst mit West-Berlinern ließ sich nur schwer darüber debattieren, weil bei ihnen ja neue Empfindlichkeiten entstanden waren, auf die es Rücksicht zu nehmen galt. Jenes ständige Betonen, wie weststädtisch man sei (das es in keiner wirklichen Weltstadt gibt), dazu die übertriebene Kesse „Berliner“ der Boulevardpresse - derlei hatte das Selbstverständnis auch der West-Berliner mit einem unpassenden Tonfall versehen. War man im Osten zu leise, so war man im Westen zu laut geworden. Allenthalben stimmte es nicht mehr mit dem Berliner Umgangston.

Aber jetzt stimmt er wieder. Wenn vom Biertrinken die Rede ist und die Zugehörigkeit zur deutschen Nation gemeint, wenn banale Dinge gesagt und dabei das Schluchzen nur mühsam heruntergewürgt wird - dann kennen wir ihn plötzlich wieder, den unnachahmlichen Berliner Tonfall, der sich in Ost-Berlin, gerade weil er sich nicht öffentlich hervortraute, vielleicht in noch reinerer Form konserviert hat als bei uns.

Er mutet präziser an als unsere oft nachlässige Aussdrucksweise, ein bißchen - und nicht nur negativ - hat die Bürokratsprache des Ostens offenbar auf das Volkstidom abgefärbt. Auch sprachlich werden die Berliner nun wohl voneinander lernen. Da geht es dann wieder um Nuancen, die außerhalb Berlins kaum wahrgenommen werden. Was also ist das Besondere, das vielleicht nur den Berliner jetzt mit Freude erfüllt? Es ist eine Art politischer Musikalität: der subtile Genuß, mitanzuhören, wie aus falschen Tönen richtige werden.

WILFRIED WIEGAND

Die Neunundachtziger

Es ist die Geburtsstunde einer Generation. Es ist die Stunde jener, die das zerstörte Deutschland nicht miterlebt haben oder zu jung gewesen sind, um bewußt den Kalten Krieg, die Teilung Deutschlands mit all den persönlichen und familiären Tragödien, den Mauerbau zu erfahren. Es ist die Generation der Zwanzig- und Dreißigjährigen. Es ist nicht die ältere Generation, die nun aufgestanden ist und die im geeigneten historischen Moment eingefordert hat, was man ihr nahm. Es ist die, die von dem allen nichts erfahren hat. Ohne Revolutionspathos haben sie eine Revolution von oben ausgelöst. Sie haben es einfach nicht mehr ertragen, diese alltäglichen, kleinen Demütigungen, diese Politik, die alles versprach und nichts hielt, diese Lügen und Schikanen, denen sie schutzlos ausgeliefert waren. Sie sind davor geflüchtet. Sie brauchten ihren Mißmut an dieser Politik nicht zu artikulieren, sie brauchten auch keine anderen gesellschaftlichen Visionen. Keine von langer Hand vorbereitete „revolutionäre Situation“ mobilisierte sie. Es scheint so, als wäre dies eine skeptische Generation, die erst einmal frei sein will. Sie flüchteten in ein imaginäres Land, das sie aus dem Fernsehen kannten und das ihnen versprach, auch ihres zu sein. Von ihren Erfahrungen her war es aber ein fremdes Land. Eine „Wieder“-Vereinigung gibt es für sie nicht, vielleicht eines Tages die Einheit. Auch für viele im Westen, ohne familiäre Verbindungen zum Osten, jetzt zwanzig oder dreißig Jahre alt, liegt die Einheit Deutschlands jenseits der eigenen Erfahrung. Sie kennen sie aus den Erzählungen der Eltern, aus Geschichtsbüchern, in denen sie Episode ist. Für viele von ihnen war die DDR bisher nicht Teil der eigenen Wirklichkeitserfahrung, die Rede von der deutschen Einheit eher eine Floskel von Politikern als ein erstrebtes Ziel. Hatte man sich nicht mit der Existenz eines anderen deutschen Staates abgefunden? Glaubte man nicht, die „Deutschlandpolitik“ sei nur „fortgeschrieben“ von jenen, die noch das eine Deutschland und den Kalten Krieg erlebt hatten? Was aus diesem Zustand, der jetzt eingetreten ist, folgt, weiß auch sonst niemand. Die Generation, die ihn herbeiführte, hat mehr Fragen gestellt, als in Antworten besitzt. DJAWID C. BOROWER

Fernsehen am Sonntag

Erstes Programm (ARD)

- 9.30 Wochenvorschau
- 9.58 Tagesschau (VPS 9.58)
- 10.00 Abenteuer Bundesrepublik
- 10.50 Typisch deutsch (7): Der Stammtisch
- 11.00 Tagesschau (VPS 100.59)
- 11.02 Kopfbild, Ratespiel
- 11.30 Die Sendung mit der Mause
- 12.00 Presseclub
 - Das Tor ist offen - was nun? (Die ZK-Beschlüsse und ihre Folgen). Aus Ost-Berlin: Fritz Pleitgen und Robert Leicht („Zeit“) diskutieren mit Journalisten der DDR
- 12.45 Tagesschau mit Wochenspiegel
- 13.10 Diese Woche im Ersten
- 13.15 Jazz for fun (2): Lionel Hampton
- 13.45 Janna (8): Ein Geheimnis mit zwei Flügeln
- 14.15 45 Fieber - das Magazin aus Berlin
- 15.00 Tagesschau
- 15.05 13 Stühle
- 16.30 Die Weinmacher (3): Rioja
- 17.00 ARD-Ratgeber: Technik
- 17.30 Globus - Die Welt, von der wir leben
- 18.00 Tagesschau
- 18.05 Wir über uns
- 18.10 Sportschau
- 18.40 Lindenstraße: Das Appartement
- 19.09 Die Goldene 1. Wochengewinner
- 19.10 Weltspiegel
- 19.50 Sportschau-Telegramm
- 19.58 Heute im Ersten
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Radiofieber (3)
- 21.45 Brennpunkt: Was machen die Deutschen? (VPS 21.43)
- 23.15 Tagesschau
- 23.20 Hundert Meisterwerke
- 23.30 Einmal um die Welt (VPS 23.15)
- 0.15 Tagesschau (VPS 0.00)
- 0.20 Nachtgedanken (VPS 0.05)

Zweites Programm (ZDF)

- 9.00 ZDF - Ihr Programm (VPS 9.00)
- 9.30 Mosaik (VPS 10.15)
- 10.25 Der Kanzler in Polen. Katholischer Gottesdienst aus Kreisau (VPS 9.30)
- 12.00 In memoriam Wladimir Horowitz (VPS 11.59)
- 12.48 ZDF spezial (VPS 12.44)
- 13.15 Damals. Vor vierzig Jahren
- 13.30 Guckloch
- 13.50 Etwas Lebendiges für den lahmen Peter
- 14.15 Löwenzahn: Peters Rattenbrat Reinhold
- 14.45 Die Prinzen-Universität
- 15.15 heute (VPS 15.14)
- 15.20 Edmund Hillary (VPS 15.15)
- 16.05 Diese Drombushörn (VPS 16.00)
- 17.00 Danke schön - Anschließend: Der große Preis (VPS 16.55)
- 17.10 heute (VPS 17.05)
- 17.15 Die Sport-Reportage (VPS 17.10)
- 18.10 ML - Mona Lisa. Frauenjournal
- 18.50 ZDF - Ihr Programm
- 19.00 heute
- 19.15 ZDF spezial Berlin-Bonn-Warschau
- 19.45 Leben wie die Fürsten (VPS 19.29)
- 20.30 Die schnelle Gerdi (1) (VPS 20.15)
- 21.20 Mission Eureka (6) (VPS 21.05)
- 22.15 heute-Journal (VPS 22.00)
- 22.40 Was kostet ein Finger? (VPS 22.15)
- 23.24 Die rote Tapferkeitsmedaille (VPS 23.00)
- 0.30 Brief aus der Provinz (VPS 0.05)
- 0.40 heute (VPS 0.10)

ALTE OPER WEIHNACHTS-PROGRAMM '89

BERNHARD PAUL PRÄSENTIERT

VARIETÉ RONCALLI

EINE BÜHNENSHOW

ALTE OPER FRANKFURT

20.12. - 9.1.90

GROSSER SAAL

24.12. keine Vorstellung

Alte Oper 13 40-400, Abendkasse 13 40-405/406 und an allen bekannten Vorverkaufsstellen

Bis Mitternacht

Potsdam sei die Seele Berlins, sagte Georg Hermann. Er war ein Intimus, verschollen in Aushchwitz. Jetzt stehen wir auf der Glienicker Brücke, genannt „Brücke der Einheit“...

Sanssouci, Friedrich und seine Tafelrunde lassen grüßen. Der West-Tourist ist willkommen.

Jetzt fließt der Strom zum ersten Mal seit allen diesen Jahrzehnten in die entgegengesetzte Richtung. Und wir stehen und schauen. Die Lösung der jüngsten, letzten Tage heißt immer wieder: „Es ist nicht zu fassen.“

Die Euphorie der hautnahen menschlichen Berührung, Ost zu Besuch bei West, möchte sein. Aber die Realität ist nicht von der Hand zu weisen. Wenn es Nacht geworden ist in West-Berlin, Mitternacht vorüber auf dem Kurfürstendamm...

„Nachruf“

Stefan Heyms Buch in der DDR

Mehr als ein Jahr nach der Veröffentlichung in der Bundesrepublik erscheint die Autobiographie des Ost-Berliner Schriftstellers Stefan Heym „Nachruf“ demnächst auch in der DDR.



Die Grenze zwischen West- und Ost-Berlin im Mittelpunkt: Überwiegend jugendliche West-Berliner stehen auf der Mauer und schauen auf den ehemaligen „Todesstreifen“, wo Grenzsoldaten der DDR aufpassen, daß niemand von der Mauer Richtung Osten springt.

historischen Reichstagsgebäudes. Die Szene, fotografiert am Freitag Nachmittag, wirkt surreal. Alles ist anders als früher. Die Grenzsoldaten, die jetzt zur Mauer schauen, damit keiner „eindringt“, schauen jahrelang Richtung Osten, damit keiner „entwische“.

bracht. Am Samstag standen die Grenzsoldaten dann selbst auf der Mauer, als müßten sie den übermütig gewordenen Westen in Schach halten: ein bedrückendes Bild wie aus alten Tagen, gleichwohl grotesk – nirgends auf der Welt machen sich Grenzsoldaten so spektakulär zu Zielscheiben, und sei es des Gespöts.

ein wenig an die Situation in einem Zoo. Im Zoo sind die Affen die Eingemauerten. Wie sie so massenhaft die Mauer besetzen und auf ihr hocken und gaffen, in diesem Fall sind die Westler die Affen. Auch die Verwandlung der tragischen Grenze in eine surreal-groteske Szenerie, so traurig wie komisch, gehört zu den denkwürdigen Ereignissen der vergangenen Tage.

Foto Barbara Klemm

Die Ränder sind in die Mitte geraten

Hör- und Sehfunk-Erfahrungen der vergangenen Tage / Ein „Drehort“ wird besichtigt

Die westdeutsche Landkarte ist nach wie vor dieselbe. Und doch stimmt sie nicht mehr. Die fast zwei Millionen DDR-Bürger, die in den vergangenen zwei Tagen die Grenze zwischen Ost und West überschreiten durften, haben alles geändert.

Lambsdorff und ein Bankfachmann zum Thema DDR-Wirtschaft sagten, war bloß vernünftig – der Mann vom „Neuen Forum“ und die Altkommunistin winkten aber nur erschrocken ab.

zugewunken. Auf die Frage des Reporters, warum sie dies täten, haben sie geantwortet: „Wir stehen hier, weil wir einen historischen Augenblick erleben wollen.“

Der amerikanische Journalist Norbert Mühlen schrieb 1953 im „Monat“: „Doch hinter dem aus Fleiß, Behagen und Betrieb gewebten Vorhang des Lärms verbirgt sich die Stille, die über Westdeutschland liegt.“



In Ost-Berlin: Zeichenkunst der DDR

Einen Rückblick auf vier Jahrzehnte „Zeichnungen in der Kunst der DDR“ bietet eine von der Ost-Berliner Akademie der Künste im Marstallgebäude eingerichtete Ausstellung mit dreihundert Arbeiten von einhundertfünfzig Teilnehmern.

ter, Albert Wigand, Hermann Glöckner, Arno Mohr, Gerhard Kettner, Carlfriedrich Claus und Gerhard Altenbourg. Unter den Arbeiten des in breit vertretenen Nachwuchses, der neuerdings parallel zur expressiven Geste abstrakte Gestaltungsweisen erprobt, prägen sich die vital formulierten Porträts und Genreszenen von Ellen Fuhr, Angela Hampel und Michael Kunert der Erinnerung ein.

Nicht alles falsch?

Ebenso ernüchternd war ein Interview mit DDR-Kulturminister Hoffmann. Schließlich habe, so sagte Hoffmann schnippisch, die SED nicht „alles falsch“ gemacht, man sei stolz auf das Wohnungsbau-Programm, auf die niedrigen Mieten und darauf, daß die DDR-Jugendlichen kein Rauschgift nähmen.

Der Südwestfunk machte, beiläufig mit einer erstaunlichen Umfrage bekannt. Sie hat ergeben, daß kurzfristig die Zahl jener Bundesbürger zugenommen hat, die den Ankömmlingen aus der DDR, auch denen, die hier bleiben wollen, freundlich begegnen wollen.

Ende der Stille

Die zahlreichen Gespräche und Interviews mit Deutschen, die jetzt verbreitet werden, zeigen ein anderes Deutschland: Die unpolitische Stille ist gebrochen, auch im Westen, anscheinend angesteckt vom Mut der Dresdener, Leipziger und Ost-Berliner, interessieren sich die Menschen brennend für das Öffentliche, für das politische Geschehen, für jeden Reformschritt, der aus Ost-Berlin bekannt wird, sogar für die aktuellen Reden und Äußerungen der Bonner Politiker.

Sehr viele Besucher aus der DDR sagen den Reportern, sie seien gekommen, weil sie sich einfach „mal umsehen“ wollen. Sie wollen sehen, was sie überwiegend nur aus dem (West-) Fernsehen kennen. Sie wollen ihren Augen trauen können.

MATHIAS SCHREIBER

Martin Walser · Über Deutschland reden edition suhrkamp

Über Deutschland reden, es 1553, DM 10,-

Es gibt kein Obst mehr in Berlin

Massenandrang in der geteilten Stadt und den grenznahen Orten

Es berichten Klaus Kemper, Dominik Schmidt, Tobias Piller und Klaus Wiborg

BERLIN/HELMSTEDT/LÜBECK/HOF. 11. November. Der Einzelhandel in West-Berlin und den Städten an der innerdeutschen Grenze erlebt ein mehr als turbulentes Wochenende. Die Öffnung der Mauer in der Nacht zum Freitag bescherte vor allem Kaufhäusern und Verbrauchermärkten im Zentrum West-Berlins einen noch nie da gewesenen Käuferansturm. Tausende von Menschen aus Ost-Berlin und der DDR nutzten die überraschend gewonnene Freizügigkeit im Reiseverkehr zwischen den beiden Teilen Deutschlands nicht nur für einen bloßen Besuch in West-Berlin, sondern auch zum Einkaufen. In manchen Kaufhäusern und Geschäften war schon in den frühen Morgenstunden des gestrigen Samstags kein Durchkommen mehr. „Es geht nichts mehr“, stöhnten Verkäufer und Geschäftsführer immer wieder. So manches Haus hatte schon am Freitag Umsatzsteigerungen von 50 bis 70 Prozent gegenüber dem gleichen Tag des Vorjahres zu verzeichnen.

Die Berliner Wirtschaft hatte erstaunlich schnell auf den plötzlichen Ansturm der neuen Kundschaft reagiert. So hatten sich nahezu alle Banken in der Stadt der Entscheidung der Sparkasse angeschlossen, den Besuchern aus der DDR ihr Begrüßungsgeld in Höhe von 100 DM gegen Vorlage eines Personalausweises oder Reisepasses auszuzahlen und vor allem die Schalter in einigen Filialen sogar am Wochenende offenzuhalten. Auch in Absprache mit der Landeszentralbank Berlin war die nötige Liquidität sichergestellt worden. Allein die Sparkasse hatte für die Auszahlung des Begrüßungsgeldes weit mehr als 80 Millionen DM zur Verfügung gestellt. Möglicherweise muß sie am heutigen Sonntag für zusätzliches Geld sorgen. Im Vergleich dazu waren in Berlin im ganzen Jahr 1988 nur 64,8 Millionen DM Begrüßungsgeld und bis Ende Oktober dieses Jahres etwa 67 Millionen DM an DDR-Besucher gezahlt worden.

Wie schon am Freitag bildeten sich auch am Samstag schon vor Eröffnung der Bankenschalter riesige Menschengruppen. Zwei bis drei Stunden mußten viele Bewohner der DDR auf das Begrüßungsgeld warten. Nicht weniger groß war der Andrang an den Wechselstuben, wo der eine oder andere Besucher aus dem anderen Teil der Stadt gar seine ganzen Ersparnisse umtauschte, um mehr Geld für den Einkauf zu haben. Sicher blieb dies die Ausnahme, in der Mehrzahl wurden Beträge von bis zu 1000 Ost-Mark umgetauscht. Das Ost-Mark-Angebot war so groß, daß der Ankaufrats, der sich zunächst am Freitagmittag nach einem drastischen Verfall erholt hatte, wieder auf 8,50 bis 9 DM für 100 Ost-Mark zurückfiel.

Indessen paßten sich nicht nur die Geldinstitute der neuen Situation schnell an. Auch in den meisten Geschäften und Restaurants oder Cafés im Zentrum West-Berlins konnte man in den letzten beiden Tagen mit Ost-Mark zahlen. Üblicherweise wurde ein Wechselkurs von eins zu zehn zugrundegelegt. Ein Bekleidungsfilialist bot sogar an, 70 Prozent des Kaufpreises in D-Mark und die restlichen 30 Prozent in Ost-Mark (im Verhältnis eins zu eins) zu bezahlen. Die Organisatoren hatten alle Hände voll zu tun, um für den nötigen Warennachschub zu sorgen. Besonders schwierig wurde es beim Obst. „Sie kriegen kaum noch Obst in Berlin,“ stellte ein

Lebensmitteleinzelhändler fest. Viele Kaufhäuser reagierten mit Sonderangeboten auf die neue Kundschaft, denn „die meisten Menschen aus der DDR hatten eben nur ihre 100 DM Begrüßungsgeld zum Kaufen“. Sonderaktionen wie kostenloses Parken im Parkhaus sowie Kaffee und Schokolade im Wert von rund einer Million DM, die ein Lebensmittelhändler an den Grenzübergängen verteilte, die Audio- und Videokassetten, die ein Elektro-Fachgeschäft verschenkte, oder das Freibier einer Berliner Brauerei und der kostenlose Kaffee-Ausschank in den Cafés am Kurfürsten-Damm runden das Bild ab.

In den Geschäften waren neben Lebensmitteln technische Artikel und Jeans die größten Verkaufsschlager. Der Walkman für 19,95 DM, Radios ab 50 DM, aber auch Stereoanlagen zu Sonderpreisen von 199 DM waren die Renner. Gleiches galt für Computerzubehör und -software. Nicht weniger zu tun gab es in den Parfümerie- und Spielzeug-Abteilungen, wo sich das Interesse auf technisches Spielzeug konzentrierte. Ein Bekleidungshaus meldete bei Jeans den fast totalen Ausverkauf. In den Sportabteilungen waren in erster Linie Turnschuhe gefragt. Es zeigt sich, daß die Besucher aus der DDR sich zunächst offenbar nur ihre ersten kleinen Wünsche erfüllen.

Geordnetes Chaos in Helmstedt

Die Zwei-Takter aus der DDR bestimmen am Samstag Straßen und Plätze in Helmstedt. Die Grenzstadt ist erster Anlaufpunkt für die Besucher jenseits der Grenze. Vor allem die Menschen, die „im Westen“ keine Verwandten oder Bekannten haben, bevölkern die Stadt. Sie kennen die am Freitagnachmittag von Stadtdirektor Lothar Wien bekenntgebene Erklärung, daß auch am Wochenende die Schalter zur Auszahlung des Begrüßungsgeldes geöffnet sind und die Ladenschließzeiten aufgehoben wurden. Am frühen Samstagmorgen ist das Rathaus in der Fußgängerzone umlagert wie noch nie in der Geschichte der 27 000 Einwohner zählenden Stadt. Rund 10 000 Bewohner aus der DDR werden in der Zeit von 8 Uhr bis 11 Uhr „abgefertigt“ - eine organisatorische Meisterleistung, die den 190 Beschäftigten der Stadtverwaltung Höchstleistungen abverlangt.

Die Gesichter der Besucher aus der DDR, in der Mehrzahl junge Leute aus dem Grenzgebiet, sind müde. Jene, die mittags die Stadt erreichen, berichten von bis zu zehn Stunden Reisezeit. Die Warteschlangen reichten bis Magdeburg und weiter, erzählt ein Mann aus Haldensleben, der direkt von der Nachtschicht kommt und seine Arbeitskleidung noch trägt. Geduldig stellen sie sich in die Reihen vor die fünfzig Begrüßungsgeld-Schalter. Obwohl sie aus dem Fernsehen wissen, was sie erwartet, zeigen die Menschen angesichts des Angebots überfordert. „Hier weiß man nicht, was man kaufen soll“, resigniert ein Familienvater.

Der Einzelhandel in Helmstedt scheint von dem Ansturm überrascht worden zu sein. Schon mittags gibt es keine Apfelsinen mehr. Viele Geschäfte akzeptieren Ost-Mark als Zahlungsmittel. Der Gastwirt neben dem Rathaus, der den Besuchern ein Glas Bier im Kurs von eins zu eins



Mit dem Begrüßungsgeld waren Kosmetika erschwingliche Souvenirs vom ersten West-Besuch seit Jahrzehnten. Foto: Wolfgang Haut

offert, ist allerdings die Ausnahme. Eins zu zehn ist der gängige Wechselkurs in Helmstedt. Der Inhaber einer Apotheke berechnet nur acht Ost-Mark. „Ich will an diesen Menschen nichts verdienen“, sagt er. Den Wunsch nach Barumtausch allerdings muß er abschlagen. Die Stadtverwaltung rechnet bis Mitternacht mit rund 20 000 Besuchern aus der DDR. Für die Auszahlung des Begrüßungsgeldes ist Vorsorge getroffen. Zwei Millionen DM hält Stadtdirektor Wien vor, die gleiche Summe für den heutigen Sonntag. Der Bus-Pendelverkehr zwischen Magdeburg und Helmstedt funktioniert. Mit Haldensleben, 30 Kilometer von Magdeburg entfernt, gebe es ebenfalls Absprachen zur Einrichtung einer Buslinie.

Hof: „Schlangengestehen sind wir schon gewohnt“

Um acht Uhr abends seien sie in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) abgefahren, um halb vier Uhr morgens in Hof angekommen, um sich dann vor dem Rathaus anzustellen, berichtet Silvio N., ein Mit-zwanziger. Mit seinen sieben Reisegefährten war er damit im vorderen Viertel der 400 Meter langen Menschengänge, die sich bis um halb sieben vor dem Rathaus gebildet hatte, als städtische Angestellte begannen, das Begrüßungsgeld auszuhändigen. Die 100 DM müßten für mehrere Fahrten in die Bundesrepublik reichen, meint ein Familienvater. Alle wollen erst einmal das Begrüßungsgeld holen - wer weiß, ob es das noch am Montag gebe.

Auf mehr als 10 000 Bewohner aus der DDR allein in der Stadt Hof wurde am Nachmittag die Besucherzahl geschätzt. Mehr Geld mußte von der Stadtverwaltung beschafft und neue Auszahlungsstellen eingerichtet werden. Gemessen an den ausbezahlten Beträgen hielt sich die Kaufkraft der Besucher aus der DDR am Vormittag in Grenzen.

Am Nachmittag bilden sich dann aber doch Menschentrauben vor und in den Geschäften. Gefragt sind Waren im Preis

von 10 bis 40 DM. Kaffee, Parfümeriewaren, billige Digitaluhren, Fernseh- und Jugendzeitschriften, Feuerzeuge finden reißenden Absatz. Die Spielwarenabteilung eines großen Warenhauses ist brechend voll von Familien mit Kindern, die diese Traumwelt anschauen und nicht verstehen, daß sie nicht alles bekommen können. Knapp ist das Wechselgeld gerade in Läden für Schokolade und Süßigkeiten. Am Samstag nachmittag öffnen drei Banken, um Geld zu wechseln - im Verhältnis von zehn Ost-Mark zu einer D-Mark. Als einziges Warenhaus der Stadt tauschte der Kaufhof zwischen 300 000 und 500 000 Ost-Mark in D-Mark um. Nicht auf den Ansturm aus der DDR eingestellt sind auch die Supermärkte und Lebensmittelgeschäfte. Bananen sind nachmittags nur noch in zwei Feinkostläden erhältlich. Ananaswürfel in Dosen, Orangen oder Kiwi sind ebenfalls vielerorts ausverkauft.

In Lübeck mehr Dänen-Kronen als Ost-Mark in der Kasse

Die Hansestadt Lübeck, nur wenige Kilometer entfernt vom Grenzübergang Schlutup nach Mecklenburg, wurde von einem bis in die späten Nachtstunden des Samstag nicht abreißen Besucherstrom erfaßt. Das Ausmaß war so unerwartet, daß die Behörden sich schon am Samstag-

morgen von Kaufhäusern und Banken genügend Bares für das Begrüßungsgeld leihen mußten. Am Samstagmittag waren rund 14 000 Besucher aus der DDR gezählt worden. Am Nachmittag trafen in der Stadt weitere mehrere tausend Besucher mit Sonderzügen ein. Die ganze Stadt war, wie Beobachter berichten, in „euphorischer Stimmung“. Die Kaufhäuser hatten die ersten Hunderte von Ankömmlingen schon am Freitagmorgen mit kostenlosem Frühstück bewirtet; sie hatten Parkflächen kostenlos zur Verfügung gestellt, die Feuerwehr schenkte auch Kaffee und wärmen-den Punsch aus und verteilte Süßfrüchte.

Bananen und Apfelsinen gehörten auch zu den ersten Spontankäufen der Besucher. Die Geschäfte berichten über starken, so noch nie erlebten Andrang. Gekauft wurden von den Besuchern aus der DDR vor allem Jeans und Kinderbekleidung in niedrigeren Preisklassen, kleine Taschenrechner und Transistorradios, Spielzeug und preiswerte Sportschuhe. Gekauft wurden auch Fachzeitschriften in den Computerabteilungen; hier war besonders Prospektmaterial begehrt. Umgetauscht wurden Ost-Mark in den Lübecker Kaufhäusern im Verhältnis eins zu zehn. Bis zum Mittag hatten davon nicht viele Besucher Gebrauch gemacht. Im Einzelhandel hieß es: „Wir haben mehr Dänen-Kronen in unseren Kassen als Ost-Mark.“

Von Trabi bis Zwangsbelegung

Aral bietet Trabi-Sprit an allen 3000 Tankstellen an. Die Trabi- und Wartburgfahrer sollen außerdem an der Grenze mit technischen Informationen und Karten versorgt werden. AP Benzinrechnungen an Autobahn-Tankstellen müssen Besucher aus der DDR zunächst nicht bar bezahlen. Noch ist unklar, ob der Bund die Rechnungen übernehmen wird oder ob sie den Bewohnern der DDR zugeschickt werden. AFP Mitgebrachte Trabis sollten Übersiedler in die DDR zurückverkaufen, hat der FDP-Bundestagsabgeordnete Josef Grünbeck vorgeschlagen. Schließlich seien die Wagen in der DDR Mangelware. hal. Der Einsatz zusätzlicher Züge zwischen der DDR und der Bundesrepublik hat der Vorsitzende der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED), Rudi Schäfer, gefordert. noa. Der Vorstand von Reemtsma, Getränke- und Tabakkonzern, will am 19. und 20. November in Dresden und Ost-Berlin Gespräche über Investitionen in der DDR führen. AP Die Woolworth-Kaufhaus-Aktien haben an der New Yorker Aktienbörse am Freitag deutlich angezogen. In Amerika wurde gemeldet, die Woolworth-Häuser in West-Berlin seien voll von Kunden aus der DDR. vwd

Eine Währungsreform in der DDR hält der Dresdner Wirtschaftswissenschaftler Fritz Heinrich „mittelfristig“ zur Abschöpfung

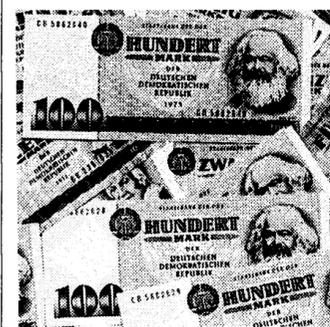


Foto Kristina Eriksson

der nicht zu befriedigenden Kaufkraft für notwendig. dpa/vwd Zwangsbelegungen leerstehender Wohnungen hält der rheinland-pfälzische FDP-Vorsitzende, Rainer Brüderle, zur Unterbringung von Übersiedlern für denkbar, wenn die übrigen Kapazitäten erschöpft seien. vwd

Amerika reagiert mit Enthusiasmus, Überraschung und Sorge

Rätselraten über die kurz- und langfristigen wirtschaftlichen Folgen / Spontane Hilfsbereitschaft

Aus New York berichtet unser Korrespondent Benedikt Fehr

NEW YORK. 11. November. Die amerikanische Öffentlichkeit und vor allem die hiesige deutsche Kolonie nimmt an den Ereignissen in Deutschland lebhaften Anteil. Zeitungen und Fernsehen berichten fortlaufend in großer Aufmachung. Die bewegenden Bilder aus Berlin rühren die Amerikaner an, die sich seit jeher mit dem Drang nach Freiheit und Demokratie identifizieren. Doch werden in Gesprächen nicht nur Freude und Sympathie zum Ausdruck gebracht, sondern auch skeptische Fragen über die kurz- und langfristigen Folgen gestellt. Am New Yorker Aktienmarkt stieg das Kursniveau um 22 auf 2626 Punkte, was gelegentlich auf die Entwicklung in Deutschland zurückgeführt wurde.

Der Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in New York, Leopold von Bredow, berichtete von einigen Dutzend Anfragen amerikanischer Bürger. Viele hätten spontan gefragt „Wie können wir helfen?“. Manche hätten angeboten, Geld für die Flüchtlinge zu überweisen, manche Arbeitsplätze offeriert. Werner Walbröl, der Geschäftsführer der deutsch-amerikanischen Handelskammer in New York, berichtete von mehreren Bitten um nähere Auskünfte und Lageeinschätzungen. Ob der Zustrom der Flüchtlinge lebendiger oder belastender wirken werde, sei immer wieder gefragt worden. Laut Winfried Spaeh, dem Geschäftsführer der New Yorker Filiale der Dresdner Bank, war die Öffnung der innerdeutschen Grenze schon am Donnerstag bei einer Abendgesellschaft das Tagesgespräch. Viele Amerikaner fragten besorgt, ob sich die Bindung der Bundesrepublik an den Westen lockern werde. Ein wiedervereinigtes Deutschland werde vielfach als ein Risikofaktor gesehen. Doch sahen amerikanische Unternehmer ihre Investitionen in der Bundesrepublik derzeit nicht als gefährdet an; vielmehr betrachte man sie eher als gute Ausgangsbasis für Ostgeschäfte.

Kurt Viermetz vom Führungstab der renommierten Bank „Morgan Guaranty Trust“ erklärte den Rückgang der D-Mark gegenüber dem Dollar mit der momentanen Unsicherheit. An den Finanzmärkten versuche man zum Beispiel abzuwägen, welche Folgen der Zustrom der Flüchtlinge habe. So könne die zusätzliche Nachfrage

nach Konsumgütern und Wohnraum inflationär wirken; eine Erhöhung des Etatdefizits zur Finanzierung von Sozialleistungen könne den Zins treiben. Andererseits könne das zusätzliche Angebot von Arbeitskräften auf die Löhne drücken. Ferner frage man sich, was die Entwicklung im Osten für den europäischen Einigungsprozess, für die Stellung Deutschlands in Europa bedeute.

Über den Einfluß der deutschen Ereignisse auf den amerikanischen Aktienmarkt gingen die Meinungen auseinander. Einige Stimmen meinten, die Aussicht auf zusätzliche Geschäfte habe stimuliert. Laut Mario Keller, der für die Deutsche Bank das Aktiengeschäft in New York leitet, war der „deutsche Faktor“ für die Wall Street am Freitag aber allenfalls von begrenzter Bedeutung. Zwar sehe man hier durchaus, daß die Entspannung auch Amerika nutze, doch habe das bei den Anlage-Entschi-

dungen bislang noch keine direkte Rolle gespielt. Für Michael Fischer, den Vorstand der Hornblower Fischer AG in New York, war nur der kräftige Kursgewinn der Woolworth-Aktie unmittelbar auf „den deutschen Faktor“ zurückzuführen; eine Nachrichtenagentur hatte einen „Käuferansturm“ auf Filialen der Kaufhauskette in Deutschland gemeldet. Die Aktie stieg um 3 1/4 auf 60 7/8 Dollar.

Alle befragten Finanzinstitute in New York berichteten allerdings von lebhafter Nachfrage nach deutschen Aktien. Der „Germany Fund“, ein amerikanischer Investmentfonds, der in deutsche Aktien investiert, verteuerte sich um 2 3/4 auf 13 1/2 Dollar. Hinsichtlich der weiteren Entwicklung legten viele Händler aber Skepsis an den Tag. Dem „Rausch“ am Frankfurter Aktienmarkt könne schon bald Ernüchterung folgen, hieß es.

Britische Zulieferer sehen Exportchancen

Die D-Mark gerät unter Druck / Verteidigungswerte nachgebend

Von unserem Londoner Korrespondenten Jochen Rudolph

LONDON. 11. November. In der britischen Wirtschaft werden die Vorgänge in Deutschland aufmerksam beobachtet. Niemand hat zwar eine Vorstellung davon, welche wirtschaftliche Folgen die Öffnung der innerdeutschen Grenze und ein womöglich noch stärkerer Zustrom von Flüchtlingen haben wird. Aber erwartet wird offenbar, daß der Umsatz von Konsumgütern und Material für den Wohnungsbau kräftig zunehmen wird und auch mehr Güter in die Bundesrepublik importiert werden. Vieles davon wird aus dem öffentlichen Haushalt finanziert werden.

Die D-Mark ist am Freitag auf dem Devisenmarkt unter Druck geraten. In London wurde ein Rückgang der DM-Kurse gegenüber dem Pfund, der dänischen Krone, der Lira und dem Yen registriert. Obwohl die britische Währung sich gegenüber Dollar und Yen schwach zeigte, festigte sie sich gegenüber der deutschen Währung bei ruhigem Geschäft um einen halben Pfennig auf 2,9375 DM.

An der Aktienbörse hat die bescheidene Hausse bei Aktien von Baumaterialien und

Glas zum Wochenschluß nicht angehalten. Sie war ausgelöst worden von der Erwartung, daß das neue Wohnungsbauprogramm der Bundesregierung auch für britische Hersteller ein Zusatzgeschäft bringen würde, besonders für Unternehmen mit Tochtergesellschaften auf dem Kontinent oder gar in der Bundesrepublik. Dies hatte die Kurse des Ziegelproduzenten Redland, des Herstellers von Gipsplatten BPP, des Herstellers von Fertigbeton Readymix und des Glaskonzerns Pilkington (mit der Tochtergesellschaft Flachglas AG in der Bundesrepublik) hinaufgetrieben. Immerhin haben diese Aktien über die Woche ein einiges ihrer Kursgewinne behauptet, Pilkington sogar 11 Prozent.

Britische Verteidigungswerte haben unter der allgemeinen Friedensstimmung gelitten. Man glaubte, daß einige der großen europäischen Entwicklungs- und Bauvorhaben, darunter der Europäische Jäger, gefährdet sein könnten. So blühten zum Beispiel bei sonst steigenden Aktienkursen Rolls-Royce-Triebwerke, British Aerospace und Vickers fast zwei Prozent ein.

Gehören Sie auch zu den Menschen, die es sich sonntags gerne mal gemütlich machen?



Für alle, die mit wenig Zeit einen langen Genuß haben wollen. Kommen Sie zu Mövenpick. Am Opernplatz oder ganz neu im Parkhotel. Das ausgedehnte Vergnügen erwartet Sie von früh bis Mitternacht.

MÖVENPICK RESTAURANTS

an der Alten Oper im Parkhotel
Opernplatz, Tel. 069/20680 Wiesenhüttenplatz 28-38, Tel. 069/2697-8850



Novum auf der Eisschnellbahn von Frankfurt: Olympiasieger Uwe-Jens Mey aus Ost-Berlin.

Foto Mirko Krizanovic

Tauwetter am 11. 11.: Der Mey ist gekommen Eisschnellaufstar aus der DDR auf Stippvisite am Main

FRANKFURT. „Der Mey ist gekommen.“ Am Rande der Frankfurter 400-Meter-Eisbahn wurde die Kunde verbreitet, als wäre nun endlich der Mai gekommen. Tauwetter am 11.11. Eisschnellauf-Olympiasieger Uwe-Jens Mey aus Ost-Berlin war via Inzell und München nach Frankfurt geflogen; der erste Sportler, der ohne die Prozedur der deutsch-deutschen Kalendergespräche sich kurzfristig entschlossen hatte, mal eben in Frankfurt zu starten.

„Olympischer Tag“ nennt sich diese Veranstaltung am Main, alljährlicher Auftakt der Saison, noch ehe die offizielle Saisonöffnung in Inzell steigt. Das olympische Motto, Dabei ist alles, hatte am Samstag in Frankfurt seinen besonderen Klang. Acht Jahre lang hatte der dortige Organisator, Apotheker Horst Klehr aus Mainz, die DDR-Läufer eingeladen und sich jeweils eine Absage geholt. In diesem Jahr, bei der neunten Auflage des Wettbewerbs, hatte sich Klehr die eine Mark Porto für die Ausschreibung gespart – vergleichbare Liebesmühseligkeiten der Quotenregelung in der Vergangenheit.

Aber mit feiner Nase für den Sturm der Veränderung hat Klehr am Dienstagabend um 22 Uhr zum Telefonhörer gegriffen und Horst Brisemeister, den Generalsekretär

des Deutschen Eisslaufverbandes der DDR, angerufen, ob denn jetzt, wo doch so Vieles möglich sei, nicht auch ein Abstecher nach Frankfurt in Frage käme. Die Antwort hat Brisemeister dem Olympiasieger und dessen Trainer Joachim Franke überlassen. Statt im momentanen Trainingslager Inzell wurden sie nach Frankfurt geschickt. Prompt gewann Sprinter Mey die 500-Meter-Distanz mit Bahnrekord in 38,28 Sekunden (vorher 38,88) vor dem Österreicher Michael Hadschieff (40,34).

Nichts ist mehr, wie es vorher war. Die sowjetische Eisschnellauf-Nationalmannschaft hat momentan ihr Trainingslager in Ost-Berlin, die DDR das ihrige in Bayern, die der Bundesrepublik wird im nächsten August ihr Trainingsquartier in Ost-Berlin aufschlagen. „Das Tempo der Entwicklung ist rasant“, gab Franke zu verstehen, war aber demonstrativ um Gelassenheit bemüht: „Als Sprinttrainer überrascht mich das nicht so.“ Er, ein Lausitzer, der in Ost-Berlin arbeitet, kam zwangsläufig auf die Fernsehbilder aus Berlin zu sprechen. „Ein schönes Kapitel der Geschichte. Sagen wir mal so – eine gute Entscheidung der Regierung. Es geht darum, Menschen zu gewinnen, die in eine neue Richtung

streben.“ Er sprach von Emotionen und von der Realität, da müsse man abwarten. Als traue er den Realitäten nicht so recht, rief er, sich bei Uwe-Jens auf sportliche Fragen zu beschränken. Doch als der Trainer aus Ost-Berlin mit Uwe Gebauer, dem Betreuer der West-Berliner zusammenstand, ging es um diese Zeit und nicht um die Zeiten der Läufer.

Um 2 Uhr nachts hatte die Reise der Eisschnellauf-Delegation Berliner Schlittschuhclubs (BSC) begonnen, im Pulk von DDR-KW haben sie den Grenzkontrollpunkt Herleshäusen um 8 Uhr erreicht, um 11.30 Uhr waren sie in Frankfurt. „Wir sind ja Nachbarn“, sagte Gebauer mit Blick auf den Olympiasieger, der keine Scheu hatte, jede Frage zu beantworten. Es muß nicht immer Sport sein. Seine Situation sei eben nicht vergleichbar mit der anderer, weil er immer internationale Kontakte gehabt habe. „Es ist vielleicht 'ne falsche Vorstellung, wenn man sich ein Weltbild machen soll, wenn man sich keines machen kann.“ Eine Ehrenklärung für viele, die das jetzt nachholen. Zum Abschied erhielt Uwe-Jens neben einem Pokal auch noch ein Präsent, im Karton verpackt; ein Fernglas. Für die neuen, schönen Aussichten? HANS-JOACHIM LEYENBERG

Daume: Gute Chancen für Olympia in Berlin

FRANKFURT (dpa). „Wirkliche Chancen für Olympische Spiele in ganz Berlin“ sieht der Präsident des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland (NOK), Willi Daume. Der Sportführer sagte am Samstag im „Deutschlandfunk“ unter Hinweis auf die politischen Umwälzungen in der DDR: „Chancen waren immer da. Ich bin kein Träumer, sonst hätte ich diese Idee nicht in die Welt gesetzt.“ Daume erinnerte daran, daß sich auch der amerikanische Präsident George Bush für die Bewerbung von ganz Berlin ausgesprochen hatte: „Wir stehen nicht alleine da.“ Der NOK-Präsident sieht eine realistische Bewerbungschance für das Jahr 2004 und meinte, das Internationale Olympische Komitee wäre gut beraten, diesen beispiellosen Akt der Friedenssicherung und der Völkerverständigung durch die olympische Bewegung zu unterstützen.

DDR-Leichtathleten sollen eine Million Dollar bringen

OST-BERLIN (sid). Dr. Heinz Kadow, der Generalsekretär des Leichtathletik-Verbandes der DDR, hat angekündigt, daß die Leichtathleten der DDR an allen 18 Grand-Prix-Meetings in Europa teilnehmen werden. Der Funktionär rechnet damit, daß allein die Leichtathleten dem Deutschen Turn- und Sportbund der DDR mindestens eine Million Mark Dollar einbringen. „Wir sind für eine stärkere Übereinstimmung von leistungssportlicher, politischer und ökonomischer Absicht“, erklärte Kadow in einem Interview mit der in Ost-Berlin erscheinenden FDJ-Zeitung „Junge Welt“. Er vertrat die Ansicht, daß DDR-Athleten bei internationalen Sportfesten wie dem von Zürich „einfach nicht fehlen dürfen“.

Ergebnisse und Tabellen

DFB-Pokal

Achtelfinale

VfL Osnabrück - Karlsruher SC 3:2
 Kick. Offenbach - Bor. Mönchengladbach n.V. 1:0
 1. FC Pforzheim - Fortuna Düsseldorf 1:3
 MSV Duisburg - Darmstadt 98 4:1
 Schweinfurt 05 - Eintr. Braunschweig 0:2

Viertelfinal-Auslosung

Kickers Offenbach - MSV Duisburg
 Werder Bremen - VfB Stuttgart
 Eintracht Braunschweig - VfL Osnabrück
 1. FC Kaiserslautern - Fortuna Düsseldorf

Zweite Bundesliga

Schalke 04 - BW 90 Berlin 2:0
 Hannover 96 - SC Freiburg 0:0
 Preußen Münster - 1. FC Saarbrücken 0:0
 Stuttgarter Kickers - Rot-Weiß Essen 4:1
 SV Meppen - SpVgg Unterhaching 3:1
 Hertha BSC - Wattenscheid 09 1:1

Tabelle: 1. Saarbrücken 32:11 Tore/24:10 Pkt., 2. Wattenscheid 33:19/24:10, 3. Braunschweig 32:13/23:9, 4. Hertha BSC 24:20/23:11, 5. Stuttgart 31:22/22:12, 6. Freiburg 30:26/19:15, 7. Schalke 30:24/18:16, 8. Osnabrück 32:33/17:15, 9. Blau-Weiß Berlin 24:18/18:10, 10. Duisburg 23:27/15:17, 11. Hannover 22:19/15:19, 12. Münster 18:28/15:19, 13. Unterhaching 18:24/14:20, 14. Meppen 15:23/14:20, 15. Darmstadt 21:30/14:20, 16. Köln 19:28/14:20, 17. Aachen 28:27/13:21, 18. Essen 18:23/13:21, 19. Bayreuth 25:28/12:20, 20. Kassel 13:38/11:23.

Oberliga Hessen

TSV Battenberg - Viktoria Sindlingen 2:2
 Rot-Weiß Waldorf - SpVgg. Bad Homburg 0:2
 KSV Baunatal - VfR Bürstadt 1:2
 SV Wiesbaden - SG Bad Soden/Ahl 0:2
 Vikt. Aschaffenburg - FSV Frankfurt 1:1

Länderspiel

Italien - Algerien 1:0

Dank der Hertha-Fans aus Ost-Berlin 60 000 Zuschauer Im Olympiastadion hieß es dann: Tore auf bei freiem Eintritt

BERLIN. Hertha BSC Berlin bleibt nach einem 1:1 gegen die SG Wattenscheid 09 als einzige Mannschaft der Zweiten Fußball-Bundesliga zu Hause ungeschlagen. 60 000 Zuschauer, darunter sehr viele Besucher aus der DDR, die zum Teil ohne Eintrittskarten eingelassen wurden, sahen das Spitzenspiel im Olympiastadion. 15 000 Zuschauer hatten die Karten abgeholt, die das Automobilunternehmen Nissan „gesponsert“ hat. Den verdienten Führungstreffer für die Gäste erzielte Bach in der 43. Minute. Kretschmer gelang zum Jubel der Zuschauer in der 63. Minute der Ausgleich. Daß es nur einen Teilerfolg gab, konnte die freudige Stimmung der wieder vereinten Fans aus Ost- und West-Berlin an diesem Tage nicht trüben.

Vor 28 Jahren hatte die Berliner Mauer auch die Fangemeinde des Traditionsclubs Hertha BSC Berlin zerrissen. Während drei Viertel in den Ost-Berliner Arbeiterbezirken Prehlauer Berg und Mitte in den Union-Fanklubs ihrer „alten Dame Hertha“ die Treue hielten, blieben in dem West-Berliner Ortsteil Gesundbrunnen und im gesamten Bezirk Wedding nur einige tausend „Hertha-Frösche“ zurück.

Seit Freitag, dem 9. November 1989, als die Mauer durchlässig wurde, sind alle

Berliner Hertha-Fans wieder vereint. Aus den Stammkneipen rund um die sogenannte Plumpe, den alten, heute nicht mehr existenten Hertha-Vereinsplatz, sind seit Freitagabend wieder die traditionellen Schlachtgesänge zu hören.

„Und am Wochenende endlich wieder Hertha seh'n“, sagte Stefan aus dem Ostteil der Stadt, der sein altes Trikot aus den sechziger Jahren übergezogen hatte und über die Grenzanlagen an der Wedding Chausseestraße „einfach rübergestiegen“ war. „Erst mal Wattenscheid schlagen, dann feiern und am Sonntag zurück zum Prenzelberg. Ick muß ja wieder uff Arbeit“, hatte er vor dem Anpfiff gesagt.

So wie Stefan kamen zahlreiche Hertha-Fans in den Westteil der Stadt. Mit dem Begrüßungsgeld von 100 Mark West in der Tasche waren sie dann zum alten Hertha-Platz gepilgert. Dort, wo Hertha BSC zwischen 1926 und 1931 mit sechs Teilnahmen am Endspiel um die deutsche Meisterschaft und zwei Titeln 1930 und 1931 Fußballgeschichte geschrieben hat, ragt heute ein Wohnsilo in den Himmel.

Die „vereinigten Frösche“ pumpeten ihr Bargeld in Form von Gerstensaft zurück in die West-Berliner Wirtschaft. Und an

der Plumpe hatten sie Glück: Der alte Stammwirt aus der Zeit von 1961 und davor stand immer noch am Zapfhahn und schenkte Bier zum Wechselkurs von 1:1 aus.

Vor dem Meisterschaftsspiel der Zweiten Fußball-Bundesliga gegen Wattenscheid 09 ergingen seit dem Samstagvormittag Auftrufe des Senders Freies Berlin an alle Besucher des Spieles. Vor den überfüllten Parkplätzen am Olympiastadion wurde gewarnt und gebeten, die öffentlichen Verkehrsmittel zu benutzen. Spontan ließen Hunderte ihre „Trabis“ und Wartbusse am Straßenrand stehen. Leider auf den gerade vom Berliner Senat eingerichteten Busspuren. Die Folge: Das Verkehrschaos in der Innenstadt wurde noch schlimmer.

Bei Kassenöffnung um 14 Uhr standen bereits lange Schlangen vor den vier Freikarten-Kassen. Die 10 000 Tickets gingen, so Hertha-Manager Horst Wohler sagte, „weg wie warme Semmeln“. Kurz vor dem Anpfiff hieß die Parole: „Tore auf bei freiem Eintritt.“ Im Olympiastadion selbst dann „Endspieltimmung“, Hertha BSC war wieder Mittelpunkt wie lange nicht mehr. sid.

Pokalschlager im Viertelfinale:

Werder Bremen gegen VfB Stuttgart Kickers Offenbach trifft auf den MSV Duisburg

FRANKFURT (sid/re). Nach den Niederlagen des Karlsruher SC beim Zweitliga-Klub VfL Osnabrück (2:3) und von Borussia Mönchengladbach auf dem Bieberer Berg beim Oberliga-Verein Kickers Offenbach (0:1) sind im Viertelfinale am 12. und 13. Dezember unter den letzten acht Mannschaften nur noch vier Bundesliga-Vereine dabei: der VfB Stuttgart, der 1. FC Kaiserslautern, Werder Bremen und Fortuna Düsseldorf.

Im Viertelfinale kommt es zum Schlagspiel Bremen gegen Stuttgart. Das zweite Bundesliga-Duell heißt Kaiserslautern gegen Düsseldorf. In der Partie zwischen Eintracht Braunschweig und VfL Osnabrück stehen sich die zwei norddeutschen Zweitliga-Vertreter gegenüber. Offenbach spielt auf dem Bieberer Berg gegen den MSV Duisburg.

Erstmals in seiner Vereinsgeschichte hat der VfL Osnabrück das Pokal-Viertelfinale erreicht. „Mann des Tages“ war Mittelfeldspieler Frank Schulz (früher Eintracht Frankfurt), der in der 42. Minute per Kopfball für den Ausgleich sorgte und außerdem in der 64. und 66. Minute zwei Foulelfmeter einharrte für

den Karlsruher Torhüter Famulla verwandelte. 18 000 Zuschauer sahen an der „Bremer Brücke“ eine Partie, die sich nach schwacher erster Halbzeit in der zweiten Hälfte zu einem packenden Pokal-Kampf entwickelte. Die Osnabrücker erarbeiteten sich durch enormen Kampfesgeist deutliche Feldvorteile, die fast zwangsläufig zu Tor Gelegenheiten und zu den beiden Strafstößen führten.

Auch in Pforzheim lag eine Pokal-Überraschung in der Luft. Doch der baden-württembergische Oberliga-Klub 1. FC Pforzheim, der die Partie weitgehend bestimmt hatte, unterlag schließlich dem Bundesliga-Verein Fortuna Düsseldorf mit 1:3. Vor 8500 Zuschauern im ausverkauften Pforzheimer Stadion sorgten Michael Schütz (67. Minute), Pavel Chaloupka (74.) und Dirk Krümpelmann (87.) mit ihren Treffern für den Erfolg der Rheinländer.

Der MSV Duisburg steht als einziger Ruhrgebietsklub im Viertelfinale. Im Zweitliga-Duell gegen den krisengeschüttelten SV Darmstadt 98 gewann der Aufsteiger hochverdient mit 4:1.

Mönchengladbach beim 0:1 zwei Stunden lang vorgeführt

Kickers träumen vom Pokalfinale in Berlin

OFFENBACH. Kickers Offenbach hat als einziger Oberliga-Vertreter das Viertelfinale um den deutschen Vereispokal (12. oder 13. Dezember) erreicht. Jugendnationalspieler Christian Wörms löste dem Tabellenführer der Oberliga Hessen am Samstagabend den MSV Duisburg als nächsten Gegner zu. Am Freitagabend hatte Offenbach vor 28 000 begeisterten Zuschauern den Bundesliga-Tabellenletzten Borussia Mönchengladbach nach Verlängerung durch ein Tor des jugoslawischen Mittelfeldspielers Mirza Kapetanovic in der 99. Spielminute mit 1:0 verdient bezwungen. Während Mönchengladbachs Trainer Wolf Werner nun seine Entlassung befürchten muß, die rühmreiche Borussia in sich zerstritten ist und Torwart Uwe Kamps offen zugab, „daß wir 120 Minuten lang vorgeführt worden sind“, träumt Offenbach schon von der Teilnahme am deutschen Fußball-Pokalfinale im Mai 1990 in Berlin. So selbstbewußt, wie Präsident Peter Schulze schon vor dem Spiel gegen Mönchengladbach den Oberligisten zum Favoriten erklärt hatte, so selbstsicher hielt er auch nach dem Sieg über den eigentlichen Favoriten fest: „Ich gehe davon aus, daß dies nicht unser vorletztes Pokalspiel war.“ Offenbach, 1970 durch einen 2:1-Endspielsieg über den 1. FC Köln, als erster und bis heute einziger Zweitligist als Cupgewinner in die Pokalgeschichte eingegangen, rechnet sich bereits Chancen aus, 20 Jahre später als erster Oberligavertreter in einem Pokalfinale zu stehen.

„Wir sehen uns wieder in der Zweiten Liga“, verhöhte das begeisterungsfähige Offenbacher Publikum am Freitag die Mönchengladbacher. Von „italienischen Verhältnissen“ auf dem Bieberer Berg

sprach Schulze. Für Offenbachs Fußball-Idol Hermann Nuber gibt es eine fachliche Erklärung, warum sich die Kickers gegen Bundesliga-Vereine besser in Szene setzen als im Oberliga-Alltag. „In unserem Kader stehen ausnahmslos erfahrene Profifußballer, die Kickers haben eine Zweitliga-Mannschaft. Mit der Manndeckung tun sich die Spieler in der Oberliga schwer, die Raumdeckung der Bundesligaverereine kommt ihnen entgegen.“ Zwei Spieler legten den Grundstein für den Erfolg. Verteidiger Stefan Schummer ließ Gladbachs neuen Star aus der Sowjetunion, Igor Belanow, nicht zur Entfaltung kommen. In der vorangegangenen Pokalrunde hatte Schummer bereits Uderdingsen dänischer Stürmerstar Brian Laudrup abgemeldet. Der Pole Peter Cyrus setzte sich nicht nur gegen Mönchengladbachs Spielmacher Stefan Effenberg durch, er trieb auch in technisch brillanter Weise mit Mirza Kapetanovic und Christos Figas über die linke Seite das Spiel voran. Dieses Trio hielt mit seinen Kabiniestücken die Bundesligastars bisweilen sogar zum Narren.

Offenbach, das nach der Lizenzverweigerung durch den DFB im Sommer in die Oberliga zwangsversetzt worden ist, arbeitet auch im Amateurbereich unter Profiführungen weiter. Die Rückkehr in die Zweite Liga im Sommer 1990 ist ein wirtschaftlicher Zwang, der Pokal nur ein Intermezzo im Oberliga-Alltag. Nach Mönchengladbach kommt nächste Woche Viktoria Sindlingen, und vor dem Punktspiel haben die Kickers große Bedenken, denn in der Oberliga müssen sie sich wieder mit der Manndeckung auseinandersetzen. RAINER FRANZKE

Sport in Kürze

- 17.9. Uhlenhorst Mülheim - Münchner SC 14:6, HC Heidelberg - Limburger HC 9:9.
- Handball.** IHF-Pokal, Achtelfinale, Rückspiel: Skif Krasnodar - TURU Düsseldorf 18:15 (Hinspiel: 22:22) - Krasnodar im Viertelfinale. Bundesliga, Frauen: Grün-Weiß Frankfurt - Buxtehuder SV 27:25.
- Volleyball.** Europopokal der Landesmeister, Damen, 1. Runde, Rückspiel: CJD Feuerbach - Ezzachbach Rendsburg 3:0 (Hinspiel: 3:1 - Feuerbach in der 2. Runde).
- Tischtennis.** Bundesliga Herren, 7. Spieltag: Spvg. Steinhausen - TSV Heilbronn-Sontheim 9:2. Damen, 6. Spieltag: DSC Kaisersberg - Spvgg. Steinhausen 1:8, FC Langweid - RW Klettham-Erding 8:4.
- Eishockey.** Bundesliga vom 8. Spieltag: EC Hedos München - SB Rosenheim 3:4. Zweite Bundesliga, Gruppe Nord: 1. EHC Hamburg - VfL Bad Nauheim 4:4.
- Ringen.** Bundesliga, Gruppe West: TKSV Bonn-Duisdorf - TuS Aldenhoven 13:5,23:5.
- Rollhockey.** deutsche Meisterschaft, Play-off-Halbfinal-Hinspiele: RSC Darmstadt - RSC Cronenberg 6:9, GRSC Mönchengladbach - RESG Walsum 4:5.
- Billard.** Weltcup in Antwerpen, Dreiband, Achtelfinale: Dieis (Belgien) - Müller (Berlin) 3:1.
- Bob.** Zweier-Weltcup, Auftakt in Altenberg/DDR (Endstand nach vier Läufen): 1. Hoppe/Musil (DDR II) 3:52,36 Min. (57,86 + 58,89 + 57,87 + 58,15 Sek.), 2. Scheibitz/Hieber (Essen/Winterberg) 3:53,48 (58,15 + 58,78 + 58,12 + 58,43), 3. Czudaj/Szeziel (DDR I) 3:54,77 (58,63 + 59,21 + 58,4 + 58,53)... 11. Hinz/Reisch (beide Michelstadt) 3:57,62 (59,27 + 59,71 + 59,33 + 59,31).
- Eilferwette:** 2, 1, 2, 1, 0, 0, 1, 0, 1, 1, 1.
- Ohne Visa** können Fußballfreunde aus der DDR zum WM-Qualifikationsspiel ihrer Mannschaft gegen Österreich am Mittwoch nach Wien reisen. Die österreichische Regierung hat für zwei Tage die Visumpflicht für Einwohner der DDR aufgehoben.
- Franz Beckenbauer** hat am Samstag alle Spekulationen um eine Rückkehr des Torhüters der Frankfurter Eintracht, Uli Stein, in die deutsche Fußball-Nationalmannschaft beendet. „Es gibt bei uns keine Torwart-Frage. Nach seinen Leistungen ist Bodo Illgner zu Recht die Nummer eins“, sagte der Teamchef in der Sportschule Hennes, wo sich die Nationalmannschaft auf die entscheidende Weltmeisterschafts-Qualifikationsbegegnung mit Wales am Mittwoch in Köln vorbereiten.
- Das schwedische Tennis-Aufgebot** für das Davis-Cup-Finale gegen Titelverteidiger Deutschland vom 15. bis 17. Dezember in Stuttgart steht fest: Im Einzel sollen Stefan Edberg und Mats Wilander spielen, im Doppel Jan Gunnarsson und Anders Järryd.
- Tennis.** Grand-Prix-Turnier der Herren in Stockholm (1,025 Millionen Dollar), Einzel, Viertelfinale: Gustafsson (Schweden) - Agassi (USA) 6:2, 7:6. Wilander - Gunnarsson (beide Schweden) 6:3, 6:0. Lendl (CSSR) - Mayotte (USA) 6:2, 6:2, Edberg (Schweden) - Courier (USA) 3:6, 6:3, 6:4. - Halbfinale: Gustafsson - Wilander 7:6, 6:4. Grand-Prix-Turnier der Herren in London (517 500 Dollar), Einzel, Viertelfinale: Forget (Frankreich) - Seguso (USA) 7:5, 6:3. McEnroe (USA) - Mecir (CSSR) 2:6, 6:4, 6:3. Chang (USA) - Tschesnokow (UdSSR) 6:3, 6:4, Masur (Australien) - Gilbert (USA) 7:6 (7:5), 3:6, 6:3. - Halbfinale: Forget - McEnroe 6:4, 7:6.
- Hockey.** Hallen-Bundesliga Herren, 1. Spieltag, Gruppe Süd: TG Frankenthal - SC 1880 Frankfurt

main radio: jetzt auch faxstark!

Ab sofort gibt es in Frankfurt eine neue, erstklassige Adresse für Faxgeräte: **main radio, Kaiserstraße 40.** Mit wirklich fachkundiger Beratung, beispielhaftem Service und günstigen Preisen.

Der Faxknüller: NEFAX-2 von NEC!

- 100 Rufnummernspeicher und 5 Zielwahltasten
- Wahlwiederholung
- Zeitversetztes Senden und Empfangen
- 16 Graustufen und Doppel-druckverfahren
- Timer-Programmierung
- 50 m Thermopapierrolle
- main radio-fax-und-tele-Preis (incl. Anlieferung u. Anschluss)

2430,-

2131,60 + 14% MwSt. = 2430,- DM



NEFAX 3 EX von NEC

- 100 Rufnummernspeicher mit 5 Zielwahltasten
- Wahlwiederholung und zeitversetztes Senden und Empfangen zum Billigtarif
- 16 Graustufen und Doppel-druckverfahren für höchste Qualität auch bei Fotos und Illustrationen
- B4-Vorlagen und Verkleinerung
- automatischer Papierschnitt
- Bestätigungsstempel für gesendete Faxvorlagen

Monatliche Leasingrate 55,-

64 Monate, VA durch unsere Vermittlung



NEFAX 400 von NEC

- Super-Feinauflösung
- A3-Vorlagen und Verkleinerung
- 4 Programmstufen
- 1,6 Mbit Sendespeicher für 8 Seiten, aufrüstbar bis 88 Seiten
- automatische Fehlerkorrektur während der Übertragung
- 100 Rufnummernspeicher mit 16 Zielwahltasten
- 100-m-Rolle

100,-

NEFAX 63 von NEC

- (ohne Abb.) wie NEFAX 400, doch zusätzlich mit:
- 200 Rufnummernspeicher
 - 80 Seiten Sendespeicher
 - offene Dateien
 - 10 individuelle Programmfunktionen
 - 10 Timer-Plätze und Wochenendprogrammierung
 - flexible Kontrasteinstellung

100,-

Coupon

Bitte Informationen über:

NEFAX 3 EX NEFAX 63

NEFAX 400 NEFAX 2

Name: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

main radio
 Kaiserstr. 40 · Tel. 0 69 / 271008-0
 Fax 0 69 / 27100824



Grenzübergang Rudolphstein bei Hof in Bayern: Ein Beamter des Bundesgrenzschutzes heißt Reisende aus der DDR willkommen
Foto Reuters

Die Stullen hatten sie von daheim mitgebracht

Als Hamburg noch schlief, waren die Besucher aus der DDR schon da / Schafsäcke im Fond / Von Eckhart Kauntz

HAMBURG, 11. November. „Zonis gucken gehen“, so nannte eine Hamburger Zeitung kürzlich flapsig das Treiben der Hanseaten, die ihre von einem leichten Schauer unterlegte Neugier durch den Besuch der Pier von Altona zu befriedigen suchten. Dort leben auf zwei Schiffen fast tausend Neubürger, die zwar den Blick über das Wasser genießen können, aber auch die drangvolle Enge einer Notunterkunft erleben.

An diesem Wochenende nun haben die „Zonis“ in Hamburg den Spieß umgedreht, sind selbst „gucken“ gegangen und haben von der Innenstadt Besitz ergriffen. Die zwei vor dem Rathaus postierten Polizisten haben gegen Samstagmittag schon zahllose Hände geschüttelt. Auskunft geben über Auszahlungsstellen für das Begrüßungsgeld, den Weg zur Touristeninformation erklärt und erläutert, wie und wo die Tante, der Onkel und der Freund in Barmbek oder Ottensen zu erreichen seien. Mit freundlicher Miene stehen die beiden Beamten da, umringt von kleinen Gruppen, so wie sie eben in einen „Trabi“ oder Wartburg hineinpassen.

Als Hamburg noch schlief, noch vor der Öffnung der Geschäfte, da waren schon die Parkplätze reihenweise mit den Wagen der Frühaufsteher aus den Bezirken Rostock oder Schwerin belegt, da war das Zentrum schon fest in der Hand der

Gäste. „Es war eine kleine Invasion“, sagen die beiden Beamten zu dem Besucherstrom aus dem zusammenbrechenden realen Sozialismus, der bei Hamburger Kaiserwetter aus Sonderzügen aus Güstrow, Schwerin und Rostock zusätzlich gespeist wurde.

In der Rathausstraße haben zwei junge Männer ihren Wagen abgestellt. Auch vor und hinter ihnen nur Autos mit DDR-Nummernschildern. Die beiden sind „ganz ordentlich“ mit einem Sichtvermerk aus einem kleinen Ort im Bezirk Rostock gekommen, und die „Staatsbank der DDR“ hat sie sogar mit einem Betrag von je fünfzehn Mark (West) ausgerüstet. Um das Begrüßungsgeld haben sie sich nicht gekümmert. „Weil Hamburg nicht als Ziel unserer Reise in den Papieren steht“, so glauben sie, haben sie auch keinen Anspruch darauf. Lübeck, das erste Ziel ihrer Reise, haben sie schnell verlassen, weil dort alles dicht war. Die beiden verzehren ihre mitgebrachten Stullen, sind voll der Eindrücke und übermüdet, waren sie doch schon in der Nacht zum Samstag aufgebrochen, um das zu tun, was ihnen ihr Staat ihr ganzes bisheriges Leben lang verwehrt hatte.

Auf der Hinterbank liegen zwei Schafsäcke. Bis Sonntag wollen die beiden bleiben, dann fahren sie wieder nach Hause – und in die wohl größte Verkehrsstauung der Nachkriegszeit an der

deutsch-deutschen Grenze. Am Samstagmittag hatten sich auf DDR-Seite an der Autobahn Berlin-Hamburg bei Gudow-Zarrentin, dem leistungsfähigsten Grenzpunkt, trotz der Abfertigung in Vierer-Reihen ein Stau von acht Kilometern Länge gebildet, der für Sonntag, wenn die Rückreise ansteht, noch Schimmerer verheißt. Aus Schlutup bei Lübeck wurde am Samstag eine Schlange von zwanzig Kilometern Länge gemeldet.

Anders als den beiden müden, aber zufriedenen Männern erging es am Samstag den Insassen eines Trabis und eines Wartburgs in Hamburg. Beim ersten deutsch-deutschen Zusammenstoß in der Hansestadt kollidierten in der Bergedorfer Straße die beiden DDR-Fahrzeuge mit einem Hamburger Auto. Alle Insassen kamen verletzt ins Krankenhaus.

Obwohl sich unter den Besuchern an diesem Wochenende nur ein verschwindend geringer Anteil von Übersiedlern befand, bleibt die Frage der Unterbringung in Hamburg dringend. Der Senat versuchte am Wochenende in Verhandlungen mit der Landesregierung in Kiel zu erreichen, daß Schleswig-Holstein einen Teil des auf Hamburg entfallenden Übersiedlerkontingents (von 3,1 Prozent) übernimmt. Hamburg heißt alle Ankömmlinge, die Tagesgäste ebenso wie jene, die bleiben wollen, willkommen, will auch die Sozialhilfe zahlen, hat aber keinen Platz mehr.

Mitsingen will der Grenzpolizist denn doch nicht

Unsichere Ordnungsmacht, freudige Ordnungsmacht / Berliner Kokarden / Von Johann Michael Möller

BERLIN, 11. November. Die Ordnungsmacht zögert, die Hand tief in der Manteltasche vergraben. Nur diese Hand will er schütteln, der Besucher aus dem Westteil der Stadt. Dreimal war er heute schon am Grenzübergang in der Kronprinzenstraße. Das letzte Mal tief in der Nacht, nur um diese Hand zu schütteln. Zögernd kommt sie zum Vorschein, vorsichtig streift sie den Handschuh ab, für einen kurzen Moment der Berührung. Dann zuckt sie zurück. Der Besucher will sie festhalten, doch sie ist schon wieder in der Manteltasche verschwunden.

Die Hilflosigkeit steht dem Grenzpolizisten ins Gesicht geschrieben. Eigentlich ist er Automechaniker. Kurzfristig wurde er abkommandiert, bekam eine Mütze und eine Uniform und steht nun hier seit vielen Stunden, um die Neugierigen aus dem Westen abzuwehren. Hier geht es nicht weiter, wiederholt er immer wieder, und jedesmal ein wenig leiser, während die Menschen aus dem Ostteil der Stadt an ihm vorbeiströmen. Die Verhältnisse stehen für ihn auf dem Kopf. Daß der blaue Paß der DDR plötzlich Freizügigkeit bedeutet, daß man vom Osten der geteilten Stadt plötzlich in den Westen darf, aber nicht umgekehrt, versteht er selber nicht, und er hat Mühe, es den Fragenden klarzumachen. Warum eigentlich, wo doch alles in Bewegung geraten ist? Seine Augen irren hinüber zu den Kollegen, die ihm auch keine Antwort geben können.

Ein junges Mädchen hat die Gitarre mitgebracht. Sie singt von dieser Nacht und davon, daß sie wiederkommen wird. Der Grenzpolizist soll mitsingen. Er zögert wieder, weiß nicht, was er tun soll und wippt dann ein wenig mit den Füßen zum Takt. Ganz vorsichtig, damit es möglichst niemand sieht. Er traut dem Frieden nicht, versucht sich irgendwo in der Mitte zu halten, möglichst nicht anzuecken, sich nicht preisgeben zu müssen. Und wird doch dauernd zum Bekenntnis genötigt. Was er denkt, was er fühlt. Die dummen Fragen presseln auf ihn nieder.

Unweit davon hört man dumpfe Schläge und rhythmisches Klatschen. Ein Gruppe junger Berliner versucht, mit einem Schraubenzieher und einem Vorschlaghammer ein Loch in die Mauer zu

schlagen. Es ist wie Hau den Lukas. Jeder darf einmal. Das kleinste Stückchen Beton, das abplatzt, wird von großem Jubel begleitet. Doch die Großplattenbauweise ist resistent. Nach Stunden sieht man erst ein kleines Loch. Dahinter steht wieder die Ordnungsmacht und zögert, weiß nicht, was sie machen soll. Bei jedem Schlag zuckt sie zusammen. Aber die Mauer steht, und oben drauf tanzen die Menschen. Jeder hilft dem anderen hoch. Die Füße zappeln sekundenlang im Leeren. Dann hat man wieder festen Halt. Die Körper drängen sich fest aneinander, über den Köpfen ein Schirm aus Licht. Die Ordnungsmacht schaut hinauf, dorthin, wo die Wunderkerzen brennen. Andacht an der Mauer.

Ganz anders im Westteil der Stadt, wo Volksfeststimmung herrscht und sich die Massen schieben. Hier ist die Ordnungsmacht in ihrem Element. Freudig erteilen Polizisten Auskunft, dirigieren den Strom, schütteln den Fragenden die Hände, schieben liegegeliebene Trabis an und drücken bei fast allen Verstößen gegen die Verkehrsordnung ein Auge zu. „Wir begrüßen unsere Gäste aus dem Osten“, schallt es schon am frühen Morgen aus

Fünf Millionen fehlerhafte Geldscheine eingestampft

LONDON, 11. November (dpa). Die Bank von England hat rund fünf Millionen neue Fünf-Pfund-Noten wieder eingestampft. Das Todesdatum des Erfinders der Dampflokomotive, George Stephenson, dessen Bild die Rückseite der Geldscheine ziert, war falsch angegeben. Stephenson starb 1848, nicht, wie auf den Banknoten stand, 1945.

Zwei Tote bei Unfall in der DDR

BERLIN, 11. November (AP). Bei einem Verkehrsunfall in der DDR sind am Samstagmorgen zwei Personen ums Leben gekommen und vier andere verletzt worden. Die Ost-Berliner Nachrichtenagentur ADN berichtete, auf der Transitaubahn Berlin Hof sei im Kreis Schleiz ein mit

Gasflaschen beladener Lastwagen aus der Tschechoslowakei auf einen Personwagen aufgefahren, der am Ende einer Stauung gestanden habe. Der Lastwagen habe das Auto gegen zwei andere Wagen geschoben. Zwei Autos und der Sattelzug seien in Brand geraten.

Dreizehn Tote bei Hauseinsturz im Osten der Türkei

ANKARA, 11. November (AP). Beim Einsturz eines Hauses in der Ortschaft Yolac in der osttürkischen Provinz Diyarbakir sind am Samstag dreizehn Personen ums Leben gekommen. Nach einer Meldung der halbamtlichen Nachrichtenagentur Anatolia wurde eine Person verletzt, drei andere wurden unverletzt aus den Trümmern geborgen. Dem Unglück seien tagelange schwere Regenfälle vorausgegangen.

„Ohne unseren Mut wäre es nie so weit gekommen“

Übersiedler nach dem Öffnen der Grenze: Nur wenige denken an Rückkehr / Von Ludwig Ring-Eifel

BAD NEUENAUER, 11. November. Der Mann vom Bundesgrenzschutz ist unbittlich. „Nein, sie können da jetzt nicht rein, ich habe keine Befugnis. Ausnahmen zuzulassen.“ Hinter der geschlossenen Schranke steht ein Schild: „Herzlich willkommen“. Das Schild gilt den Übersiedlern aus der DDR, die in der Katastrophenschutzschule des Bundes bei Bad Neuenauer untergebracht werden. Wer in das „Lager“ will, muß sich am Tor als Übersiedler ausweisen. Andere Westdeutsche dürfen hier nicht herein, es sei denn, sie sind angemeldet.

„Der Pressesprecher kommt morgen, mit dem können sie sprechen“, sagt der Mann an der Schranke. Ob es denn nicht möglich sei, mit den Menschen zu reden, die dort untergebracht sind – schließlich begegneten sich doch auch in Berlin die Menschen aus Ost und West seit gestern ohne Schranken? „Das ist etwas anderes“, lautet die Antwort.

Für den Austausch mit den Übersiedlern gibt es gleich neben der Schranke ein „Begegnungszelt“. Hier liefern die Menschen aus der Umgebung auch ihre Kleiderspenden ab. Zwischen Pappkisten und Plastiktüten stehen ein paar Tische und Stühle. Die Übersiedler, die am späten Abend aus der Stadt ins Lager zurückkehren, sind aufgekrazt. Was dachten sie am Abend zuvor, als sie die Nachricht von der Öffnung der Grenzen hörten? „Das war wie ein Knall“, sprudelt einer los, „die haben das schon um halb sieben hier im Lager über Lautsprecher durchgegeben: ‚Die Mauer ist gefallen‘, hieß es. Und da sind wir alle hin in den Gemeinschaftsraum vor den Fernseher und haben geguckt.“

„Mein erster Gedanke war an Weihnachten, ob ich dann rüber kann zu Besuch, weil ja meine ganze Familie und alle Bekannten noch drüben sind“, erzählt eine Frau. Sie habe Tränen in den Augen gehabt, bekennt eine andere. Und dann habe sie sich gefragt, was das Neue nun für sie bedeute. Sie bringt es auf eine einfache Formel: „Wir sind sechs Wochen zu spät los oder eine Woche zu früh.“ Sie erklärt: Mit ihrem Mann und den Kindern ist sie eine Woche vor der Öffnung der Mauer in Prag in den Zug gestiegen, ohne Gepäck, nur mit den Kleidern am Leib, die sie auch jetzt noch tragen. Und wie die Dinge sich jetzt entwickelt hätten, seien sie wohl sechs Wochen zu spät hier angekommen, um noch gute Arbeitsplätze und ausreichend Wohnraum vorzufinden. Und eine Woche zu früh seien sie drüben weg, denn sonst hätten sie in Ruhe alles packen können, das Auto mitgenommen. Sie beneide die, die jetzt einfach so kommen

können, vor allem, weil sie mobiler seien mit dem eigenen Wagen, sagt die Frau mit einem Achselzucken. Aber ohne ihren Mut und ihren Entschluß, auf alles zu verzichten, wäre es nie soweit gekommen, daß jetzt die Grenze offen ist, und darauf sei sie auch ein bißchen stolz.

Bei der Frage, ob sie nach dem Fall der Mauer an eine Rückkehr dächten, läßt keiner der Übersiedler den anderen ausreden. Alle sagen „nein“, die Begründungen aber fallen ganz unterschiedlich aus. Man habe ja auch seinen Stolz, ist ein Satz, der immer wieder fällt.

Alle sind sich einig, daß die DDR es nicht schaffen werde, wirtschaftlich aufzuholen. Und da man drüben alles verlassen und verkauft habe, müsse man bei einer Rückkehr auch drüben mit nichts anfangen, genauso wie jetzt hier – und da seien die Chancen hier einfach besser. Nur einer sagt, er überlege sich, doch zurückzugehen, „wenn sich wirklich alles ändert“. Die anderen fallen ihm ins Wort: Dazu müße die DDR erst mal zur Bundesrepublik gehören, sonst werde sich gar nichts ändern. Sie erinnern an die Versorgungsmängel, die Bürokratie, die Staatssicherheitspolizei. Jeder weiß Dut-

zende von Geschichten zu erzählen, und immer wieder kommt man zu dem Schluß, daß das nichts werden könne mit der DDR.

Es wird kalt im „Begegnungszelt“. Die Frauen haben begonnen, die Kleiderkisten nach Parkas und Handschuhen zu durchwühlen. Sie lachen immer, wenn sie ein besonders geschmackloses, unmodernes Teil finden. Draußen fährt ein Westauto vor. Ein Mann mit einem Koffer kommt herein. Mit breitem sächsischen Akzent erklärt er, daß er selbst vor ein paar Wochen hier gewesen sei. Er wisse, wie nötig man alles brauche.

Er gehört zu denen, die mit der „Ungarn-Welle“ kamen. Er hat gleich eine Arbeit und eine Wohnung gefunden und ist schon Besitzer eines Gebrauchtwagens. Die Männer am Tisch wechseln das Thema. „Ich würde jetzt keinem mehr raten rüberzukommen, höchstens zu Besuch“, sagt einer. Seine Frau, die mittlerweile einen ganzen Rucksack mit warmen Sachen für die Kinder vollgestopft hat, stimmt ihm zu: „Es wird nun auch wirklich langsam zu eng hier, vor allem mit den Wohnungen, da ist ja kaum noch was zu finden.“

Petit-Quevilly bietet Bulldozer zum Abbruch der Mauer an

PARIS, 11. November (Reuters). Der kleine französische Ort Petit-Quevilly hat der DDR freundschaftliche Hilfe zum Abbruch der Mauer angeboten. Bürgermeister François Zimeray stellte den Ost-Berliner Behörden die Lieferung einer Planiermaße in Aussicht, mit der die Grenzbefestigungen niedrigergerissen werden sollten. Petit-Quevilly ist Partnerstadt der DDR-Gemeinde Premnitz bei Berlin.

Münchner bestellt bei Krenz einen Stein aus der Mauer

MÜNCHEN, 11. November (Reuters). In einem Brief an Staats- und Parteichef Krenz hat der Münchener Autor Matthias Hoppe am Samstag vorgeschlagen, die Mauer „Stein für Stein, Betonbrocken für Betonbrocken“ zu verkaufen. Es seien sicher Hunderttausende bereit, den Abbau der Mauer durch den Erwerb eines „historischen Gedenksteins“ finanziell zu honorieren. Damit könne die DDR Milliarden einnehmen. Hoppe bestellte bei Krenz „einen Stein im Wert von 50 Mark West per Nachnahme incl. Versandkosten“ und schickte einen Verrechnungsscheck.

Karnevalisten am Rhein feiern Beginn der „fünften Jahreszeit“

FRANKFURT, 11. November (AP). Um 11.11 Uhr hat am Samstag, dem 11. 11., in Mainz, Köln und Düsseldorf die „fünfte Jahreszeit“ begonnen. Tausende von Karnevalisten feierten bei Sonnenschein auf den Straßen mit dem festen Vorsatz, bis zum Aschermittwoch am 28. Februar durchzuhalten.

Vor dem Mainzer Fastnachtsbrunnen verkündeten die „Hechtsheimer Dräger“ die elf Artikel des Nährungs Grundgesetzes. Die „Fassenachter“ versammelten sich „im Bewußtsein ihrer Verantwortung vor Gott Jokus, besetzt von dem Willen, dem größten und ältesten Mainzer Volksfest zu dienen“, wie es in der Präambel heißt. Auf dem Kölner Altermarkt begrüßten die Jecken die Spitze der Kölner Narrenschlar, das Dreigestirn Prinz, Jungfrau und Bauer. Die Düsseldorfer Traditionsfigur, der „Hoppeppet“, wurde von den Narren unter „Helau“-Rufen aus aktuellem Anlaß in einem „nährischen Trabi“ ins Rathaus gebracht. Der Wagen eines DDR-Übersiedlers war eigens für diesen Auftritt präpariert worden.

GUTE NACHRICHTEN FÜR ALLE, DIE NICHT GORBATSCHOW HEISSEN: RESTEK JETZT AUCH BEI DEN HIFI-PROFIS !

Bundespräsident v. Weizsäcker schenkte Michael Gorbatschow bei dessen Staatsbesuch Komponenten der Firma RESTEK. Man wollte sich ja schließlich nicht blamieren, sondern eine eindrucksvolle Demonstration deutscher High-End-Technologie abliefern. Zu Verschenken haben wir keine Geräte, aber kostenlos gibt's immer unsere bekanntermaßen vorbildliche Beratung, unser Know-how, unsere angenehme Gesprächsatmosphäre und jede Menge Tips, die Ihnen helfen, viel Geld zu sparen.

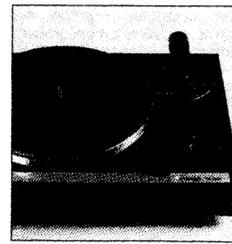
Beispielsweise für folgende Bedingungen:

Der Raum: KLEIN
Das Budget: DITO
Die Ansprüche: GROSS

Die Lösung:
Rotel RA-810 Verstärker (... der "Kleine Große")
Thorens TD-280 Plattenspieler (... ein weiterer Beitrag zur Legendenbildung)
A.R.E.S. Lautsprecher (**BOOKEND** Fine Line, staunen Sie mit uns)
PROFI-Komplettpreis DM 1594,-



und wenn es digital sein soll:
alternativ
Kenwood CD-Spieler DP-1510



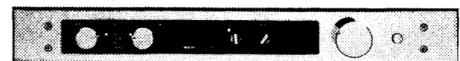
Aber für alle, die zwar nicht Gorbatschow heissen, allerdings die gleichen Ansprüche stellen haben wir jetzt Produkte der Firma RESTEK im Programm.

TUNER - SCALAR chrom



PROFI-Preis DM 3800,-

VORVERSTÄRKER VECTOR chrom



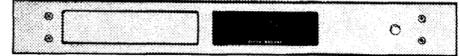
PROFI-Preis DM 3850,-

STEREO-ENDSTUFE TENSOR chrom



PROFI-Preis DM 5150,-

CD-PLAYER RADIANT chrom



PROFI-Preis DM 3450,-

Die HIFI-PROFIS finden Sie in 6000 Frankfurt/M., Am Eschenheimer Tor 2, Tel. 069/292801 - 6200 Wiesbaden, Rheinstr. 29, Tel. 06121/373839 - 6500 Mainz, Rheinstr. 43-45, Tel. 06131/232104 - 6100 Darmstadt, Saalbaustr. 10, Tel. 06151/20777

DIE HIFI-PROFIS
Nicht nur für Profis.

Metallgesellschaft. Recycling – die Lösung.

Wie der vernünftige Umgang mit der Umwelt
für alle zum Gewinn wird.

Bei den Produktionsprozessen in Stahlwerken und Eisengießereien entstehen Rückstände; das sind zink- und bleihaltige Stäube, die jährlich in einer Menge von 0,4 Mio t in Europa anfallen. Weil diese Rückstände lösliche Schwermetallverbindungen enthalten, entsteht und wächst ein Deponie-Problem. Wohin damit?

Die Berzelius Umwelt-Service (B.U.S) ist die Reaktion der Metallgesellschaft auf derartige Probleme, die nur mit internationalen Maßstäben wirtschaftlich zu lösen sind.

Rein technisch funktioniert das so: In einer sogenannten Wälzanlage wird aus den Stäuben Zink und Blei abgeschieden und zu Briketts verarbeitet. Diese können wieder zu metallischem Zink und Blei verhüttet werden. Umweltprobleme entstehen nicht. Auch die erzeugte Schlacke ist nahezu inert und findet als Baustoff Anwendung.

In Deutschland fallen jährlich beim Umschmelzen von Aluminium aus Schrott und Abfällen zwangsläufig ca. 300.000 t sogenannte Salzschlacken an, die bislang aufgrund ihrer Wasserlöslichkeit in besonders knappen Sondermülldeponien eingelagert werden mußten. Auch für dieses Problem lautet die Antwort B.U.S. Seit 3 Jahren betreibt B.U.S eine Anlage zur Umwandlung von 60.000 Jahrestonnen Salzschlacke in Aluminiummetall und Schmelzsatz, die an die Umschmelzwerke zurückgeliefert werden. Drei weitere deutsche

Anlagen mit zusammen 250.000 Jahrestonnen Kapazität sind in der Genehmigung, so daß in Kürze das Sondermüll-Deponieproblem Salzschlacke für die Bundesrepublik Deutschland nicht mehr existiert.

Derart einfach anmutendes Recycling ist jedoch nur deshalb wirtschaftlich, weil dabei viele konzerneigene Unternehmen und Dienstleistungen sinnvoll ineinandergreifen:

Die Hüttentechniker der Metallgesellschaft haben das Verfahren entwickelt – der Erzhandel entwickelt für die Zwischenprodukte ein Verteilungssystem für europäische Hütten, die diese Stoffe einsetzen – der Metallhandel vermarktet die rückgewonnenen Wertmetalle – Transport und Logistik besorgt ein MG-Transportunternehmen (B.U.S Transport GmbH) und die Finanzierung, sozusagen das Öl im Getriebe dieser ineinandergreifenden Geschäfte, leistet oder vermittelt die konzerneigene Metallbank. So bleibt alles unter einem Dach. Auch der Gewinn.

Recyclinganlagen der B.U.S für industrielle Rückstände wie Stahlwerkstäube, Aluminium-Salzschlacke, Gießereialtsande, etc. stehen in Duisburg, Lünen, Bilbao, Landskrona, Palmerton/Pennsylvania und Calumet/Illinois. Weitere Projekte entstehen in Niedersachsen, Bayern und an verschiedenen ausländischen Standorten.

Metallgesellschaft AG

Reuterweg 14 · Postfach 10 15 01 · D-6000 Frankfurt am Main 1



Full-Service is our business

Tel. (0 69) 1 59-0 · Telefax (0 69) 1 59-21 25 · Telex 41 225-0 mgf d